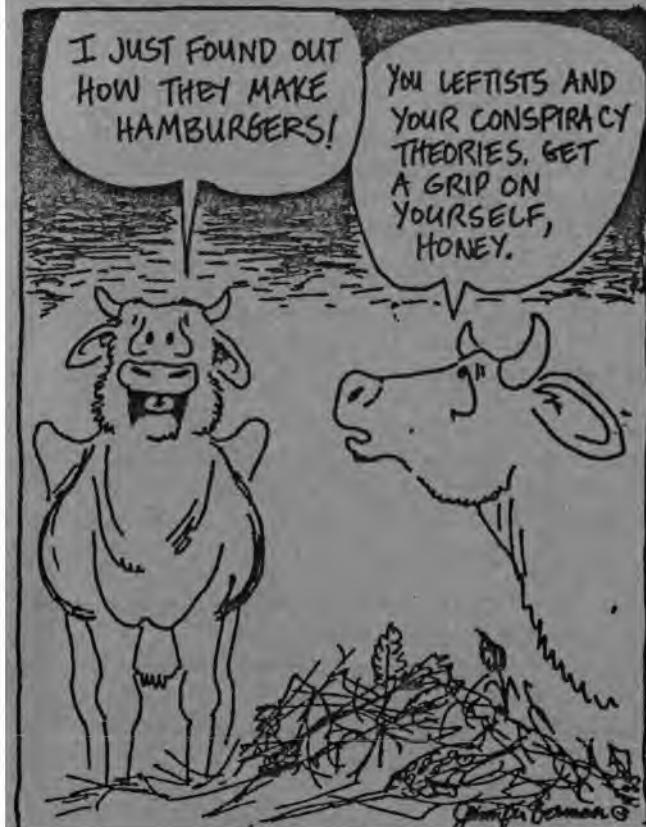


Archiv

Nr.2 März 1994

Inhalt:

- 2 Einladung
- 5 Faschismus – Antifaschismus
- 17 Klassenkampf-Krise-Kommunismus 2
- 24 zu Bellofiore
- 26 Brief aus Italien
- 29 Brief aus Paderborn
- 32 Flugi zu Frauenarbeitslosigkeit (Wien)
- 36 Kapitalismus und Hausarbeit
- 49 Bericht aus dem (wilden) fernen Osten
- 55 Demobericht Bremen
- 56 Hausbesetzungen Potsdam



Kontaktadressen der
Wildcat:

Sisina
Postfach 360 527
10975 Berlin
Tel: 030/6121848

Sisina
Postfach 301 206
50782 Köln

Wildcat
Postfach 306 325
20229 Hamburg

Wildcat
im Friedensbüro
M2, 15b
68161 Mannheim
Tel+Fax:
0621/6295271

Postlagerkarte
17 26 49 E
7800 Freiburg

Ludwigshafen, den 26. März 1994

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

gemessen an unseren Erwartungen sind doch erfreuliche und erfreulich viele Reaktionen auf das erste Zirkular und auf die Idee mit dem Treffen im Juni gekommen. Das heißt, die Konferenz findet statt.

Unsere Erwartungen? Einerseits gibt es ein ungeheuerliches Mißverhältnis dazwischen, daß die Revolution *notwendig* ist und dies immer offensichtlicher wird und daß es immer noch ganz schwer bis unmöglich scheint, etwas über die Möglichkeit der Revolution zu sagen oder das entsprechende zu tun. Das äußert sich für uns oft darin, daß es ganz viele Sachen gibt, die zu tun wären, ganz viele Themen sich aufdrängen, zu denen wir "eigentlich was machen" müßten ... und dann am Ende nur wenig wirklich gemacht wird, weil "eh schon hundertmal gemacht", "das interessiert ja doch keineN", usw. Von daher sind wir schon davon ausgegangen, daß es ein großes Bedürfnis geben sollte, über "das Ganze", über revolutionäre Politik und ihre theoretischen, praktischen, organisatorischen Voraussetzungen zu diskutieren. Andererseits war uns auch klar, daß sich dieses Bedürfnis auf nicht mehr allzu viele Menschen verteilt und daß die sich oft in Zusammenhänge und Gruppen bewegen, die sich nur über bestimmte Aktionen oder Themen definieren - oder, auch das gibts noch, in "Parteien" oder so organisiert sind und deshalb schon die Antworten zu haben glauben.

Auf unsere Bitte, sich erstmal schriftlich (an)zumelden, haben wir einige ausführlichere Sachen von Gruppen gekriegt; wir haben Briefe von Einzelpersonen gekriegt und Anmeldungen und Zirkularbestellungen ohne Kommentar.

Das eine oder andere davon findet Ihr schon in diesem Zirkular. Es hat sich die eigentlich selbstverständliche Einschätzung bestätigt, daß wir in der Formulierung einer revolutionären "*Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist, die das fruchtbar für die Debatte macht, was in den letzten 20 Jahren versucht und diskutiert wurde*" (Einleitung Zirk.1), noch nicht sehr weit sind. Aber wir haben jetzt die Erwartung, daß die Konferenz im Juni ein wichtiger Punkt in einem Prozeß darstellen wird, in dem sich eine Diskussion entfaltet, die sich wirklich in "*konkreten und ständigen Bezug auf die laufenden Klassenkämpfe*" stellt, und deshalb die Diskussion über (gemeinsame) Praxis und Organisierung (nicht "Organisation") beinhaltet.

Die Konferenz allein kann da ein erster Knotenpunkt sein. Wichtig ist eine Diskussion, die möglichst breit, möglichst nah an unseren Erfahrungen im Klassenkampf, aber auch mit dem Mut zu Thesen, zu Verallgemeinerungen und dem folgenden Ausprobieren, mit viel solidarischer Kritik und Gegenkritik unsere gemeinsame Annäherung an die zweite Hälfte der 90er Jahre gewährleistet. Zugegeben, es wird nicht nur eine Frage von "Theorie und Praxis" sein, sondern letztlich davon, wie sich der Klassenkampf selber entwickelt. Aus Frankreich kommen hoffnungsvolle Zeichen: dort ist innerhalb ganz kurzer Zeit die Regierung zum zweiten Mal durch Kämpfe gezwungen worden, zurückzustecken. Es wurde gar schon an den Mai 68 erinnert... Und bei uns? Ohne Prophet spielen zu wollen, können wir ohne weiteres davon ausgehen, daß die Lähmung nach dem Krisenschock 92/93 in dem Maße schwinden sollte, wie sich die Rezession selber in Boom verwandelt und die historische Krise dahinter erscheint und zum Inhalt der Kämpfe werden muß. Was sich dann entwickelt, wird von der "revolutionären Partei" (im Sinne des Kommunistischen Manifests, nicht im Sinne von Lenin), also vom revolutionären Teil des Proletariats, abhängen. Wer das sein wird? Das ist die Frage nach den TrägerInnen der Kämpfe; es ist aber auch eine Frage nach der Politik der Revolutionäre.

Wir werden also das Zirkular auch nach der Konferenz weitermachen; wie es sich entwickeln wird, hängt von allen ab, die sich beteiligen. Also von Euch: bislang experimentieren wir etwas rum, was Zusammenstellung und Umfang des Zirkulars angeht. Was wollt Ihr drinhaben: Diskussion, Nachrichten über den Sand im Motor und im Getriebe, Berichte über Aktionen und Kämpfe... Schreibt uns, beteiligt Euch!

Das gleiche gilt für die Konferenz selber. Wir denken uns das im Moment so, daß im wesentlichen, aber nicht nur, über "das Ganze", über revolutionäre Politik (ausgehend von Krisentheorie) diskutiert werden sollte; daraus sollten die "Teilthemen" angegangen werden. Das ist selbstverständlich noch kein fertiges Konzept oder gar eine Tagesordnung. Auch dazu solltet Ihr, möglichst vorher, Eure Meinung sagen. Und Eure Diskussionsbedürfnisse: welche Einzelthemen, Arbeitsgruppen, etc.

Konferenz zu *Krise/Boom und revolutionäre Politik,* 2. bis 5. Juni 94 in Biedenkopf, Hessen

Zur Durchführung der Konferenz brauchen wir jetzt verbindliche Anmeldungen. Da wir bis zum 20. April die Zahl der Teilnehmer anmelden müssen, müßt Ihr jetzt sofort eine Anzahlung machen und Euch damit verbindlich anmelden. Das ist leider schon wieder verdammt knapp (ja, wir wissen, daß das bei der Wildcat immer so ist), aber wir können uns nicht in große finanzielle Abenteuer stürzen.

1. überweist bitte pro Person 50 Mark Anzahlung an das Konto:

Sonderkonto Pro Roma
Kontonummer: 201 125 617
Bankleitzahl: 450 500 01, Sparkasse Hagen
Stichwort: "Adelante"

(und denkt daran, daß Überweisungen gut 'ne Woche dauern können)

2. schickt uns eine schriftliche Anmeldung, die auf folgende Fragen Antwort gibt:

- Name der Gruppe oder einer Verantwortlichen oder ob Ihr als EinzelneR kommt;
- (Kontakt)Adresse und Telefonnummer;
- Zahl der TeilnehmerInnen;
- Bedürfnis nach vegetarischer Verpflegung;
- wieviele Zirkulare Ihr noch und in Zukunft haben wollt;
- ob Ihr einen Beitrag vorbereitet (Thema, Stichworte etc.);
- Kinder: wir sind nicht in der Lage, sozusagen als offizielle Einrichtung einen Kindergarten zu organisieren. Der Tagungsort hat die allerbesten Voraussetzungen für den Aufenthalt mit Kindern. Wenn Ihr also Kinder mitbringen wollt, steht dem nix im Wege, allerdings solltet Ihr Euch gewärtig sein, daß Ihr Euch - im Verein mit anderen - um sie kümmern müßt. Also angeben, ob Kinder, wieviele, in welchem Alter. Eventuell solltet Ihr noch mal kurz vor dem 20.4. anrufen, um zu erfahren, ob eine gegenseitige Kinderbetreuung zu organisieren ist.

Diese Anmeldung brauchen wir, weil aus Überweisungen nix zu entnehmen ist. Sie gilt aber nur in Verbindung mit einer bis zum 20.4. eingegangenen Anzahlung oder mit der Kopie eines Überweisungsbelegs!

Faschismus - Antifaschismus

Mit dem folgenden Thesenpapier wollen wir eine Diskussionen um den Faschismus, bzw. den Antifaschismus beginnen. Die Defizite der antifaschistischen Mobilisierungen, die fehlenden Perspektiven werden überall breit diskutiert. Wir hoffen, daß wir auf unserem Treffen im Juni diese zersprengten Debatten bündeln können. Wir hoffen auf Reaktionen, um eine gemeinsame Diskussion für das Treffen vorbereiten zu können. Einfache Antworten gibt es nicht. Deswegen wollen wir anhand des folgenden Papiers mit einer Einschätzung der Lage beginnen. Ursprünglich hatten wir geplant mit einem Beitrag zum historischen Faschismus zu beginnen. Abgesehen von den Problemen, die wir damit hatten, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es für den Einstieg in die Diskussion hilfreicher ist, mit einer Betrachtung der aktuellen Situation zu beginnen. Auch wenn eine historische Analyse, eine Auseinandersetzung mit den Klassenkämpfen vor 1933 (und auch danach!) für die weitere Debatte unerlässlich sein wird. Wir werden mit dieser historischen Debatte im nächsten Zirkular beginnen.

1.Umbruchszeit – Hochzeit des Antifaschismus!!??

Immer wieder kommt es in Umbruchszeiten zu einer Sammlung der »linken Kräfte« um den Antifaschismus. Zeiten, in denen für viele gewohnte Lebenszusammenhänge wegbrechen, die Gewalt innerhalb der Klasse zunimmt. Zeiten, in denen die Veränderung der Welt, eine revolutionäre Perspektive nur schwer greifbar erscheint. Eine Situation der Defensive: Viele offenen Fragen, um uns herum die Zunahme von Gewalt, von Rassismus...

Ende der 60er Jahre waren es die Notstandsgesetze, die Zerschlagung der wilden Streiks..., die »Linke« gegen die »Faschisierung« des Staates mobilisierte. Ende der 70er Jahre waren es die Erfahrungen der »sozialen Bewegungen«, Stammheim, die Aufrüstung des Bullenstaates, die eine Wiederbelebung der Debatte um die faschistische Gefahr mit sich brachte.

Immer wieder ist es der Antifaschismus, der viele, vor allem auch junge Leute erste politische Erfahrungen sammeln läßt. Der Antifaschismus gibt von daher wieder ein Rekrutierungsfeld für in die Krise gekommene linke Organisationen ab.

Insofern ist es alles andere als überraschend, daß die »Wiedervereinigung« zu einer verstärkten Wiederaufwärmung antifaschistischer Bemühungen geführt hat. »Nie wieder Deutschland«, »Gegen das vierte Reich«, war die erste Reaktion breiter Teile der (autonomen) Linken auf die Ereignisse seit Ende der 80er Jahre. Diese Reaktionen waren aber nicht nur dem immer noch verbreiteten autonomen Selbstverständnis geschuldet, sich als eine Art letzte moralische Instanz oder radikale Minderheit zu begreifen. Sie waren

auch eine Reaktion darauf, daß in den Metropolen die »ruhigen«⁴ 80er Jahre vorbei waren. Die bequeme Bipolarität² der Welt wurde beseitigt.

Aber gerade deswegen hätte es naheliegen müssen, die Situation im »wiedervereinigten« Deutschland mit einem anderen Blick zu betrachten, als nur mit dem durch die antifaschistische Brille. In der Ex-DDR wurde eine umfassende Deindustrialisierung in Gang gesetzt. Inzwischen wissen wir, daß dies der Beginn einer umfassenden Neuzusammensetzung nicht nur der dortigen Arbeiterklasse war. Hier fingen die Prozesse an, die dazu geführt haben, daß Deutschland inzwischen ein »Einwanderungsland«³ ist, wie wir es so bisher von den USA kennen. Die überhastete Wiedervereinigung, die Einführung der DM am 1.7.1990 war nicht der zerrissenen »deutschen Volksseele« geschuldet, sondern entsprach knallharten Überlegungen. Den Unwägbarkeiten der dortigen Entwicklung sollte aus dem Weg gegangen werden, indem breite Teile der Arbeiterklasse erstmal auf die Straße gesetzt wurden. Die schnelle Wiedervereinigung sollte die ArbeiterInnen nicht zur Besinnung kommen lassen. Erfahrungen, das Gedächtnis ganzer Generationen von ArbeiternInnen mußte ausgelöscht werden⁴. Über das niedrige Einkommen aus Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld wurden – und werden – sie unter Druck gehalten. Dagegen hat es eine Reihe von Kämpfen gegeben⁵. Die knallharte Linie wurde mit den Geldern der Treuhänderanstalt und den ABM Maßnahmen abgemildert.

Für die »Linken« gerieten die Kämpfe in der Ex-DDR erst in den Blickwinkel, als der Hungerstreik in Bischofferode medial aufgearbeitet wurde. Dementsprechend hilflos waren die Versuche die dortigen Vorgänge zu begreifen (und zu kritisieren!!).

Aber nicht nur in der Ex-DDR kam es zu massiven Einschnitten, nach dem Zwischenboom durch die »Einheit« setzte auch im Westen eine Entwicklung ein, die zu den massiven Eingriffen im Krisenjahr 1993 führte. Auch hier begann die »linken« Debatte um die Konsequenzen dieser Entwicklungen erst mit der Durchsetzung der Einschnitte bei der Sozialhilfe, den ABM Geldern und der Abschaffung des Asylrechtes...

¹ Ruhig in einem doppelten Sinn. Zwangsarbeits, Druck auf die Arbeitslosen, Gruppenarbeit, die Flexibilisierung in den Fabriken – alles Felder, die vom Kapital schon Anfang der 80er als »Probleme« in die Debatte geschmissen wurden. Ruhig aber auch deswegen, da die Krise der Linken nicht erst ein »Kind der Wiedervereinigung« war. Erst jetzt, wo die schon lange geliebten und gehaßten Nischen auch ganz banal materiell enger werden, scheint eine breitere Diskussion in die Gänge zu kommen.

² Mit dieser Bipolarität meinen wir nicht nur die beiden vormals »real existierenden« Blöcke, sondern auch den Internationalismus, der sich konkret an der Frage der Befreiungsbewegungen polarisierte. Auch hier stellen sich neue Fragen.

³ Die Einwanderung von Arbeitskräften in die BRD ist natürlich nichts Neues. Gemeint ist die Entwicklung hin zur Prekarisierung und Illegalisierung der Einwanderung. Siehe den Artikel »Migration und Arbeitsmarkt« in der Wildcat 61.

⁴ Das machen sich jetzt in widerlicherweise Teile der Intellektuellen der Ex-DDR zu nutze, die enttäuscht waren, daß sie 1991 nicht an die Macht gekommen waren. Daß aufgrund der beschissen sozialen Situation wieder zu hören ist, »daß die DDR auch gute Dinge zu Wege gebracht hat«, nehmen diese inzwischen bei der PDS gelandeten Ex-Teilnehmer der »Runden Tische« zum Anlaß, im Wahljahr 94 einen weiteren Versuch auf ein Pöstchen zu starten.

⁵ Mehr als 120 000 Metallarbeiter beteiligten sich im Sommer 1990 an Demos und Straßenblockaden. Im Juli besetzten die Kaliarbeiter in Bleicherode die Zeche. Bischofferode war nicht der Anfang. Oft waren die Streiks von unabhängigen Gruppen initiiert worden, die sich dann leider oft über die Verhandlungstische der Gewerkschaften und der Unternehmer haben ziehen lassen.

Aber was geschieht? Der Antifaschismus ersetzt die alte durch eine neue Bipolarität: Faschisten und Antifaschisten. Vierzig Jahre nachdem der reale Faschismus die Arbeiterklasse auf die Schlachtfelder gebracht hat, ist wieder die antifaschistische Ideologie, an der die ArbeiterInnen polarisiert werden sollen.

2. Die »neuen« Faschisten und Antifaschisten der 90er Jahre

Die »Faschisierungsdebatte« in den 70er Jahren hatte den Faschismus noch überall in den Institutionen des Staates zu entlarven versucht, während die aktuelle Debatte um die faschistische Gefahr sich eher an Erfahrungen auf der Straße orientiert, und dafür gibt es Gründe. Hoyerswerda 1991, Mannheim-Schönau im Juni 1992, Mölln, Solingen und das neue Asylgesetz sind die Ereignisse, die die Diskussionen um den Rassismus und die faschistische Gefahr für große Teile der Linken zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Aktivitäten gemacht haben.

Innerhalb der radikalen Linken gab es im Prinzip zwei konträre Linien, wie die Ereignisse um Rostock und Schönau bewertet wurden und mit denen versucht wurde zu intervenieren.

Für die AntirassistInnen waren die Akteure vor den Lagern eine dumpfe, amorphe Masse, deren hervorstechendste Eigenschaft ihr "Deutschsein" war. Zu diesem "Deutschsein" gehörte unweigerlich ein quasi angeborener Rassismus und zumindest ein latenter Hang zum Faschismus. Aus diesem Gegensatz, hier böse, deutsche Masse, dort schützenswerte Fremde, ließ sich dann auch eine ziemlich bequeme Handlungsanleitung entwickeln. Die Demos in Hoyerswerda und Rostock vermittelten dann auch recht deutlich, worum es den AktivistInnen ging. In Hoyerswerda demonstrierte das bessere, das moralisch integre (West-)Deutschland und erteilte den dort wohnenden Ossis einen Nachhilfeunterricht in Sachen Antirassismus und autonomer Sicht der Dinge. Aus Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse wurde Gut und Böse, Deutsch und Ausländisch, Ost und West und andere ziemlich bürgerliche Begriffsgegensätze. Die Kritik am Staat, früher ein Hauptpunkt der autonomen Bewegung, verkannte der Forderung, die Bullen müßten effektiver gegen Faschos vorgehen. Die Angriffe auf die Flüchtlinge in Mannheim - Schönau wurden genauso in dieses Schema gepreßt, obwohl zwei gravierende Unterschiede bestanden. Zum ersten Mal fand ein derartiger Angriff auf westdeutschem Gebiet statt und sprengte die Vorstellung, daß sowas ein alleiniges Merkmal des dumpfen Ossis sei. Und zum ersten Mal mußte das Bild der Akteure zurechtgerückt werden, waren doch junge Türken und Schwarze (natürlich entsprechend ihrem Anteil im Stadtteil) auch beteiligt gewesen. Spätestens ab hier sollte klar sein, daß es wenig zur Klarheit beiträgt, ständig von der deutschen Arbeiterklasse zu reden.

Der Vorschlag aber blieb die autonome Strafexpedition und eine Zusammenarbeit mit allen Resten des organisierten Reformismus zur "Aufklärung" einer diffusen Öffentlichkeit.

Exemplarisch für die andere Position steht u.E. ein Flugblatt aus MaLu mit der Überschrift "Rebellion ist gerechtfertigt - Aber so geht's nicht", das auch in Schönau verteilt wurde. Dieses Flugi wurde heftigst mit dem Argument angefeindet, es würde die

programmatischen Angriffe auf die Flüchtlinge entschuldigen und verharmlosen. Die Täter würden zu Opfern gemacht werden⁶.

Solche Diffamierungen sind unserer Meinung nach nicht geeignet, eine ernsthafte Debatte über die ganze Scheiße innerhalb der Klasse in Gang zu bringen und entspringen dem linken Mechanismus, diese mit schnell verfügbaren Etiketten aus der Welt zu schaffen. Unsere Kritik ist die, daß in dem Flugi versucht wird, auf dem Papier an eine Klasseneinheit zu appellieren, die nur in den Köpfen der Linken als Ideal geistert, mit der Realität aber wenig gemeinsam hat. Die Aufforderung zur Klasseneinheit ist im Prinzip ein Appell an die Vernunft; seht ein, daß es Euch mehr bringt die Chefs und Meister, die Bullen und den Staat anzugreifen, als eure KlassengenossInnen, die Flüchtlinge.

Diese Viertel, wo fremdenfeindliche und faschistische Bewegungen blühen, ob der Osten Londons, Mannheim-Schönau, Berlin-Marzahn oder anderswo sind proletarische Viertel mit einer "roten" Vergangenheit. Das Kapital hat es geschafft, mit Hilfe von städtebaulichen Maßnahmen, der Auflösung bestehender Industrien und natürlich auch mit einer staatlich(!) gesteuerten Immigration, bestehende proletarische Strukturen und Macht aufzulösen und die Leute in die Ohnmacht zu treiben. Auf diesem Boden kann eine faschistische Bewegung gedeihen, deren Perspektive nur noch der Terror und das Hacken auf den Schwächeren ist⁷, und der es gelingt, die Konflikte für ihre Zwecke zu polarisieren.

Unsere Perspektive kann nicht sein, diese Viertel als Feindesland abzuschreiben und wenn es eskaliert Feuerwehr zu spielen. Wir müssen vorher dasein und Strukturen aufbauen, die auf den realen Widersprüchen aufbauen und die zwischen staatlicher Repression\Integration und faschistischem Terror einen Ausweg zeigen.

3. Die Faschisten – gefährliche Marionetten oder Massenbewegung?

Rostock, Hoyerswerda oder auch Aufmärsche wie in Fulda können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den Faschisten nicht gelungen ist, auf breitere Teile der Bevölkerung organisatorisch Einfluß zu nehmen. Auch die Versuche in den 80er Jahren, Hools und Skins zu rekrutieren, blieben marginal. Im Moment sieht es nicht so aus, als ob die faschistischen Organisationen ihre "Verankerung" auch nach den Ereignissen der letzten Jahre in dem Maße ausweiten könnten, wie es medial vermittelt wird. Es sind rund 60.000 Personen (darunter ungefähr 5600 Militante) in rund 80 Organisationen, d.h. es gibt wohl doppelt so viele wie vor 10 Jahren. Auch können Aufmärsche von 2000 Idioten in Wunsiedel aus ganz Europa nicht ignoriert werden, aber die drohende faschistische Machtergreifung und die breite Mobilisierung auf der Straße können wir darin noch nicht erkennen. Die zeitweiligen Verbote von Faschoorganisationen sagen auch nichts über die Relevanz dieser Gruppierungen aus. Vielmehr sehen wir die "Verbotskampagnen" des Staates als Aufforderung an die Faschisten, ihre Organisationsstrukturen zu verändern. Von einer diffusen Bewegung, hin zu effektiveren Terroreinheiten, die ja auch leichter zu kontrollieren sind.

⁶ Das Flugblatt und eine genauere Analyse in: Wildcat Nr.60

⁷ Eine gute Darstellung dieser Entwicklung in WC 63.

Die Faschisten bereiten sich politisch-militärisch auf einen Putsch vor, sie nutzen natürlich alle Möglichkeiten, wie z.B. in Jugoslawien, um an Kriegshandlungen teilzunehmen. Man kann sich also ohne weiteres vorstellen, welches Pack, mit welcher militärischen Qualifikation, nach diesen Einsätzen wieder zurückkommt. Sie können zu einer permanenten Bedrohung werden, die bei Bedarf Terror, Angst und Verwirrung verbreiten. Gegen Linke, gegen ImmigrantInnen, gegen Streikende... Unsere Meinung nach ist das auch die Funktion, die der demokratische Staat ihnen zubilligt. Es wird ein Klima geschaffen, in dessen Windschatten der Staat, durch den Terror legitimiert, seine Krisenprogramme durchzieht. Auf der militärischen Ebene sind sie natürlich eine reale, womöglich tödliche Bedrohung - auf dieser Ebene muß dann aber auch diskutiert und gehandelt werden. Die Ausschaltung, Beseitigung, von Nazibanden auf der Straße ist oft Voraussetzung dafür, überhaupt die Möglichkeit zu haben, über die Perspektiven der eigenen Politik zu reflektieren.

Schon immer wurde in Wirtschaftskrisen, drohenden Klassenkämpfen, revolutionären Umbrüchen mit staatlich gelenktem Terrorismus versucht, eine "Volksfront" zur Erhaltung der Demokratie zu installieren⁸.

Als gutes Beispiel hierfür kann Italien angeführt werden. In Italien diente diese Strategie der Spannung dazu, einer revolutionären Arbeiterbewegung den Todesstoß zu versetzen. So wurden mehrere Massaker veranstaltet, die teilweise den Anarchisten in die Schuhe geschoben wurden: Bomben in Demos, Anschläge auf Züge, 1980 eine Bombe im Bahnhof von Bologna mit 87 Toten, fast zeitgleich wurde in München von einem Mitglied der WSG Hoffmann ein Anschlag auf das Münchner Oktoberfest verübt. Zuerst wurde die Repression an Terrorgruppen delegiert, um später dann direkt in die Politik des Notstandes zu münden. Die Politik des Notstandes (in Italien) zog sich durch die ganzen 80er Jahre hindurch.

Die Medien spielen dabei eine entscheidende Rolle. Oftmals sind sie das einzige Publikum, das den Faschisten einen Rahmen für ihre Inszenierungen bietet. Liberale Schreiberlinge wollen ihr Publikum aufrütteln. Beides, die faschistische Gefahr als auch die antifaschistische Mobilisierung (die Licherketten) sind auch ein Produkt der Medien.

Es ist fester Bestandteil der Nazipolitik, mit Drohbriefen, medienwirksamen Auftritten Angst zu erzeugen. Ihr Kalkül - Angst erzeugt Ohnmacht, Ohnmacht führt zum Gefühl der Wehrlosigkeit oder Kurzschlußreaktionen bei potentiellen Opfern.

4. Die faschistische Machtergreifung- ein antifaschistisches Konstrukt

Wie real ist die faschistische Gefahr nun wirklich?

Hier ist wohl ein kurzer historischer Rückblick angebracht. Als Hitler und die NSDAP 1933 an die Macht kamen, tauften seine Propagandisten diesen Vorgang Machternahme, ähnlich dem Mythos der italienischen Faschisten mit ihrem Marsch auf Rom. Der Begriff Übernahme suggeriert eine gewaltsame, erzwungene Eroberung der Staatsmacht,

⁸ Die drohende Revolution ist heute (noch) nicht zu erkennen, von staatlicher und Kapitalseite her wird aber schon das Potentielle zur Gefahr. Umbrüche sind immer Zeiten der Instabilität.

fast schon ein revolutionärer Akt. In der Realität aber kam Hitler völlig demokratisch und legal an die Macht. Den Boden bereiteten solche Demokraten wie Brüning oder Papen, die in ihrer Krisenpolitik bis 1933 den ArbeiterInnen die Löhne senkten, den Arbeitslosen die Stütze zusammenstrichen und ihnen die Zwangsarbeit aufdrückten. (Und was noch wesentlicher ist: jene Sozialdemokratie, die die Revolution von 1918/19 mit Zuckerbrot und Peitsche abwürgte⁹)

Am Ende gab es für das Kapital keine Alternative außerhalb der NSDAP, alle demokratischen Parteien waren mit ihren Krisenprogrammen gescheitert. Das Kapital hatte aufgrund der deutschen Besonderheiten keinerlei Handlungsspielräume in Richtung Reform und Integration und setzte voll auf die diktatorische Karte.

Man kann also eher davon sprechen, daß den Faschisten die Macht in die Hände gelegt wurde und sie nur das weiterentwickelten, was ihre demokratischen Vorgänger begonnen hatten. Ein ähnlicher Mythos ist die weitverbreitete Ansicht, Gewerkschaften und Arbeiterparteien seien 1933 zerschlagen worden. Die SA stürmte 1933 Luftblasen, nicht mehr vorhandener, nur noch symbolischer Ausdruck der Klassenmacht. Die SPD hatte sich schon länger mit ihrer Beteiligung am staatlichen Krisenmanagement diskreditiert, der ADGB war auch nicht gerade ein extremer Unterschied zur deutschen Arbeitsfront (DAF). Der Faschismus hat nicht das Gezänk der »Arbeiterparteien« ausgenutzt und dann die Macht erobert. In den 20er Jahren waren die Revolutionäre von den »Arbeiterorganisationen« eingekreist worden. Diese Organisationen hatten sich als Agenten der Lohnarbeit in die Verwaltung von Staat und Kapital »hineingekämpft«. Dann standen auch sie im Weg. Aufgabe der Nazis war es dann, wieder eine verstärkte, politisch gesicherte Ausbeutung herzustellen.

Das aktuelle demokratische Regime scheint auf den ersten Blick ähnliche Modelle zur Krisenbewältigung aus der Tasche zu ziehen, wie sein Weimarer Vorläufer, seine Probleme scheinen ähnlich gelagert zu sein. Auch heute kann von einer Weltwirtschaftskrise ausgegangen werden, auch heute ist die Möglichkeit eines Börsencrashes aktuell, auch heute befinden wir uns inmitten eines Umbruchs der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung.

Die heutige Demokratie jedoch ist, anders als Weimar, wesentlich besser vorbereitet auf Krisenerscheinungen jeglicher Art.

Das Kapital brauchte 1933 ein diktatorisches Regime, um ein neues Modell, einen Taylorismus mit einer rassistisch gestuften (Re)Produktionspyramide, durchzusetzen. Aber auch die faschistische Diktatur konnte sich trotz der Ideologie der »Volksgemeinschaft« (dem Traum des Kapitals, den Antagonismus von Arbeit und Nichtarbeit auszulöschen) nicht der Dynamik des Klassenkampfes entziehen. »Der entscheidende Bruch liegt im Jahr 1934. Danach kam es zu einem komplizierten Wechselverhältnis von antikapitalistisch-antiproletarischer Rückwärtsgewandtheit und gesellschaftlicher Rationalisierung, das bis 1937/38 – im Gegensatz zu Italien – immer mehr zugunsten der 'Leistungssteigerung' aufgebrochen wurde. Der Faschismus ist in Deutschland stufenweise im nationalsozia-

⁹ Das kommt jetzt etwas dolchstoßmäßig, im nächsten Zirkular wollen wir etwas näher auf Weimar und den historischen Faschismus eingehen.

listischen Plankapitalismus¹⁰ aufgegangen, in einer deutschen Variante des New Deal. Die Ursache liegt bei der Arbeiterklasse, die einen enormen Druck von unten entfaltete. Ihr informeller Widerstand führte trotz der Zerschlagung der Klassenorganisationen zu gewichtigen sozialpolitischen Veränderungen, die sich ab 1938/39 mit der imperialistischen Expansion in Europa als 'äußere' Antwort auf die unlösbar gewordenen 'innere Krise' untrennbar verwoben¹¹.

Heute ist das demokratische System um einiges effizienter, um die Rahmenbedingungen für einen Umbau zu gestalten. Widersprüche werden eben nicht nur plattgemacht und an die Wand gestellt, sondern geradezu gierig aufgesogen. Das schließt das Plattmachen natürlich nicht aus, ist sozusagen der Zwilling der Integration. Ökonomisch hat das seine Entsprechung bei all den Veränderungen, die wir in der letzten Zeit auf der Ebene der Produktion erleben. Gruppenarbeit ist ein gutes Beispiel, wie der Kampf der ArbeiterInnen gegen den Stumpfsinn der Arbeit produktiv gewendet wird.

Wer könnte heute noch behaupten, dieses System bräuchte eine geheime Staatspolizei, um seine politischen Gegner auszuschalten. Diejenigen, die das heute machen, haben das ganze Wissen und die Skrupellosigkeit der Gestapo, sind nur etwas zeitangepaßter (Die Gestapo ist nicht tot, sie reicht nur etwas komisch).

5. Rassismus ist auch eine Pflanze von unten!!

Dieser Rassismus ist aber kein versteinertes Verhältnis, etwa als vererbbares Charakteristikum eines bestimmten Teils des Proletariats. Er hat sich in der Geschichte des Klassenkampfes, der Kämpfe, Zersetzung und Neuzusammensetzung der Klasse immer wieder verändert. Ob gegen die Hugenotten im England des 18.Jahrhunderts, oder gegen die Polen in Deutschland im 19.Jahrhundert, der Rassismus kam immer wieder zum Zug, wenn etablierte ArbeiterInnen sich von »billigeren« Arbeitsimmigranten bedroht sahen. Wobei klar ist, daß es dem Kapital bei den Migrationsprozessen um die Beherrschung des Arbeitsmarktes, die Kontrolle der Ausbeutung geht¹². Spannend wird es dann, wenn die

¹⁰ Wobei seine These, daß wir unter den weiterentwickelten Bedingungen des NS-Planstaats leben einer aktuellen Analyse unterziehen müssen. Dieser Planstaat ist spätestens seit Ende der 70er Jahre in einer tiefen Krise. Die These ist sicher zutreffender als das ständige Gerede über den neuen Faschismus. Aber sie muß kritisiert, aktualisiert werden. Wir hoffen, mit unserer angefangenen Debatte über eine revolutionäre Krisentheorie dazu etwas beitragen zu können.

¹¹ Aus der Rede »Neuer Faschismus?« von K.H.Roth, gehalten auf dem Tunix-Kongreß 1978. Eine lesenswerte Rede für die aktuelle Auseinandersetzung um den »Neuen Faschismus«. Nachzulesen in »...und es begann die Zeit der Autonomie«, Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse/Rote Straße.

Roth arbeitet heraus, daß »der Nationalsozialismus für die wirkliche Klassengeschichte kein schwarzer Kasten, keine geschichtslose Zeit ist. Er legt die Grundlagen für die heutige Klassenauseinandersetzung, weil er in allen Phasen selbst Ausdruck von spezifischen Klassenkämpfen war. Wir sollten uns zu dieser Tatsache bekennen und nicht länger den alten (...) sinnlos gewordenen Mythen einer vergangenen Arbeiterbewegung nachweinen.«

¹² »Die polnischen Einwanderer werden als eine absolut rechtlose Pariaschicht in speziell abgesonderten Zechenkolonien kaserniert, für die Pieper bereits 1904 in seiner Arbeit über die Lage der Bergarbeiter treffend den Ausdruck ‚Konzentrationslager‘ verwendet. Nach der von ihm zitierten

von Kapital und Klasse konstruierten Spaltungen eine kontraproduktive Gestalt annehmen. Nicht in dem Sinn, daß auf einmal eine Klasseneinheit vom Himmel fällt, die es gar nicht geben kann, sondern Ausgangspunkt für Kämpfe gerade diese Spaltungen sind. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Streiks in der westdeutschen Autoindustrie 1973, wo die wesentliche Motivation der Streikenden die rassistische Spaltung in der Fabrik war. Es bringt uns deswegen wenig, den Rassismus in eine abgetrennte ideologische Diskussion zu verfrachten. Wir reden nicht von der Arbeiterklasse, weil wir diese samt und sonders für gute Menschen halten würden. D.Hartmann hat in seiner Erwiderung auf den Text von K.H.Roth (Die neue Proletarität – und die Angst der Linken) von den Akteuren gesprochen, die genau wissen was sie tun (»Sie machen Geschichte, und sie wissen was sie tun«, siehe AK 362, S.30). Sicher, sie treffen eine Entscheidung. Es wird abgewogen – was es bringt, gegen den Chef, gegen den Lehrer, den Sozialarbeiter, die Arbeit zu kämpfen...oder eben gegen diejenigen, die als Gefahr für die eh schon im Wegbrechen befindlichen »Garantien« aufgebaut und angeboten werden. Die ArbeiterInnen in Bischofferode haben ihre Erfahrungen mit diesen »Garantien« gemacht. Mit der einzigen Garantie, die die freie Marktwirtschaft angeblich anzubieten hat. Wer produktiv ist, dem passiert nichts. Sie wußten was sie machten, als sie die Produktivität »ihres« Bergwerkes verteidigt haben, aber das hat ihnen gar nichts genutzt. An solchen Erfahrungen sollten wir versuchen anzusetzen – Initiativen zu starten: das könnte es heißen, Geschichte zu machen und zu wissen was man tut.

6. Antifaschismus und bürgerlicher Staat

Der Begriff »Faschismus« ist meistens nur noch der Versuch, sich einer radikalen Position zu vergewissern, der Begriff »Faschismus« muß für alles herhalten, was anders nicht mehr erklärt werden kann oder will. Die Schwerpunkte dieser Diskussion haben sich inzwischen etwas verschoben. Spätestens nach den Lichterketten Anfang 1993, als Opel unter dem Motto »mach meine Arbeitskraft nicht an« eine Belohnung für die Ergreifung der Mörder von Mölln aussetzte, gab es Risse im antirassistischen und antifaschistischen Konsens. Es hat sich gezeigt daß der bürgerliche Gewaltbegriff wenig taugt, um den Faschismus von der Demokratie zu unterscheiden. Auch der 2. Weltkrieg, der Krieg gegen die Faschisten,

Untersuchung der Frankfurter Zeitung aus dem Jahre 1902 sind "von den polnischen Einwanderern ... mindestens 60% in den Kolonien dem ständigen Verkehr mit den Eingesessenen entzogen." Der Besucher dieser Kolonien entdeckt "polnische Enklaven auf deutschem Boden". Ein strenges und effektives Überwachungssystem sorgt dafür, daß politische Agitation und Organisation in den Kolonien unterbleibt, keine Arbeiterzeitungen in sie hineingelangen, während umgekehrt die antideutsche und chauvinistische Verhetzung der Polen durch nationalistische polnische Organisationen zumindest stillschweigend geduldet wird. Fricke erwähnt außerdem, daß bei der Anwerbung Arbeiter mit großen Familien bevorzugt werden, um zusätzlich deren Mobilität zu erschweren, was sich erfahrungsgemäß auch nachteilig auf die Bereitschaft zu politischer Aktivität auswirkt.

Diese Spaltungsstrategie des Kapitals zeitigt – sieht man nur das begrenzte Ziel der Brechung des Widerstandes der alten Hauergeneration gegen eine enorme Verschärfung der Ausbeutung – klare Erfolge. Als diese 1872 im Essener Revier den Kampf aufnehmen, schauen die neuen Arbeiterschichten aus dem Osten zu, wie der Streik nach 6 Wochen kaputt geht.« Aus E.Brockhaus, »Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg«.

hat die Welt nicht von Kriegen, Hunger, Terror befreit. Sicher, sagen dann auch die AntifaschistInnen, schließlich leben wir weiterhin im Kapitalismus. Als nächstes soll dann der Antifaschismus radikalisiert werden – militanter, proletarischer, sozialer, politischer, antirassistischer...

»Hinter dem Faschismus steht das Kapital« oder, »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«. Sätze, die immer wieder gerne auf Flugblättern auftauchen, auf Demos zu hören sind. Auch die »Autonome Antifa (M) leitet damit ihren Artikel in der Konkret 3/94 ein. Womit ihre antifaschistische »Gesellschaftsanalyse« dann aber auch schon wieder beendet ist. So distanziert sich die »Autonome Antifa (M)« in dem Artikel wortreich vom »autonomen Antifaschismus der 80er Jahre«¹³, wobei aber überhaupt nicht klar wird, worin dessen Überwindung oder Weiterentwicklung denn nun besteht. »Antifa heißt Angriff«, doch gegen was und mit wem, wird nicht gesagt¹⁴. An keiner Stelle auch nur ein Versuch zu entwickeln, was denn dieses »imperialistische System« nun ist¹⁵. Wir haben im ersten Zirkular schon angesprochen, daß es uns um eine inhaltliche Kritik geht, weniger um eine Kritik an den organisatorischen Konsequenzen des Antifaschismus. Das es in der Praxis immer wieder zu der Bündnispolitik kommt, zu den dann »unbefriedigenden Bündnissen mit den Gewerkschaften, Grünen... ist in erster Linie kein organisatorisches Problem, sondern die Konsequenz der (fehlenden) inhaltlichen Bestimmungen. Es ist zumindest ein Zynismus, daß eine Linke, die von der Arbeiterklasse eigentlich nichts mehr hören will, in der Praxis immer wieder bei Bündnissen mit den »Resten der Arbeiterbewegung« landet.

Der Staat benutzt die AntifaschistInnen. Er findet kein Mittel, nicht vom Staat genauso wie die Schlägerbanden der Nazis funktionalisiert zu werden. Das aktuellste Beispiel könnte die autonome Mobilisierung zum Fußballspiel Deutschland-England Ende April

¹³ So ist in der Konkret zu lesen: »Es ist schon verwunderlich, wie man einerseits die Existenz faschistischer Organisationen als ein Mittel zur Verschleierung der Klassenkonflikte und Wegbereiter der autoritären Wende erkennen und andererseits die Notwendigkeit leugnen kann, den Kampf eben nicht nur gegen die Faschisten von REPs bis GdNF, sondern auch gegen das dahinterstehende imperialistische System der BRD zu führen. Die Begrenztheit eines so verstandenen Begriffs von antifaschistischem Kampf, die Festschreibung von defensivem Antifaschismus als Strategie, ist nichts als die Fortsetzung des autonomen Antifaschismus, so wie er in den 80er Jahren verstanden und betrieben wurde. Die Mobilisierung »hin zu den Faschisten« unter der Parole »Schlägt die Faschisten, wo ihr sie trefft« ist jedoch nur ein Moment eines Kampfes, der nach grundlegenden Veränderungen im internationalen Zusammenhang streben sollte. Der reine Anti-Nazi-Kampf führt nicht an den Fundamenten von Kapitalismus, Rassismus oder Patriarchat. Deshalb kann der Kampf gegen den Faschismus, wenn er mehr sein soll als reines Betroffenheits- und Defensivhandeln nur wirksam werden als Kampf gegen das imperialistische System.«

¹⁴ »Antifa heißt Angriff, heißt neben Selbstschutz und Schutz bedrohter Minderheiten auch, um gesellschaftliches Bewußtsein zu klären, offensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, neue Wege der Bündnisarbeit und der Agitation zu beschreiben, heißt es weiter in dem Artikel.

¹⁵ »Dabei können über den Antifaschismus deutlich wie an wenigen anderen Politikbereichen die Interessenverwicklungen faschistischer und »staatstragender« Kräfte und die imperialistischen Verwertungsmechanismen samt ihrer brutalen Konsequenzen für den Großteil der Menschheit veranschaulicht werden. Daß gerade angesichts der Internationalisierung des Kapitals die Bezugnahme auf und die Solidarität mit Befreiungsbewegungen anderer Länder Bestandteil linker Politik sein muß, halten wir für selbstverständlich«, so lautet die einzige Passage, die »inhaltlich« erklärt, was denn nun gemeint ist.

in Berlin werden. Dem Staat geht es gerade im Wahljahr 94 um eine Mobilisierung aller »demokratischen Kräfte«. Hierzu könnte eine Vorführung der Gefahren von links und rechts ein wichtiger Katalysator werden. Das soll keine Aufforderung dazu sein, zu Hause hocken zu bleiben und sich gar die ganze Scheiße in der Glotze reinzuziehen. Aber die »Demokratiefalle« ist ausgelegt. Erst wird das Fußballspiel an solch einem Termin angesetzt, dann wird die Brisanz des Terms, die Provokation durch die (örtliche) Verlegung in die zukünftige Hauptstadt nochmals verstärkt. Die Aussicht, sich an diesem Tag womöglich mit einer Horde von rechten Idioten auseinandersetzen zu müssen, wird nur die wenigsten begeistern. Die Mobilisierung sollte jedoch versuchen Möglichkeiten zu entwickeln, die Aktivitäten an diesem Tag selber bestimmen zu können.

Weiterhin ist die Frage zu stellen, was derartige antifaschistische Mobilisierungen mit der Enttäuschung über den »Rechtsstaat« zu tun hat:

»Für einen genauen Umgang mit dem Faschismus-Begriff wäre bereits viel gewonnen, wenn wir uns zumindest darüber einig wären, daß die Enttäuschung über einen »Rechtsstaat«, der sich einen Dreck um seine (Verfassungs-)Ideale schert, nicht auf Faschismus verweist, sondern zuallererst auf einen linken Verfassungspatriotismus. Diese Haltung kann nur einnehmen, wer tatsächlich den bürgerlichen Staat damit beauftragt sieht, die Grund- und Menschenrechte zu verwirklichen und die Lehren aus dem Nationalsozialismus zu ziehen - ganz in antifaschistischem Sinne, versteht sich. Nur solange wir Repression und Knast, Unterdrückung und Mord immer wieder mit Faschismus gleichsetzen, können wir die Verteidigung bürgerlicher Ideale mit Antifaschismus verwechseln.«

Dies ist Zitat aus einem Artikel der autonomen Lupusgruppe, veröffentlicht in der ersten Ausgabe »der Beute«. Der Artikel kritisiert recht gut einige der Mythen der antifaschistischen und der demokratischen Ideologien. Allerdings kritisieren wir die Schlußfolgerungen des Artikels. Da wird zwar der Militanzfetisch kritisiert, aber dagegen nur eine »politische korrekte« (pc) Einstellung gestellt.

7. Die Attraktivität des Antifaschismus

Der Antifaschismus ermöglicht Praxis. Seine Attraktivität liegt darin begründet, daß er zu erklären scheint was vor sich geht und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten, Ausdrucksformen gegen die herrschende Gesellschaftsordnung bietet. Das ist nicht zu unterschätzen. Wir haben schon in unserem Einladungsbrief geschrieben, daß es gerade die organisatorischen Strukturen waren, die ein neues Verhältnis von Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative entwickelt haben. Gerade deswegen aber muß kritisiert werden, daß sich die antifaschistische Debatte oft nur noch um die eigene Befindlichkeiten dreht. Es gibt eine »antifaschistische Jugendbewegung«, die oft an den Orten entsteht oder agiert, an denen eine Konfrontation notwendig ist. Mit enormen Aufwand werden Mobilisierungen und »Antifatage« organisiert, aber diese Anstrengungen verpuffen immer wieder, führen zu Frustration bei den Beteiligten¹⁶.

¹⁶ In Freiburg hat es vor einigen Monaten ein Wochenende der »Antifajugend« gegeben, auf dem 2 Tage lang versucht worden ist über die unterschiedlichsten Themen zu diskutieren - vom

8. Erobern wir uns die proletarische Welt!

»...daß unsere Verfassung der industriellen Beziehungen weder arbeitsrechtlich noch gewerkschaftlich mehr in der Lage ist, die Situation, die aus dem Übergang von der Lohnarbeit-Form zur Auftraggeber-Subunternehmerform der Arbeitsbeziehungen entstanden ist, zu bewältigen. Es bleiben also keine anderen als patriarchalische, autoritäre und, mafiose Lösungen der Arbeitsbeziehungen übrig? Wo ist der Raum für sozialpartnerschaftliche, demokratische Ranghensweisen und Eingriffsmöglichkeiten, wenn Arbeitskonflikte oder sozial unverträgliche Situationen aus der wilden Deregulierung des Arbeitsmarktes entstehen? (...) Das Kapital kann nicht mehr mit einer Zeit des sozialen Friedens rechnen, also sind neue Regulierungsmethoden und Ideen, neue wirtschaftliche Werte notwendig. Daran zu denken, ohne einfach zu den alten Modellen der nach der großen Krise von 1929 herausgearbeiteten staatlichen Intervention zurückzukehren, ist eine große Herausforderung für die Jahrhundertwende«

So lautet die – schwache und bittere – Quintessenz eines Artikels von S.Bologna¹⁷ in der Frankfurter Rundschau vom 10.2.1994. Dabei ist die Analyse, die Problemstellung durchaus richtig. Das Kapital bastelt an einer Bewältigung einer Krise, die tiefer geht als die momentane Rezession. Was das für die Arbeiterklasse bedeutet ist in dem Artikel auch ganz gut beschrieben. Deregulierung, zweite, dritte...Arbeitsmärkte, Massenarbeitslosigkeit. Auf den verschiedenen Ebenen soll der Arbeitszwang verstärkt, bzw. wieder effektiv hergestellt werden (Umbau des Sozialstaates). Mit seiner fast beiläufigen Erwähnung der »großen Krise von 1929 und deren Folgen« benennt S.Bologna ebenfalls eine wichtige Tatsache. Nämlich die im Kapitalismus immer präsente Tendenz oder Möglichkeit, daß das Kapital zur »autoritären Krisenlösung« übergeht. Kapitalismus und Krise sind nicht zu trennen und gerade in den letzten Jahren haben wir mitkriegen müssen, daß die »Option Krieg« in der Klassenauseinandersetzung immer häufiger wieder auf der Tagesordnung steht. Im Irak, in Somalia, in Jugoslawien, in der Türkei/Kurdistan.... .

Und auch hier kommen wir an den Diskussionen um den »Ruck nach Rechts«, die zunehmende Gewalt, die Aggressionen nicht vorbei. Aber das reale Phänomen, daß die Klasse ihre Wut teilweise gegen sich selber richtet, sollte nicht dazu führen dies nur noch als Angst zu verarbeiten. Es ist unbefriedigend, daß wir in diesem Text bisher mehr Kritik als praktische Auswege aufgezeigt haben. Sicher wäre es an dieser Stelle möglich eine Liste positiver Momente aufzulisten, nach dem Motto, die Klasse kämpft, mischt euch ein.

Veganismus bis hin zur Ökologie von rechts –, dann aber der schließlich der Bericht für das lokale Szene Radio ausgefallen ist, weil von den VeranstalterInnen niemand mehr so recht wußte, was sie denn nun alles erzählen sollten.

¹⁷ Einer der ehemaligen »Köpfe« der »linken/operäistischen Kreise« in Italien. Bitter ist, daß solche Leute aufgrund ihrer Erfahrungen natürlich in der Lage sind, Analysen zu liefern, die für eine revolutionäre Diskussion notwendig sind, dabei aber scheinbar keine Möglichkeit mehr sehen (sehen wollen?), in diesen Analysen auch Ansatzpunkte aufzuzeigen, wie wir wieder dazu kommen, Geschichte von unten, vom Klassenstandpunkt aus zu machen. Stattdessen werden hier zum Schluß »mutige, innovative Manager gefordert«. Die eigenen Erfahrungen, das Wissen aus Klassenkämpfen und damit eine gehörige Portion Klassenerfahrung, dem Kapital zur Verfügung gestellt.

Richtig daran bleibt, daß es absolut notwendig ist, über die aktuellen Kämpfe, z.B. in Potsdam (Artikel in diesem Zirkular) und über die breite Mobilisierungen in Frankreich zu diskutieren. Was das für uns bedeutet, ob und vor allem wie wir uns auf ähnliche Auseinandersetzungen vorbereiten sollten. Richtig ist auch, daß wir unsere Aufgabe darin sehen sollten Initiativen zu starten. Und die gibt es ja zum Teil auch schon. Welche weiteren positiven Ansatzpunkte bleiben? Das der Widerstand gegen die faschistische Gefahr womöglich zunehmend militanter wird, ist eine zwiespältige Geschichte. Gut wäre, wenn sich wirklich die wehren, die es betrifft. Aber z.B. hat die Militarisierung der Bewegung in Italien Ende der 70er Jahre zu der Auflösung der Bewegung geführt.

Wir wollen auf dem Treffen im Juni einen Schritt nach vorne machen. Zum einen durch die Diskussion, die wir über die Artikel zur Krise eingeleitet haben. Zum anderen über die Schlußfolgerungen, die aus den aktuellen Mobilisierungen, z.B. in den Flüchtlingsgruppen und den sich wieder vermehrt bildenden Erwerbslosengruppen gezogen werden. Und natürlich mit diesen Thesen zum Antifaschismus. Solange wir in nichts besseres vorschlagen und praktizieren, werden sich viele erstmal weiter über »Antifa« zwar politisieren, aber wenn es »nicht läuft«, Schwierigkeiten auftauchen, eben auch wieder wegbleiben. Auf welche Schwierigkeiten wir stoßen, wenn wir uns in eine Ecke drängen lassen, davon können z.B. die Leute in den Flüchtlingsgruppen berichten. Der unter anderem von D.Hartmann im Ak 362 aufgezeigte Ausweg, die gesellschaftliche Blockierung von ihren Rändern her, von »unten«, aus den antirassistischen Flüchtlingsgruppen heraus aufzurollen, findet in der Realität keine ausreichenden Perspektiven für eine revolutionäre Umwälzung.

Der notwendige Zugriff auf die gesamte Klassensituation, die gesamte proletarische Welt muß wieder in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen kommen!!

Mischt euch ein, meldet euch mit Kritik, kommt zum Junitreffen!!

Wildcatgruppe Freiburg

Klassenkampf – Krise – Kommunismus?

Teil 2

Eigentlich wollte ich im zweiten Teil gleich auf neuere Krisentheorien eingehen. Einige Reaktionen auf den ersten Teil und der Diskussionsverlauf um Karl Heinz Roths Vorschlag legen es nahe, erst nochmal anhand des Begriffs der Produktionsweise einige inhaltliche und methodische Sachen klären. Dann will ich nochmal ganz knapp skizzieren, wieso uns die gute, alte operaistische Krisentheorie "nicht mehr reicht". Und erst im dritten Teil werde ich schließlich auf einen neueren Ansatz zur Erklärung der aktuellen Krise eingehen.

Marx benutzt den Begriff der »Produktionsweise« in der *Deutschen Ideologie* bereits auf zwei Arten, philosophisch, wenn er schreibt: »Die Menschen haben Geschichte, weil sie ihr Leben produzieren müssen, und zwar müssen auf bestimmte Weise. Und zur Beschreibung einer bestimmten Etappe in dieser Geschichte, wenn er schreibt: »Die Weise, in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab. Wie die Individuen sind ... fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion. In der *Kritik der politischen Ökonomie* bezeichnete er dies nochmal ausdrücklich als den Leitfaden seiner Untersuchungen: »Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. ... Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.« (Zur *Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 8 f.)

Das Bild vom Haus mit seinen Fundamenten war wahrscheinlich nicht so glücklich – Stalin hat dann ja die entsprechende "Theorie" draus gemacht ... Marxens Methode der *Kritik der politischen Ökonomie* gerät an einigen Stellen in seinem Werk in einen Widerspruch zu seiner Suche nach den Vorboten einer neuen Gesellschaftsordnung: Zuweilen sah er diese sogar in den Aktiengesellschaften (insofern die seiner Ansicht nach vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ausgenommen seien), im wesentlichen glaubte er aber wohl, daß die fabrikmäßige Massenproduktion die materielle Grundlage

für den Sozialismus hergeben würde. Es gibt hier einen Widerspruch in seinem Denken, denn in seiner Kritik des Kapitalismus arbeitet er immer raus, daß nur die Abschaffung der Arbeit die Grundlage für eine freie Gesellschaft sein kann. Ich schrecke deshalb auch immer zurück, wenn mich jemand darauf festlegen will, ob ich "Marxist" bin, oder nicht – aber ich denke, wir können die Marx'sche Methode nach wie vor benutzen.

Unter heutigen Kritikern, wie beispielsweise Detlef Hartmann, ist es modern geworden, den oben dargestellten Widerspruch bei Marx dahingehend zu interpretieren, daß sie ihm vorwerfen, er habe auf die Entwicklung "gesetzt". Ich denke, es ist aus dem obigen klar geworden, daß er im Gegenteil gegen die zeitgenössischen Auffassungen der Aufklärer oder der liberalen Ökonomen gezeigt hat, daß "Fortschritte" etwa in der Entwicklung der Technik immer ein Fortschritt in der Ausbeutung sind. Marx glaubte zwar an die Existenz von Bewegungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft (insofern war er ein Kind des 19. Jahrhunderts), aber er hat nie versucht, diese Bewegung in ein geschichtsphilosophisches Schema des allgemeinen Entwicklungsgangs der Menschheit zu pressen.

Seine (unglückliche) Metapher vom Haus und vom Fundament gab die Grundlage für sehr viele "Marxisten",

- a) genau das zu tun (die »chernen ökonomischen Gesetze« des TäTäRä-Sozialismus, aber auch die Zusammenbruchstheorien von R. Kurz & Co.), und
- b) den "Überbau" nur als *Mittel* im Dienst der Reproduktion der Produktionsverhältnisse zu begreifen. Zwar funktionieren die religiösen, politischen usw. Verhältnisse als wesentlicher Bestandteil der Produktionsverhältnisse, es wäre aber ein Irrtum zu glauben, die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse, Religion, Verwandtschaft usw. würden nur existieren, um verschiedene Formen der Ausbeutung zu ermöglichen oder zu rechtfertigen.... (das wäre Funktionalismus, wie ihn z.B. Althusser mit seiner Theorie der »ideologischen Staatsapparate« vertritt, aber auch Hirsch/Roth mit ihren »massenintegrativen Apparaten« sind gleich in der Nähe).

Ich hab das jetzt ä bißle länger gemacht, weil mir dabei vier Sachen wichtig sind:

- Kritik des Fortschrittsbegriffs (manchmal wird auch in unserer Szene ganz unbefangen vom "technologischen Fortschritt", von "industrieller Revolution" oder ähnlichem Schabernack geredet);
- Kritik des Hartmann'schen: "jeder weiß was er tut"-Gefasels in seinem ak-Artikel (übrigens ist Detlef nicht der einzige, der die vorgebliebene Kritik an Marxens "Fortschrittsgläubigkeit" dazu benutzt, sich von der Arbeiterklasse loszusagen – denn im gleichen Atemzug wird dann immer den ArbeiterInnen unterstellt, daß sie die »Gewinner am industriellen Fortschritt« seien);
- Kritik unseres eigenen Funktionalismus/Strukturalismus (der oft noch kruder als Verschwörungstheorie daherkommt)
- letztlich ist die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nach wie vor der beste Schlüssel zum Kapieren von Krisen; wir müssen dabei aber immer obige Beschränkungen im Auge behalten und vor allem klar haben, daß "Produktivkräfte" vor allem anderen die Menschen (ihr Wissen, ihr Können¹) und die (von den Produktionsver-

¹ Wissen und Können sind komplexe Zusammenhänge von Vorstellungen, Ideen, Gewohnheiten sowie körperlichem und geistigem Geschick. Marx: »Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.« (MEW 23, S.193)

hältnissen erzwungene) produktive Kooperation sind; erst in zweiter Linie die Hardware (Maschinen, Technik ...).

Wieso reicht uns die operaistische Krisentheorie eigentlich nicht mehr?

a) Negris Schriften in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zur "Krise des Planstaats" haben ein wichtiges theoretisches Fundament für die operaistische Analyse der aktuellen Klassenverhältnisse gelegt: Das Kapital hatte zwischen 1917 und 1929 lernen müssen, daß es bei Strafe des eigenen Untergangs die Arbeiterklasse politisch anerkennen mußte. Die revolutionäre Drohung, die von der Arbeiterklasse ausging, konnte nicht ausgelöscht werden (»auf lange Sicht sind wir alle tot« hatte Keynes gesagt), sie konnte nur "als Motor der Entwicklung" integriert werden. Dies mußten seit den 30er Jahren alle entwickelten kapitalistischen Länder anerkennen (auch der Nationalsozialismus setzte keynesianische Mechanismen in Gang; die verschiedenen Regierungen der BRD, selbst von Nixon ist der Ausspruch überliefert: »Heute sind wir alle Keynesianer«). Negri und andere harten hellsichtig analysiert, wie die Klasse in den 60er Jahren aus diesem System von Produktivitätssteigerungen gegen Lohnerhöhungen auszubrechen begann: die Verweigerung der Arbeit, den Lohn als politische Größe zu entwickeln, die Ausbreitung der Kämpfe in alle gesellschaftlichen Bereiche (*welfare mothers*, Arbeitslosengeld = Lohn für Nicht-Arbeit usw.) sprengten den keynesianischen Deal. Das machte die »Krise des (keynesianischen) Planstaats« aus. Der Operaismus war ein wunderbares theoretisches Instrument, um diese Krise zu analysieren. Es gab auch viele Versuche in die Richtung, die Vertiefung der Krise durch die Arbeiterkämpfe als Übergang zum Kommunismus zu praktizieren. Diese Hoffnungen haben sich aber zerschlagen. Heute ist sicherlich kein direkter Weg Arbeiterkampf-Krise-Vertiefung der Krise-Kommunismus mehr vorstell- und praktizierbar. Deshalb müssen wir an dieser Ebene weiterdiskutieren, um zu kapieren, was real vor sich gegangen ist, wie die Klasse wieder an den Drücker kommen kann. Die immer wiederholte Behauptung, die unmittelbare Ursache der kapitalistischen Krise sei der Arbeiterkampf, bringt nix, wenn wir diese Kämpfe nicht real ausmachen können.

b) Viele "Spätoperästen" haben die frühen Theoretisierungen eines Planstaats, der gegen die Arbeiterkämpfe die Krise benutzt, der "in die Krise geht", inzwischen zu regelrechten Verschwörungstheorien ausgebaut. Auch in unseren eigenen Analysen herrscht oft ein unausgesprochener Funktionalismus vor, der in etwa besagt: Wenn "das Kapital" oder "der Staat" etwas tut, dann *um* folgendes zu erreichen. Dabei bleibt oft die Dialektik der Kämpfe auf der Strecke, bei denen nämlich oft was rauskommt, was keine der beiden Seiten gewollt hat, und auf dessen Grundlage dann die Kämpfe (auf höherer Ebene) weitergehen. Dabei gibt es auch ein gedankliches Problem: Wenn das Kapital so autonom ist, daß es "in die Krise gehen" kann, warum ist es dann nicht stark genug, die Krise auch wieder zu beenden? Dieser Strukturalismus der Analyse wird dann von Fall zu Fall mit einem recht dünnen "Dann-erst-recht" oder voluntaristisch überdeckt. Vor allem die *Midnight Notes* machen hier einen Kopfstand: Ihre Analysen am Schreibtisch sind strukturalistisch (sie beschreiben, wie der Kapitalismus sich reproduziert) und nur indem sie dieses Funktionieren verschwörungstheoretisch auf einen »Plan« reduzieren, erwecken sie den Eindruck, wir könnten da was dagegen tun (was zu tun sei, bleibt dann aber auch immer recht wolkig und beliebig). Sie haben den *praktischen Optimismus* verloren, der den Operaismus früher auszeichnete, weil er die Ursache der kapitalistischen Krise in den realen Kämpfen der ArbeiterInnen ausmachte.

Früher war es gerade des Hauptargument der Operaisten für die neue Phase in der Klassenzusammensetzung, daß der Arbeiterkampf den Zusammenhang zwischen Klassenkampf und kapitalistischer Entwicklung zerrissen habe, daß sie insofern historisch über den Keynesianismus rausgetreten sei. Wenn das aber stimmt, dann brauchen wir hier wirklich ein Stück neue Theorie. Denn wie schon Boyer sagt: »Wenn die Krisen länger dauern, geht den Theoretikern der Arsch auf Grundeis« – und das gilt scheint's auch für den Operaismus.

Neuere Ansätze zur Erklärung der kapitalistischen Krise

Jetzt fragen sich sicher alle: »Who the fuck, is Boyer?« Boyer ist ein Regulationist, und das wiederum sind Linke, die sich Ende der 70er ein Problem stellten: Die bürgerlichen und die meisten "marxistischen" Theorien konnten nicht den Charakter der tiefen Krise verstehen, in die das Kapital geraten war; die Operaisten konnten zwar die Krise verstehen, aber sie konnten auch nicht erklären, warum das Kapital immer tiefer hineingeriet, obwohl die Arbeiterkämpfe weltweit stark abflauten. Gleich vorweg: die Theorie der Regulation ist eine akademische Angelegenheit und ihre Vertreter sind heute oft Berater von reformistischen Politikern. Es geht mir nicht darum, ihre politischen Vorschläge hier auszubreiten. Aber der Ansatz hat einige Vorteile:

- + sie kritisieren sowohl den keynesianischen als auch den neo-schumpeterianischen Ansatz und machen klar, daß die Krise tiefer geht; sie sehen die Ursache der Krise nicht in der mangelnden globalen Nachfrage, sondern in der Erschöpfung der Profitabilität
- + sie gehen materialistisch vor und lösen verschwörungstheoretische, funktionalistische und strukturalistische Verfestigungen auf;
- + sie haben sich viele Gedanken darüber gemacht, wie sich die aktuelle Krise des Kapitalismus begrifflich fassen läßt
- + sie haben ne ganze Reihe von Forschungen dazu gemacht, welche Versuche die Unternehmer auf internationaler Ebene (»peripherer Fordismus?«), auf dem Arbeitsmarkt (»Flexibilisierung der Arbeit in Europa«) und auf betrieblicher Ebene (Peugeot-Untersuchung, hybride Automatisierung) machen, um die Krise zu überwinden.

Sie haben einige Nachteile:

- + Regulationsschule ist ziemlich beliebig auch in ganz entscheidenden Fragen wie der Werttheorie haben sie unterschiedliche Meinungen und manche wechseln sogar im Lauf der Jahre ihre Meinung;
- + sie haben sich seit etwa 8 Jahren in einen abgedrehten Streit darüber begeben, ob die nächste Regulationsweise "post-", "neo-", "hyper-fordistisch" oder wie sonst aussehen wird, und ob das gut sein wird oder nicht so sehr;
- + damit legen sie ihr strukturalistisches Wesen bloß (während die Regulationsschule entstanden im Kampf gegen den Althusser'schen Strukturalismus, bei dem der Kapitalismus zu einem System stilisiert worden war, das sich immer wieder "reproduzieren" könnte; aber sie ist letztlich strukturalistisch verhaftet geblieben (Konzept von Regulation und Selbstregulation hängt mit dem "Reproduktionskonzept" eng zusammen; Begriffe wie "massenintegrative Apparate" sind funktionalistisch, nicht dialektisch, materialistisch): Sachen wie Fabrikorganisation usw. werden dann

nicht mehr im Spannungsverhältnis vom Kampf um ihre Durchsetzung her untersucht, sondern werden danach kategorisiert, ob sie nun schon als "post-fordistisch" anzusehen sind; deshalb auch ihre Nonchalance der Frage gegenüber, ob man sich nach wie vor auf das "Marx'sche Wertgesetz" beziehen soll oder nicht: wenn Wert nicht mehr als Kampfverhältnis geschenkt wird, sondern nur in seiner zweiten Bedeutung als gesellschaftlicher Regulator (Herstellung der Durchschnittsprofitrate, Kapital, das sich nicht verwertet, geht ein usw.), dann kann man natürlich auch versuchen, andere Regulatoren (wie Geld z.B.) als Bezugspunkte zu nehmen.

Einige Regulationisten erfassen zwar die politischen und sozialen Ursachen der Krise, sie verheddern sich aber an dem Punkt, wo sie nicht Kritik der politischen Ökonomie, sondern politische Ökonomie betreiben. Soziale Verhältnisse kommen bei ihnen nur sehr abstrakt oder als institutionalisierte Strukturen vor, also in "geronnener Form". Veränderungen von klassenspezifischen Interessen, alltäglichen Verhaltensweisen und Orientierungen der gesellschaftlichen Menschen sind für sie kein Thema. Und das ist natürlich besonders daneben bei einer Krise, die wir sehr stark gerade in "Verhaltensweisen" und in nicht institutionellen Kampfformen sehen).²

So wie Boyer aber 1986 versucht hat, die verschiedenen kapitalistischen Krisen erstmal einzuteilen, kann für unsere weitere Diskussion recht nützlich sein, deshalb fasse ich sein Schema im folgenden zusammen. Danach gibt es fünf Typen von Krisen (Zitate alle von Boyer³):

Typ 1: Exogene Krise – die Krise als "externe" Störung

aufgrund von äußeren Ereignissen wie Naturkatastrophen, Ereignisse auf internationaler Ebene, Kriege ... Im strikten Sinn also eigentlich gar keine Krise.

Typ 2: normales Ergebnis der Regulation, "Anpassungskrise"

sozusagen völlig endogene Krise, die nichts mit unsicheren äußeren Faktoren zu tun hat, sondern in ihrer Zyklizität zum Funktionieren des Kapitals gehört. »Es ist zweifellos das Verdienst von Marx, als erster erkannt zu haben, daß dieses Phänomen dem Kapitalismus eigen ist, und verschiedene Möglichkeiten seiner theoretischen Erklärung vorgeschlagen zu haben.« Mangelnde Nachfrage, Disproportionen zwischen den Sektoren oder den Abteilungen, zu niedrige Profite, weil der Mehrwert zu stark in höhere Löhne geht, finanzielle Instabilitäten oder Grenzen bei der weiteren Ausdehnung des Kredits.... auch wenn die verschiedenen Theorien den Akzent mehr oder weniger stark auf die verschiedenen Faktoren legen, stimmen sie doch alle darin überein, daß Boom und Krise automatisch aufeinanderfolgen. Form und Tiefe dieser Krise hängen von den Modalitäten der Regulationsweise ab, im keynesianischen Sozialstaat wurde aus der Depression eine Rezession

² Zur konkreten Analyse der Krise dürften die Regulationisten also wenig taugen - aber ist das beim operaistischen Ansatz so viel anders: auch Alquati gelingt es nur, die in ihrer Widersprüchlichkeit funktionierende Fabrik zu beschreiben, und wo er Thesen über die »neuen Kräfte« wagt, sind sie eigentlich ziemlich daneben: »die jungen Techniker« usw. Daß Alquatis Betriebsuntersuchungen, Negrinis »Krise des Planstaats«-Überlegungen und Trontis Fruchtbarmachung Marx'schen Denkens insgesamt »ein Stück«, »eine Theorie«, »einen Organisationsansatz« ergaben, hat doch wohl eher was damit zu tun, daß der Untersuchungsgegenstand damals noch kohärent war: Fließband/Kreisförderer - keynesianische Wirtschaftstheorie -zyklische Konjunktur innerhalb bzw. nach einem »Wirtschaftswunder« ...

³ Robert Boyer: *La théorie de la régulation: une analyse critique*, Paris 1986

(weil die Löhne nicht mehr wegbrechen) ... die Ökonomie verfällt seit der Krise der 70er Jahre in einen Zustand, wo es keinen automatischen Aufschwung mehr zu geben scheint
»Ist dies nicht Anzeichen dafür, daß die aktuellen Anpassungsmaßnahmen nicht mehr selbstkorrigierend sind und statt dessen das vorherige Regulationssystem weiter destabilisieren?«

Von daher ergibt sich die Abgrenzung zu "großen Krisen": die ökonomische und soziale Dynamik tritt in Widerspruch mit der Entwicklungsweise. Große Krisen werden nochmal in Typ 3 und Typ 4 unterschieden, je nachdem, ob die Regulation das Akkumulationsregime destabilisiert oder ob es die Krise des Akkumulationsregimes ist, das auf die Regulation zurückwirkt.

Typ 3: Krise der Regulationsweise

Drei Krisenursachen sind hier möglich: a) exogene oder endogene Störungen: »neuen Typen«, die nicht mit den bisher bekannten Methoden aufgefangen werden können; b) sozio-politische Kämpfe stellen die institutionalisierten Kompromisse infrage, neue soziale Strukturen sind inkompatibel mit der ökonomischen Reproduktion des Systems auf erweiterter Basis (»die Krise zeigt in diesem Fall das Auseinanderfallen zwischen der Zeit der Politik und der Zeit der Ökonomie«); c) die Vertiefung der Regulationslogik selbst führt zur Zerrüttung des Wachstums und zum Eintritt in eine Krise langer Dauer. (Boyer versucht also, alle marxistischen Analysen zusammenzupacken, die sich über die Ursachen uneins sind, aber darin übereinstimmen, daß die aktuelle eine "große Krise" ist).

»Genauso gerät das *fordistische Lohnverhältnis* in die Krise, weil es unter Druck kommt, der allerdings von Land zu Land verschieden ist: Arbeiterkämpfe gegen die Arbeitsorganisation, Lohnforderungen, die nicht durch Produktivitätserhöhungen kompensiert werden, Übernahme eines immer größeren Teils der mit der industriellen und städtischen Lebensweise zusammenhängenden kollektiven Kosten durch den Staat. Allgemein gesprochen scheint die Verrechtlichung (codification) von Ansprüchen auf Einkommen, die fast unabhängig von der ökonomischen Lage bestehen, zu einer Quelle von Konflikten sowohl wirtschaftlicher als auch sozio-ökonomischer Art zu werden, seit sich der Zuwachs der Produktivität abgeschwächt hat.«

Typ 4: Krise der Entwicklungsweise: das Akkumulationsregime selbst ist in der Krise.

Im Unterschied zum vorigen Krisentyp ist die Krise des Entwicklungsmodells dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grenzen und den Höhepunkt der Widersprüche im Innern der wesentlichsten institutionellen Formen erreicht, die Voraussetzung für das Akkumulationsregime sind: Produktionsorganisation, Horizont der Kapitalverwertung, Aufteilung des Werts und die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage. Also Blockierung des dynamischen Reproduktionsprozesses der betrachteten Volkswirtschaft (Ökonomie). Für den Zeitgenossen ist es schwierig, Krisen vom Typ 3 und 4 zu unterscheiden, es lassen sich drei Kriterien dafür angeben:

- + Keine automatische Rekonstitution der Profite und des endogenen Wiederaufschwungs; die konjunkturellen Zusammenhänge unterscheiden sich deutlich von denen der Aufschwungperiode.
- + Die Akkumulationsdynamik unterminiert und zerstört die gesellschaftlichen Formen, die während der Aufschwungphase ihre Stütze waren.
- + Damit geht auch das Vorherrschen eines *strengen Determinismus des Ökonomischen* oder des *Technologischen* zuende. Weil es den vergangenen Kompromissen und Verhaltens-

regelns nicht gelingt, die ökonomische und soziale Kohärenz des Systems abzusichern, gibt es offene oder latente, offensive oder defensive Kämpfe, innovative Durchbrüche oder vergangenheitsorientierte Versuchungen, die die Besonderheiten der Konjunktur ausnutzen, um »andere Spielregeln« durchzusetzen versuchen, die zum Teil neu und zum Teil Wiederbelebungen älterer Verhaltensweisen sind. Gerade an diesem letzten Kriterium werden die Unterschiede zu Kondratief [Theorie der langen Wellen] offenkundig. Denn zum einen gibt es keinen Automatismus, der den Übergang von einer absteigenden Phase B zu einer aufsteigenden Phase A sicherstellt, im Gegensatz zu dem, der auf dem Scheitelpunkt interveniert. Zum anderen gibt es kein überhistorisches Gesetz, das voraussehen lässt, woraus ein mögliches, im Entstehen begriffenes Akkumulationsregime zusammengesetzt sein wird, da man ja zurückweist, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in letzter Instanz durch die "Produktivkräfte" bestimmt werden.«

Typ 5: Die endgültige Krise einer Produktionsweise

entspricht der "organische Krisen" in der Marxorthodoxie, aber sie ist hier an genauere Definitionen geknüpft. Der Untergang des Feudalismus war sicherlich eine Krise des 5. Typs, aber wie soll man aktuell sicher sein, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus erschöpft sind, daß nicht einmal ein einstweiliger Ausweg gefunden wird? Hier reicht kein abstrakter Beweis, sondern man müßte diesen Beweis auf zeit Ebenen antreten:

- + zunächst könnte man analytisch zu zeigen versuchen, daß keinerlei Neuzusammensetzung der sozialen Verhältnisse möglich ist, die zu einer gangbaren Entwicklungsweise führen würde;
- + schließlich könnte man »zu beweisen versuchen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die tendenzielle Entwicklung der sozialen und politischen Konflikte eine Neuzusammensetzung der institutionellen Formen in Richtung auf ein neues Akkumulationsregime verunmöglicht.«

Letztlich geht es Boyer drum, der Kaffeesatzleserei zu entgehen, à la: der Kapitalismus ist in einer Krise, und da wir wissen, daß der Kapitalismus ein antagonistisches Verhältnis ist, kann er diese Krise nicht lösen — damit wird dann jede Krise zur tendenziell letzten Krise...

Soweit der Schnelldurchgang durch die Theorie der Regulation — den ich auch deswegen wichtig fand, weil viele Analytiker, deren Bücher wir lesen, Vertreter dieses Ansatzes sind. Zum Beispiel Mike Davis, dessen Buch "Phönix im Sturzflug"⁴ eine ganz tolle Analyse der Vereinigten Staaten zur Zeit von Reagan war — dessen politische Vorstellungen ("rainbow coalition") am Ende dann aber keineswegs überzeugen können.

Ich denke, es wird nun etwas klarer, warum das so ist. Und es wird wohl auch klarer, warum wir eine eigene Krisenanalyse brauchen: eine, die keinen Bruch zwischen Analyse und politischem Vorschlag hat, sondern die uns praktisches Eingreifen möglich macht. Ansätze dazu im nächsten Zirkular.

J.

⁴ 1986 als Rotbuch erschienen.

Zur Bellofiore-Diskussion:

Ich möchte nochmal n paar Takte zu dem Bellofiore-Text im letzten Zirkular loswerden, weil ich aus anderen Städten den Eindruck gekriegt habe, daß dieser Text etwas untergegangen ist. Vorwegschicken muß ich, daß wir den Genossen Bellofiore nicht direkt kennen, aus dem Text selber hatten wir den Eindruck, daß er etwas unreflektiert auf »Demokratie« steht. Möglicherweise hat es auch was zu bedeuten, daß er von einem »Alternativmodell« spricht (meint er, wir müssen unsere Utopie von einer freien Gesellschaft wieder deutlicher machen? dem wäre sicher zuzustimmen - oder meint er, wir müßten ein »Modell« der zukünftigen Gesellschaft ausarbeiten??). Schließlich ist auch zu bedenken, daß der Text mindestens zwei Jahre alt ist, also geschrieben wurde zu einer Zeit, als noch die kapitalistisch/imperialistischen Triumphfanfaren vom »Ende der Geschichte«, »neuer Weltordnung« usw. in allen Ohren schepperten - dagegen schreibt er an, und das kommt uns heute schon wieder leicht verstaubt vor. Aber ansonsten liefert der Text fundiertes Handwerkszeug. Er macht einen Grobdurchgang durch die (bürgerliche) Nationalökonomie des 20. Jahrhunderts - und davon versteht er was (der Text hebt sich in dieser Hinsicht sehr positiv etwa von den Strehle'schen Schlamperien ab).

Seine Schumpeter-Kritik sollte nicht zu schnell untergehen, deshalb wiederhol ich nochmal die grundlegenden Gedanken: Er hebt hervor, daß Schumpeter sich von seinen Adepten darin unterscheidet, daß er den treibenden Motor der Geschichte nicht verkürzt in der »Technik« oder gar dem modern gewordenen »technischen Fortschritt« (was'n das??) sieht, sondern in der »kapitalistischen und ununterbrochenen Umwälzung der Produktionsweisen« (S. 68).

Schumpeter kritisiert die liberalen Vorstellungen vom freien, harmonischen Markt vernichtend; er spricht von der Wirtschaft in militärischen Begriffen (z.B. seine Theorie sei der des unschuldigen Marktes überlegen wie Bombardement dem Einbruch). In diesem Sinn steckt in Schumpeter viel mehr Realität als in den klassischen Vorstellungen; diese funktionieren nämlich nur, wenn die Märkte im Gleichgewicht sind - also nie! Aber Schumpeter muß materialistisch gewendet werden: Ursprung der Entwicklung - und mithin Ursprung der möglichen Krise, des Bruchs - ist der Klassenantagonismus (der laut Bellofiore antagonistisch bleibt, weil die Verwandlung des Proletariats in Arbeitskraft kein natürlicher Vorgang ist - Kampf gegen die Arbeit wird es so lange geben, wie es die Arbeit gibt, würden wir das vielleicht ausdrücken). Bei Marx ist die Entwicklung mehr den Kämpfen als der Konkurrenz zwischen Firmen geschuldet. Konkurrenz ist Erscheinungsform und Vermittlungsinstantz des Klassenkampfs.

Bereits mit diesen Bemerkungen wäre die ideologische Gleichsetzung von Kapitalismus und »freiem Markt« abgehakt, aber die Verwirrung geht wesentlich tiefer, deshalb kommt er nochmal auf Marx zurück: Kapitalismus ist nicht wesentlich Privateigentum, sondern Trennung des Arbeiters von der Arbeit. Marx bedeutet *Kritik* an der kapitalistischen Ökonomie und nicht die Behauptung, zentrale Planung bringt's.

Bellofiore entwickelt also zunächst die Kläglichkeit der liberalen Gleichgewichtsvorstellungen. Sodann zeigt er auf, daß die Vorstellungen von »sozialistischem Plan« sich lediglich auf dieser Ebene als Konkurrenz sahen (also sogar hinter das Verständnis von Schumpeter zurückfielen), insofern aber degenerierter Markt, dem kapitalistischen Markt in ihrer Entwicklungsfähigkeit sogar unterlegen waren (Umgang mit Ressourcen usw.). Das

Scheitern des Realsozialismus bedeutet also nicht das Scheitern kommunistischer Vorstellungen ... (hier ist ne ganze Menge Material aufzuarbeiten, das jetzt so langsam rauskommt: Seidman, Arbeiterkampf im Sozialismus ...).

Der Plan in der SU war degenerierter Markt; aber der Markt ist mehr als das Gegenstück vom Plan, er ist dem Plan überlegen, insofern er entwicklungsfähig ist. Deshalb wendet er sich der Analyse des Kapitalismus zu und betrachtet zunächst das Verhältnis Kapital-Demokratie: er arbeitet raus, daß die Menschen (als Klasse) sowohl als Konsumenten wie als Produzenten nicht frei sind und folgert daraus, daß Kapitalismus und Demokratie antagonistisch sind. Zwar gibt es nur im westlichen Kapitalismus Demokratien, aber nicht der Kapitalismus hat diese hervorgebracht, sondern sie sind den Kämpfen geschuldet - diese Kämpfe bringen aber auch die »Krise« hervor. Denn die kapitalistische Antwort auf die Arbeiterkämpfe war immer, den Arbeitercommunities den Boden unter den Füßen wegzuziehen und sie auf neue Art unters kapitalistische Kommando zu integrieren. Aber mit der Antwort auf die Kämpfe der 60er und 70er Jahre scheint eine Schwelle überschritten zu sein: die Umstrukturierungsantwort ist von solcher Tragweite, daß sie das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft überhaupt in Frage stellt. (Derselbe Befund wie Piore/Sabel oder wie die Regulationisten - nur daß Piore/Sabel: »die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft durch flexible Spezialisierung« versprechen; und viele »Regulationisten« in der zweiten Hälfte der 80er ebenfalls das Tolle am »Postfordismus« [Begriff von Sabel, übrigens] entdecken ...). Bellofiore behauptet, daß die kapitalistische Antwort auf die Arbeiterkämpfe Ende der 60er, Anfang der 70er so tiefgreifend war, daß damit der »circulus virtuosus« zwischen Entwicklung der Produktion und Entwicklung der Gesellschaft in Frage gestellt wird (S. 61), die kapitalistische Reaktion hat die Bedingungen der eigenen Reproduktion untergraben.

Was die Kapitalisten der Welt heute als »Entwicklung« anbieten, heißt: blutige Konkurrenz zwischen Betrieben (Standortdiskussion) und einzelnen Arbeitern (Gruppenarbeit) und den Export der Ungleichheit oder das »chinesische Modell« (schärfste Ausbeutung in den Entwicklungszonen, die »Entlassung« von 25 Mio. Bauern).

Was folgt daraus: Krieg? Entwicklung auf Kosten der drei Kontinente (»Ungleichheiten in ihrem Innern zu reduzieren, insofern sie sie nach außen exportiert« S. 76)? Bellofiore kommt zu dem Schluß, daß nur der Kommunismus, als reale Bewegung uns »retten« kann - und dazu müssen wir selber praktisch beitragen!

Hier bricht der Text ab und hier hat er eine weitere Grenze: er kriegt nicht die realen Bewegungen in der Klasse in den Blick, auf deren Grundlage unsere Aktion überhaupt nur Früchte tragen kann. Aber das können wir ihm nicht vorwerfen, an diesem Punkt sind wir selber seit Jahren heftigst am Diskutieren. Meiner Ansicht nach also ein solidar Diskussionsbeitrag, allerdings keine politische Handlungsanleitung ... aber wer hat die schon??

Gut fänd ich's, wenn Gruppen, die über diesen Text diskutiert haben, ihre Kritik und Ergebnisse vielleicht mal fürs nächste Zirkular aufschreiben täten.

J.

Brief aus Italien: Situation und Aussichten sieben Tage vor dem Ende (der ersten Republik)

Jetzt geht der Wahlkampf in die letzte Woche, und endlich können wir langsam wieder aufatmen. Wie die Wahlen ausgehen, läßt sich natürlich schwer vorhersagen. Die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen ist seit fast einem Monat verboten, und wenn wir den Buchmachern in London glauben können, liegt Forza Italia von Berlusconi mit 25 bis 30 Prozent der Stimmen klar an der Spitze; zusammen mit 10 Prozent für die Lega und 10 Prozent für die Faschisten könnten sie auf fast 50 Prozent kommen. Die Machtergreifung einer Berlusconi-Regierung ließe sich wohl nur durch ein Bündnis zwischen dem ex-christdemokratischen Zentrum und der Front der Fortschrittlichen verhindern, das eindeutig von den "starken" Mächten favorisiert wird: dem Arbeitgeberverband, Fiat, dem Großkapital, dem aufgeklärten Bürgertum. Dieses Bündnis könnte zustandekommen, indem den einzelnen Kräften die "Flügel" gekappt werden: Rifondazione Comunista und vielleicht auch Rete und Grüne auf der Linken und die gemäßigteste und konservativste Strömung der Ex-Christdemokraten auf der Rechten. Wenn die Rechte gewinnt, d.h. das "freiheitliche Lager", wird weder die Regierungsbildung noch die Wahrung der Stabilität leicht werden. Die Verbündeten in diesem Lager streiten sich über alles, und das einzige, was sie zusammenhält, ist die Aussicht auf Macht: Das Bündnis vertritt gleichzeitig den Sozialstaat (die Faschisten) und die absolute Deregulierung (Forza Italia), Übersteigerung der nationalen Werte und Aufrufe zur Sezession, Zentralismus und Föderalismus in den härtesten Versionen. Dagegen haben die Fortschrittlichen und Zentristen ein sehr genaues Modell der gesellschaftlichen Rekonstruktion, ein "deutsches" Modell zur Flexibilisierung der Arbeitskraft bei Sicherung der Macht der Gewerkschaften, zur Verringerung der Sozialstaats-Ausgaben bei Beibehaltung des sozialen Netzes, zur Senkung der Löhne und des Lebensstandards bei gleichzeitiger Suche nach dem Konsens. Im wesentlichen handelt es sich um verschiedene Durchsetzungsweisen derselben Strategie, auch wenn sie verschiedene Ideologien bemühen und unterschiedlich schnell handeln. Das Endergebnis bleibt aber genaugenommen dasselbe.

Letztenendes müssen wir jetzt auch nicht wissen, wer gewinnt. Was wir verstehen mußten, ist schon geschehen, haben wir schon vor Augen. Nach der Bestätigung der fortschrittlichen Bürgermeister in sechs Großstädten (Rom, Neapel, Venedig, Genua, Palermo, Triest) bei den Wahlen vom 5.12.93 hat die Rechte verstanden, daß sie gleichzeitig Risiken eingeht und Chancen hat. Und trotzdem gelang es dem ex-christdemokratischen Zentrum und seinen traditionellen Verbündeten nicht, sich in kurzer Zeit um einen glaubwürdigen politischen Vorschlag herum zu reorganisieren, der nicht brutal wieder auf die Achse Christdemokraten-Sozialisten hinausläuft, die die Staatsfinanzen in den 80er Jahren so teuer zu stehen kam. Das Großkapital hatte schon verstanden, wie wichtig es war, in einen Dialog mit dem progressiven Lager zu treten, dem die starken Mächte mittlerweile seinen Segen zur Regierungsbildung in ihrem Sinne erteilt hatte. Seitdem hat sich die Argumentation des fortschrittlichen Lagers nach rechts verschoben - immer den Sympathien einer abstrakten öffentlichen Meinung hinterher,

sehr wirr und unsicher, aber in jedem Fall orientiert auf einen "Wandel mit Kontinuität", der "die Ehrlichen" an die Regierung bringt. Genau da begann das Zusammenrücken der Rechten und das unwahrscheinliche Bündnis der Kräfte, aus denen das freiheitliche Lager besteht, eine "Sammlung" nach französischem Muster, die etliche Widersprüche in sich trägt. Nur sehr schwer lassen sich die sozialen Blöcke hinter den drei zur Wahl stehenden Hauptvorschlägen erkennen. Die Fortschrittlichen stellen die Wahl tendenziell als Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation dar, das Zentrum versucht den Mythos von den Extremisten beider Seiten zu benutzen, die Rechte benutzt das Schreckgespenst der "roten Gefahr", als wären wir in den späten 40er Jahren. Aber das sind alles Propagandricks. Die Linke, vor allem die GenossInnen, die für Wahleinhaltung plädieren, haben zu verstehen versucht, welche soziale Basis hinter den drei Blöcken steht. Die Rechte wendet sich natürlich an die Unterstützer des alten Regimes und versucht, Kontinuität und Protest unter einen Hut zu bekommen: Nicht zufällig versucht Berlusconi, die Moderaten zu beruhigen, während Fini und Bossi zwei völlig unterschiedlich ausgerichtete Proteste in dasselbe konservative Auffangbecken zu kanalisieren versuchen (der Wahlkampslogan der Lega heißt diesmal "eine Revolution muß zuende gebracht werden"). Die Rechte versucht also im Zickzack ein Minenfeld zu durchqueren: die Lega tönt gegen Rom und die Parasiten aus dem Süden, die Faschisten verteidigen die Padroni aus dem Süden gegen die Korruption der letzten 50 Jahre, Forza Italia ruft alle zur Geschlossenheit gegen die Kommunisten auf, die gerade die Macht in Italien ergreifen, um die Gewerbefreiheit zu ersticken. Im Zentrum läßt sich ein zusammengenommen würdevolleres Schauspiel beobachten: die neuen Christdemokraten von Martinazzoli sehen sich als Erben der guten Regierung ihrer Partei im Norden, appellieren an die christlichen Werte und an die Strukturen der katholischen Kirche (die wieder voll in die Politik zurückgekehrt ist), auf die politische Konsequenz und den politischen Zusammenhalt der Katholiken und versuchen das übliche Bündnis zwischen den Klassen wieder vorzuschlagen, das die Sozialdoktrin der Kirche inzwischen schon seit 100 Jahren empfiehlt. Das kurze Abenteuer von Segni, der im April 1993 bei den Christdemokraten ausgetreten und seitdem in drei oder vier Parteien ein- und wieder ausgetreten ist, endete demütigend mit seiner traurigen Rückkehr in den beruhigenden Schoß der neuen Christdemokraten, die ihn als verlorenen Sohn aufgenommen haben. Das Zentrum hat aber durch das neue Wahlsystem kaum Chancen, da es (wenn auch unvollständig) ein Zweiparteiensystem voraussetzt.

Auf der Linken sind große Verlegenheiten und auffallende Widersprüche zu beobachten. Das fortschrittliche Lager versuchte anfangs, die Debatte auf der Ebene der Argumente und der politischen Programme zu halten, hat sich aber in ein ödes Spiel hineinziehen lassen, in dem alles erlaubt ist: von der Benutzung von Richtern und Dossiers bis zur verzerrtesten Manipulation der Massenmedien. Der Hauptansprechpartner der Fortschrittlichen dürfte die alte Linke sein: Arbeiter, Rentner, städtische Mittelschichten, ihre alte soziale Basis. In Wirklichkeit hatte dieser soziale Block am meisten unter der Politik der Regierungen Amato und Ciampi zu leiden, die seit Sommer 1992 eine harte Shocktherapie angewandt haben, der die PDS, der Kern des fortschrittlichen Lagers, immer ausdrücklicher zugestimmt hat. Zur Steigerung der Dosis gibt die PDS selbst offen zu, daß sie mit derselben Politik weitermachen, d.h. das Verhältnis zu ihrer traditionellen Wählerschaft riskieren will, und sucht ausdrücklich nach einer Investitur von oben

(Occhetto-Besuch in der Londoner City, in der Mailänder Börse, beim Nato-Gipfel in Brüssel usw.). Das Programm der Linken lässt sich daher nur schwer mit ihrer natürlichen sozialen Basis vereinbaren: diese hätte als erste am meisten darunter zu leiden. Und doch scheint es keinen Ausweg zu geben: Wir haben versucht, die Situation der "Arbeiterklasse" mit der Metapher der "doppelten Zange" zu erklären. Im Prinzip können sich die ArbeiterInnen auf zwei Wegen selbst die Schlinge um den Hals legen. Erstens durch ein Bündnis von Progressiven und Unternehmern, d.h. ein bißchen vereinfacht einen Pakt der Produzenten, bei dem sich eine sozialdemokratische Regierung unter Führung der PDS und die Spalten des Großkapitals (Mediobanca, Fiat, Arbeitgeberverband) gegen die Kleinunternehmen und die beschleunigte Dezentralisierung wirtschaftlichen Ressourcen zusammentonnen. Zweitens durch ein Bündnis von Arbeitern der Kleinbetriebe und ihren kleinen Chefs unter der Fahne von Lega und Forza Italia, gegen die Linke, die Großunternehmen und den Steuerdruck.

Der Ausgang der Auseinandersetzungen bei Fiat hat die Fronten klar gezeigt. Zur Entlassung von 16.000 ArbeiterInnen und Angestellten haben Fiat, die Regierung und die Gewerkschaften das soziale Netz in all seinen Varianten voll ausgenutzt (Frührente, Cassa Integrazione, <lange Mobilität>, Solidaritätsverträge), was 500 bis 600 Milliarden Lire [500 bis 600 Millionen Mark] gekostet hat. Am Ende lobten Fiat-Chef Agnelli, der CGIL-Vorsitzende Trentin und Arbeitsminister Giugni das Abkommen, und die Lega und die Faschisten protestierten verbittert gegen die überhöhten Kosten des Abkommens selbst und griffen Fiat wegen des systematischen Zugriffs auf öffentliche Gelder an. Diese Art von Auseinandersetzung spiegelt sich im täglichen Kampf um Wählerstimmen wider: Berlusconi wird von der großen bürgerlichen Presse als "innovativer" Kapitalist gesehen, als nicht sehr vertrauenswürdiger Finanzier/Verleger, belastet von den Schulden seines Konzerns und getrieben von einem irren Selbstdarstellungsdrang. Niemand aus seiner gesellschaftlichen Klasse steht hinter ihm, nur seine Fernsehprogramme, seine Supermärkte, seine Beschäftigten und ein unglaublicher Vertrauensvorschuß für das "Neue" seitens einer Zivilgesellschaft, die nicht sehr reif und ganz anders ist, als gewisse Meinungsmacher sie beschreiben. Man muß sich nur die Zahlen über die Bestechungsaffären ("tangentopoli") einmal genauer ansehen, die immer als Problem beschrieben werden, das nur ein kleine Elite aus der politischen Schicht betrifft: von 20.000 Ermittlungsverfahren richteten sich nur 6000 gegen Politiker im eigentlichen Sinne. Das Gros der Beschuldigten waren Beamte, Unternehmer und eben Zivilgesellschaft, die nicht gerade viel "Ehrlichkeit" an den Tag legte.

Der erste Wahlkampf nach amerikanischem Muster in der italienischen Geschichte geht also seinem Ende entgegen: endlich kommt ein Prozeß zur Reife, der anderswo seit vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten läuft. Tendenziall ein Zweiparteiensystem mit klaren Regierungsvorschlägen, mit zwei großen Gruppierungen, die Vereinfachung des Systems und die Annulierung der Zersplitterung. Möglicherweise macht das absurderweise vom Parlament verabschiedete Wahlsystem die Situation noch unregierbarer als zuvor: in diesem Fall erwartet uns in Kürze eine erneute Wahlreform und Neuwahlen, vielleicht unter Führung einer Allparteienregierung. In einigen Tagen werden wir es wissen...

Renato Strumia

Liebe Wildcats,

wir aus Paderborn versuchen, die Situation hier zu reflektieren, ein Bild der momentanen Auseinandersetzung zu liefern, was uns zugegebenermaßen ziemlich schwer fällt.

Das wir den Verlauf der Diskussion in dem Brief an euch nochmal zusammenfassen, gibt auch uns die Gelegenheit, Schlüsse daraus zu ziehen und/oder Fehler auszumachen, könnte also konfus werden, vielleicht euch oder dem treffen gar nicht soviel bringen.

Das die Diskussion (auf Inhalt/Verlauf gehen wir nachher ein) so abstrakt und praxisentfernt verläuft und unsere vorstellungen von einer Zukunft/Perspektive so unklar ist, ist aus den Bedingungen hier für uns zu verstehen.

Wir führen die theoretische Auseinandersetzung nur zu zweit, nach einer Aktionsreihe zu dem Abschiebeknast in Büren ist der Zusammenhang, in dem wir dazu gearbeitet haben, aufgrund einer fehlenden Auseinandersetzung über das eigene Politikverständnis (und einigen anderen Gründen) zusammengebrochen. Einer Analyse der herrschenden Verhältnisse, um daraus die eigene Politik abzuleiten, wurde nicht allzuviel Wert beigemessen.

Der Dreck ist also, daß wir diese Analyse, die wir an diesem Punkt als Voraussetzung überhaupt sahen/sehen, so nur zu zweit angehen konnten. Wir haben es bisher nicht klarekriegt, die Diskussion in die nunmehr aufgelöste Gruppe einzubringen. Bevor wir auf die theoretische Auseinandersetzung eingehen, kurz was zur allgemeinen Lage in Paderborn:

da wäre der Infoladen, der seit 89 besteht und ein wichtiger Bezugspunkt für die Szene darstellt, der für ein paar Leute verdammt viel Arbeit macht. Wir schicken euch was über die Entwicklung des Ladens. Paderborn hängt in keinen überregionalen Strukturen mehr, die Metropole, gerade Berlin hat mit den Leuten auch alle Erfahrungen und Kontakte gefressen. Was hier übrigblieb, ist eine Masse von grünen, alternativen Intellektuellen. 10-20 Menschen um und im Laden und 15 bei der Gruppe "Leo Trotzki"/4. Internationale, eigentlich ganz nette MLerInnen, das soll erstmal reichen.

Aufgrund der ziemlich aktionistischen Arbeit zu Büren war klar, daß wir Flüchtlingspolitik in einem weiteren Rahmen thematisieren mußten, die staatlichen Angriffe des Imperialismus auf die Klasse der Armutsländer oder Peripherie. Wir haben erstmal nach Texten von anderen Zusammenhängen gesucht, die sich damit mehr auseinandergesetzt haben. Basis war dann ein Text der RZ zu der Flüchtlingskampagne 1986 (?), der sich mit staatlicher Flüchtlingspolitik als repressive Form der Sozial- und Bevölkerungspolitik gegen die Klasse beschäftigt, wobei das, was jetzt gegen Flüchtlinge läuft als sozialtechnischer Angriff auf große Teile der Metropolenklasse laufen wird. Die RZ analysierten die Migrationsbewegungen als Teil eines globalen Klassenkampfes und Ausdruck eines vom Imperialismus gesetzten Widerspruches, der sich nicht durch humanitäre Hilfe oder an den Staat adressierte Forderungen beheben lässt. Antimperialistische Politik muß also da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltung aufbrechen lässt. Natürlich korrekt, was die GenossInnen da so schreiben, aber irgendwie fehlte uns wie bei allen Texten, die wir in diesem Zusammenhang bearbeitet haben, eine Definition von Klasse, das Klasse mehr umfassen mußte als lohnabhängige MetropolenarbeiterInnen war uns schon klar, aber doch noch zu ungenau. Allerdings haben wir da nicht direkt angeknüpft. Es tauchte einerseits

die Frage auf: "Instrumentalisieren wir Flüchtlinge für "unsere" Interessen durch solch einen Ansatz und sehen wir Flüchtlinge als Mittel?" hält wie eine linke Antirassismus-diskussion läuft, als ob sich MigrantInnen so leicht benutzen lassen. Das wurde uns aber erst später klar, andererseits die Frage, "Wie können wir mit den Flüchtlingen zusammenarbeiten, ohne unsere revolutionäre Subjektivität zu verlieren und uns auf reformistische Forderungen zu beschränken?" die Frage ist genauso scheiße, aber es war erstmal richtig, sie zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir keine intensiven Kontakt (außer zu Flüchtlingskids) zu MigrantInnen aufgrund dessen wir solche Fragen aus einer eigenen Praxis hätten stellen oder lösen können. Wir denken, daß ohne den Bezug zur eigenen Politik, zum eigenen Bild von Befreiung, jede Unterstützungs- oder Zusammenarbeit zu einer Bevormundung, u/ StellvertreterInnenkämpfen wird, weil ohne eigene Vorstellungen von Kampf jede Solidarität nur aufgesetzt werden kann. Nur wo haben wir noch eigene Vorstellungen von Leben, Kampf, Befreiung?

Naja, es ist auch klar, daß Flüchtlinge ihr Leben hier nur sichern können, indem sie Strukturen schaffen, in denen der Staat keinen Fuß auf den Boden kriegt. Das wird in größerem Rahmen nur drin sein, wenn sich Klasseneinheit vermitteln lässt /in den Materialien für einen neuen Amntiimperialismus Nr. 3 ist das am Beispiel der MigrantInnenkämpfe in England recht gut beschrieben). Uns wurde klar, daß wir die Diskussion weiterfassen müssen. Das hat auch der Text vom Antirassismusbüro Bremen (u.a. im Nestbeschmutz Februar 93) korrekt gezeigt, indem er die soziale Frage als ein Teil von linkem Antirassismus miteinbezieht. Vielleicht kennt ihr ja die "Gegeninformation" aus Bremen, finden wir gut, unsere Gespräche drehten sich dann oft im Kreis, wir haben da keine Linie reingekriegt. Es ging dann darum, wie auf alle Unterdrückungsmechanismen politisch reagiert werden kann, ohne sich an einem festzubeissen und die Perspektive gesellschaftliche Befreiung zu verlieren. Die 3:1 Sachen flossen ständig in die Diskussion um Klassenpolitik ein, hatten dabei aber immer das Gefühl ohne Realitätsbezug zu diskutieren, und immer noch keine Ahnung, wie sich Klasse konstituiert. Daß wir die Sache immer nur zu zweit führ(t)en, machte nicht einfacher.

Was für unsere Auseinandersetzung dann wichtig war, und auch in bezug auf ne Krisendiskussion ganz interessant ist, war das Winterpapier vom Antirassismus Büro in Bremen. Das Winterpapier interpretiert die momentane Krise als Verwertungskrise, d.h. das internationale, "überliquide Kapital findet aufgrund äußerlicher antagonistismen keine neuen Märkte durch Militäreinsätze wie in Somalia, durch "Rationalisierungsmaßnahmen" wie die Kriege in Ex-Jugoslawien oder in der Ex-SU, durch Flüchtlings- und Europapolitik, durch Deregulierung der Arbeitsmärkte, Senkung der allgemeinen Reproduktionskosten versucht das Kapital eine profitable Inwertsetzung zu ermöglichen, Bedingungen dafür zu schaffen. Von uns jetzt total verkürzt dargestellt. Ableitungen, die die momentane Krise nur aus dem Inneren der politischen Ökonomie begreifen, halten die SchreiberInnen für quatsch. Das Papier geht dann recht genau (so weit das überhaupt möglich ist) auf die Krisenstrategie des BRD-Kapitals ein, versucht die daraus entstehenden sozialen Konflikte auszumachen. Es ist schwierig, das kurz wiederzugeben, wir schlagen den Text aber für eine Diskussion vor. Abgedruckt in der Interim Nr. 272. Unseren Beriff von Klasse/Klassenpolitik konnte dieser Text allerdings auch nichtinhaltlich bestimmen,. So wurde die Auseinandersetzung ziemlich abstrakt, die Entscheidung für KHRs Aufsätze in "... und es begann die Zeit der Autonomie" war nicht Resultat einer Diskussion, wir dachten nur, daß uns das Buch einen Überblick verschaffen könnte. Wir stecken zwar noch inmitten

dieses Buches, denken aber, daß sich das Bild von Klasse daran verdeutlichen läßt, uns fehlt aber die Kontroverse, andere Erfahrungen und überhaupt, was wir jetzt schon kritisieren, daß KHR Unterdrückungsverhältnisse innerhalb der Klassenstrukturen zu wenig behandelt.

Kommen wir zu ner Perspektive. Oft schwer vorstellbar hier in Paderborn. Praktische Umsetzung können wir aus dieser isolierten Lage kaum ermitteln, trotzdem sind wir willens, dem mörderischen Stellungskrieg der Provinz bis zum Sieg standzuhalten.

Mal Ernst, was wir uns für die nächste Zeit vorstellen.

- Diskussion weiterführen.
- Kontakte zu anderen Gruppen und Städten (wir haben uns wieder in die NRW-Infolädenstruktur eingeklinkt)
- die Lage in paderborn (sozial/ökonomisch) genauer erschließen (wir kennen zwar ein paar Flüchtlingsheime, wissen, daß es Stute, Benteler und Siemens/Nixdorf gibt und haben auch Ghettosiedlungen ausgemacht, aber das reicht halt nicht)
- Versuch, sich zu organisieren
- Leute hier finden, Kader bilden, sich in den Strukturen zurechtfinden, praktisch werden.

Wie ihr seht, eigentlich ganz einfach (knirsch).

So, wr haben versucht, die ausgangsbasis für uns darzustellen, hoffen, das soweit auf die Reihe gekriegt zu aben, uns fällt es schwer, ne Einschätzung für das Treffen oder das Zirkular abzugeben. Unsere Diskussion steckt noch in ner ziemlich diffusen Anfangsphase. Für uns ist allein die Auseinandersetzung jenseits autonomer Unverbindlichkeiten die Perspektive, um aus dieser Scheißlage rauszukommen. Das geht nur über ne Organisierung. Aufgrund der uns fehlenden Hintergründe zum Thema Krise, das orthodoxe reicht nicht, um einen Beitrag für das Zirkular zu bringen. Ansonsten finden wir das Zirkular als Instrument für die Diskussion gut. Wie hat Classwar eigentlich die Krise in England interpretiert?

In Paderborn wurde zwar auch ziemlich heftig über die autonome Organisierungsdebatte diskutiert, über die Antifa-Geschichten und über die Sachen von Fels, hilft uns aber erstmal nicht weiter. Wir wollen auf jeden Fall weiter die Diskussion (egal, ob das mit dem Junitreffen was wird oder nicht). Vielleicht schaffen wir ja zu dem nächsten Zirkular was. Ihr hört sicher was von uns, wir hoffentlich auch von Euch. So, wir sind am Ende.

Kraft und Liebe

U. & M.

die proletarische Gegenmacht in den Vierteln organisieren!

Für den Aufbau der antiimperialistischen Front

Für den Kommunismus!



8. MÄRZ 1994 FRAUENKAMPFTAG

WARNUNG NR. 2 AN ALLE FRAUEN!!!

DER BESUCH AM ARBEITSLOSENAMT GEFÄHRDET DEINE EXISTENZ!

oder: DER WAHNSINN HAT METHODE

"NA, WAS GIBT'S NEUES?" ...

Das Arbeitslosenamt vermittelt Dir: ... daß Du unfähig bist, ... daß Du zum halben Preis arbeiten mußt, ... daß Du Deine Qualifikationen vergessen kannst, ... daß Dein "Lebensplan" halt nicht mehr der richtige ist, ... daß Du den Bedingungen angepaßt werden mußt, ... daß die Zeiten "für Arbeitslose nicht mehr so rosig" sind, ... daß Du alles annehmen mußt, ... daß Du nicht genügend motiviert bist, ... daß Du Dich nicht richtig vorstellst, ... SCHLICHT: daß Du, wenn Du arbeitsloses Arschloch so weitertust, gesperrt wirst! (Quelle: Beschäftigungssicherungsgesetz 1993)

DAS "NEUE" ARBEITSMARKTSERVICE

Hochgepriesen als kundenfreundlich, bürgernah, unternehmerfreundlich und gleich ums Eck, tritt mit 1.7.1994 das neue ARBEITSMARKTSERVICEGESETZ in Kraft. Gegliedert in "Arbeitsmarktservice Österreich, Arbeitsmarktservice Bundesland, Arbeitsmarktservice Gemeinde/Region", verschärft es, zentralistisch gesteuert, mit Kontrolloren und Beiräten bestückt, die EG-konforme Überwachungspolitik. Die Auskoppelung aus dem Bundesbudget soll Privatisierung, sozialpartnerschaftliche Beiräte sollen Demokratisierung vortäuschen. Die zusätzlichen Kosten für die "Privatisierung": ÖS 497 Mio. In einem ausgetüftelten Blockwarte-System (= "Regionalisierung") werden alle Deine persönlichen und privaten Daten sowie auch die Daten Deiner Angehörigen, gesammelt, gespeichert und dem Zentralcomputer eingegeben. "Der beste Computer Europas" wird derzeit um 2,5 Milliarden ÖS ausgebaut. Zusammengefaßt bedeutet dies, daß für eine Vermittlungsquote von heißen 7 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, zusätzlich 3 Milliarden Schilling aufgewendet werden.

Die Arbeitsmarktverwaltung = AMS Bund, Länder, Gemeinden/Regionen steht in Datenaustausch mit:

Allen Einrichtungen, denen Überwachungsaufgaben des AMS übertragen sind, z.B. Schulungs-, Beschäftigungs-, Motivationseinrichtungen, Finanzamt, Jugend- und Sozialämter, Bundesrechenamt, Statistisches Zentralamt, Gerichte, Innenministerium, Verteidigungsministerium, Schulen, Universitäten, Sozialversicherung, Pensionsversicherung, Krankenkassen, Bundesämter für Soziales und Behindertenwesen, Arbeitsinspektorate, Bauarbeiterurlaubsaufklärungskassen, Spitäler, Ärzte, Rehabilitationseinrichtungen, Labors; Kammern, ÖGB, Industriellenvereinigung, Forschungsinstitute, politische Parteien und Interessensvertreter, usw.

Jede, jemals als arbeitslos gemeldete, in- und ausländische Person kann von obgenannten Institutionen an andere ausgeliefert, durchleuchtet und selektiert werden.

Zufall??? Mit Jahresende 1993 wurde die Datenschutzkommission, Österreichs "letzte Bastion" gegen die herrschende Datenwillkür, per oberstgerichtlicher Entscheidung abseziert!

DIE EUROPÄISCHE UNION VERNETZT IHRE ARBEITSLOSENÄMTER

Du wartest auf die Volksabstimmung pro oder contra EU? Brauchst net! Die EU hat uns eh schon im Griff. Spinnenartig legt Brüssel sein elektronisches Netz in die dafür ausgestatteten nationalen Arbeitsmarktverwaltungen. EURES nennt sich die zentrale Datenbank, die die Steuerung des EU-Arbeitskräftepotentials übernimmt. NOW steht für "berufliche Eingliederung von Frauen", TIDE für die "Integration behinderter und älterer Menschen", IRIS für "Netz von Gemeinschaftsprogrammen für die Berufsausbildung von Frauen". CHANCEGLEICHHEIT steht für "Chancengleichheit für Männer und Frauen", ERGO steht für "Förderung von Initiativen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit" usw.... Zweck ist die Truppenverschiebung des Arbeitskräftepotentials innerhalb der EU. Die weniger populäre Wahrheit ist, daß sich sämtliche Interessensgruppierungen, angefangen bei den immer weniger zu kontrollierenden Polizeiapparaten bis hin zu den Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Bevölkerungsplanern, Umweltstrategen,... um den Zutritt zu den dort gelagerten, personenbezogenen gläsernen Menschen gieren! Der Begriff des Rechtsstaates ist heute bloße Hintergrundmythologie.

Zur Veranschaulichung, in welchem Ausmaß hier verschoben, bespitzelt, ausgesondert und verwaltet wird:

In der EU vegetieren derzeit mehr als 20 Mio. Arbeitslose, mehr als 50 Mio. Verarmte und 3 Mio. Obdachlose. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung liegt gegenwärtig bei 15 Prozent, wobei Frauen in den von Armut gefährdeten Gruppen überproportional vertreten sind: 55 % der Langzeitarbeitslosen, 90 % der Alleinerziehenden und 80 % der alten Menschen, die Sozialhilfe beziehen, sind Frauen!

Wer den Zugang zu den gigantischen Datenlagern hat, ist an der Macht - und eine nicht mit dem Faschismus und autoritären Staat vergleichbare Diktatur steht uns ins Haus...

DIE PARTNERSCHAFTSFALLE UND TEILZEITLÜGE

Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsformen für Frauen steigen beängstigend rapide an. Die Unternehmer profitieren von diesen Beschäftigungsformen durch Arbeitsintensivierung, Flexibilität, Einsparung der Lohnkosten,... Die Zahl der Teilzeitbeschäftigte für Frauen ist im Zeitraum 1985 bis 1992 um 82.000, das sind 46,8 Prozent, gestiegen! Ein Großteil dieser Teilzeit-"Jobs" bzw. geringfügigen Beschäftigungen (= unter S 3.200/mlt) wird nachmittags oder abends geleistet. Durch dieses Beschäftigungssystem sind Verarmungs- und Ausgrenzungsrisiken bereits strukturell angelegt: im Fall längerer Krankheit, Invalidität oder im Alter, sinken die Versicherungsleistungen auf ein Taschengeldniveau oder sind in vielen Fällen gleich Null.

Beispiel: Bei einem für Teilzeitbeschäftigungen bereits als gut anzusehenden Monatsgehalt von S 8.000,- brutto, beträgt das Krankengeld S 4.800,-. Das monatliche Arbeitslosengeld würde S 3.850,-, ein Notstandshilfebezug S 3.650,- betragen. Nach 35 Versicherungsjahren macht die Pension dann S 4.500,- aus. Bei Anrechnung des Ehepartnerereinkommens wird in vielen Fällen überhaupt keine Leistung gewährt.

Angesichts der Tatsachen, daß 45 Prozent aller erwerbstätigen Frauen (5 Prozent der Männer) monatlich unter S 10.000 netto, 250.000 geringfügig beschäftigte Frauen nur knapp über S 3.000,- verdienen, müssen sich Frauen wieder vermehrt an einen (gewalttätigen) "Ernährer" ausliefern. Die Partnerschaftsfalle schnappt zu. Frauen, die nicht in der Partnerschaftsfalle sitzen, werden vom Gewaltäter Staat traktiert. Beispiel: Jede alleinstehende Frau muß diesen Umstand im Antrag auf Notstandshilfe oder Karezza per Unterschrift und unter Strafandrohung für falsche Angaben, bestätigen.

DER ZWEITE ARBEITSMARKT, DAS GESCHÄFT MIT DEN ARBEITSLOSEN

Ein neuer Wirtschaftszweig, das Geschäft mit Langzeitarbeitslosen, besonders Frauen, ist verstärkt im Anmarsch. Neue, subventionierte "Service-Stellen" des AMS, Motivations- und Orientierungskurse, sogenannte Umschulungen, Schein-Beschäftigungs-Zentren, BIZ's und BOB's und ABZ's, Ressourcenpools (40 in Wien 1994!!!), Job-Börsen, WiedereinGLIEDerung,

"Qualifikationswerkstätten" für Frauen, Psychogruppen, vom AMS organisierte und kontrollierte "Selbsthilfe"-Einrichtungen, Praxis-Module, Orientierungswochen, Basiswochen, Regulationsmodelle, etc. schießen wie die Schwammerln aus dem Boden.

Die **Kriegsgewinner** sind: Das schwarze WIFI, das rote BFI, Arbeiterkammer und Gewerkschaft, Private und sogenannte gemeinnützige Vereine..., die jährlich mit einem satten Milliardenbetrag (unter anderem Steuereinnahmen aus Frauenarbeit) subventioniert werden.

Mittels Expreßvorladung von diesen Zurichtungsinstitutionen EDV-mäßig vorselektierte Frauen werden gedemütigt. Beispiel: Am 22.12.93 mußten etwa 30 Frauen im Zimmer der "Frauenberauftragten" Kramer (Arbeitsamt Esteplatz) vor dem Jungunternehmer Malcolm Kirk einzeln antreten. Der Herr Jungunternehmer durfte sich eine dieser Frauen aussuchen und mit nach Hause zum Computer im Kinderzimmer mitnehmen - denn Büro hatte er keines aufzuweisen... Ein Nichterscheinen auf diesem Laufsteg wird mit Sperre geahndet!!!

Für die "Kundinnen" dieses Arbeitsmarkt"services" ist es nicht mehr nachvollziehbar, warum, sie zu/ein/ab/ausgewiesen, so entwürdigt, schikaniert, angeplärrt, bedroht, entmündigt, dequalifiziert oder gesperrt... werden.

HACKELN UM JEDEN PREIS IST ANGESAGT!

Obwohl es immer weniger existenzsichernde Jobs gibt, müssen Frauen um jeden Preis arbeiten. Damit die Unternehmer billigere Arbeitskräfte bekommen und wir aus der Statistik verschwinden. Das offiziell angegebene Verhältnis Erwerbsloser/Job = 12:1, stimmt für Frauen klarerweise so nicht: denn viele In- und Ausländerinnen "verzichten" auf die schikanöse Vermittlung durch das Arbeitslosenamt und scheinen als Arbeitssuchende nicht mehr auf. Die anderen drängen sich mehr und mehr in den wenigen Sparten Büro, Verkauf, Dienstleistung, Fabrik und seit neuestem wieder in der Alten-, Kranken- und Kinderbetreuung. Unter Androhung der Sperre des Bezuges werden Sekretärinnen als Hilfskräfte, Akademikerinnen als Datatypistinnen, qualifizierte Frauen als Heimhilfen und Tagesmütter, usw. usw. verbilligt angeboten. Berufsschutz und freie Wahl des Arbeitsplatzes gibt es nicht und soll auch weiter verhindert werden.

Werkstudentinnen verlieren in den allermeisten Fällen den Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe, sie müssen hackeln gehen. Selbstbestimmte Bildung ist nicht gefragt! Ausländerinnen erhalten keine Notstandshilfe bzw. Beschäftigungsbewilligungen, werden entweder an ihre "Ernährer" ausgeliefert oder abgeschoben - soferne sie nicht über das Privileg verfügen, EU-Angehörige zu sein. Hat Kollegin, um irgendwie überleben zu können, eine oder mehrere geringfügige Beschäftigungen, wird sie durch die neue Meldepflicht an die Krankenkasse und von dort an Finanzamt und Arbeitslosenamt vernadert. So werden Menschen rassistisch aussortiert und ins soziale Out gekickt.

KEINE SOZIALEISTUNG OHNE ZWANGSARBEIT

Für läppische Trinkgelder (Karenzgeld, Erziehungsgeld, Familienbeihilfe, Alimente, Sozialhilfe...) müssen wir "typische" Frauenarbeit, wie z.B. Kinderaufzucht, Familien- und Beziehungsarbeit, Haus-, Hof- und Pflegedienste, etc. leisten und sind auf den Sozialstaat angewiesen. Der allerdings, wird in allen Metropolenländern aufgelöst und die "Krise" zur Schaffung von "Ausländerinnen raus!"-Gesetzen und einer modernisierten, verschärften Ausbeutungsordnung benutzt. Während die einen in ihre Herkunftsänder entsorgt oder in die Illegalität gedrängt werden, haben die anderen Unerwünschten durch die Rasterfahndungsmöglichkeiten auch keine rosigen Perspektiven. Ihr alle kennt den Ruf der Medien und Politiker: "Alle SozialschmarotzerInnen an die Gratisarbeit!"

Die besten Lehrmeister der optimalen Verwertung von Frauen sind die Strategen des Nationalsozialismus: 1. Schritt: Zwangszuweisung in prekäre oder miese Jobs. 2. Schritt: "Freiwilliger Sozialdienst". 3. Schritt "Freiwilliger Arbeitsdienst". Nächster Schritt: Zwangsarbeit und Arbeitslager... letzter Schritt: Vernichtung!

"NA? HABEN SIE SICH SCHON WAS ÜBERLEGT?!"



FRAUEN! ORGANISIERT EUCH!!!

* geht nicht allein aufs Arbeitslosenamt! Du hast das Recht, eine Begleiperson Deiner Wahl mitzunehmen! * Organisiert Begleitschutz und ZeugInnenschaft durch Freundinnen, Anwältinnen, Ombudsfrauen, usw. * Es ist Methode, Euch physisch und psychisch fertigzumachen! * Wehrt Euch! Unterschreibt keine Euch aufgenötigten, disziplinierenden Niederschriften (§ 10 Arbeitsunwilligkeit, § 49-Kontrollterminversäumnis). Eine Kopie der (nicht unterschriebenen) jeweiligen Niederschrift muß Dir ausgehändigt werden. Sie hat Rechtsgültigkeit "Leistet am Arbeitslosenamt direkten Widerstand gegen allzu schnell verfaßte Niederschriften, die Euch aus dem Bezug schmeißen sollen: Holt die Amtsleitung, um Sachverhalte zu klären und unterschreibt nichts! "Stellt Antrag auf Auskunft über die über Euch gespeicherten Daten/unentgeiltliche Auskunft nach dem Datenschutzgesetz 1 mal im Jahr "Beantragt die Löschung von falschen und diskriminierenden Eintragungen" Alles, was ihr gegenüber Euren ReferentInnen aussagt, wird in den Computer gespeichert und gegen Euch verwendet: Frag nach, was die Referentin in den Computer tippt. Es sind Deine Daten, vor denen Du nicht geschützt werden brauchst!!! " Lehrt über Euch verfügende und Euch schikanierende, bösartige ReferentInnen ab * Du bist nicht verpflichtet, beim persönlichen Vorstellungsgespräch beim Unternehmer die vom Arbeitslosenamt für ihn vorgefertigte Rückmeldung mitzuhaben. Das ist kein Sperrgrund! Du kannst Deine "Arbeitsunwilligkeit" auch z.B. dadurch beweisen, wenn Du die Person, mit der Du in der Firma gesprochen hast, angeben kannst. Rückmeldungen der Unternehmer/Schulungsträger ans Arbeitslosenamt können Deine Existenz gefährden * Fertigt Protokolle an, macht Tonbandaufnahmen, fotografiert,... * Legt gegen verhängte Bezugssperren unbedingt schriftlich Berufung ein (jeweiliges Landesarbeitsamt) * Sendet uns Eure Unterlagen und Berichte!!! Nehmt mit uns Kontakt auf!!!

FRAUEN BEOBACHTEN DIE AMV.

Ihr seid auf jeden Fall als arbeitsunwillig verdächtigt, und dieser Verdacht wird brutal gegen Euch gerichtet!

**SOLIDARITÄT MIT AUSLÄNDERINNEN!!!
KEINE ZWANGSVERMITTLUNGEN IN NICHTEXISTENZSICHERNDE JOBS!
KEINE ZWANGSSCHULUNG, ZWANGS- UND SCHEINBESCHAFTIGUNG!
KEINE ZWANGSMOTIVATION UND -PSYCHOLOGISIERUNG!
KEINE VERMITTLUNG UNTER 14.000 ÖS NETTO!
WEG MIT DEN SPERREN!
WEG MIT DER ÜBERWACHUNGSMASCHINERIE - DATENEINSICHT JEDERZEIT!
GARANTIERTES GRUNDEINKOMMEN : ÖS 14.000,- -, UNABHÄNGIG VON ERWERBSARBEIT!**

Wir lassen uns nicht individualisieren, dequalifizieren, auseinander dividieren und ausgrenzen! Wir spucken gegen den Sturm und leisten Widerstand!!!

Imp.: INITIATIVE FRAUEN GEGEN ZWANGSARBEIT
Postfach 71, 1071 Wien
DRINGEND! Spenden: Sparkonto-Nr.: 159 109 289, Bank Austria
Kontakttel.: 40-850-57, jeden Montag von 12 - 16 Uhr

Kapitalismus und Hausarbeit

Betrachtungen über die Reproduktion als Grundlage kapitalistischer Geschlechterspaltung

Statt eines Vorworts

"Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit."

"Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel."

"Der Eigentümer der Arbeitskraft ist sterblich. Soll also seine Erscheinung auf dem Markt eine kontinuierliche sein, wie die kontinuierliche Verwandlung von Geld in Kapital voraussetzt, so muß der Verkäufer der Arbeitskraft sich verewigen, ‚wie jedes lebendige Individuum sich verewigt, durch Fortpflanzung‘ (Petty)¹

. Die durch Abnutzung und Tod dem Arbeitsmarkt entzogenen Arbeitskräfte müssen zum allermindesten durch eine neue Anzahl gleicher Arbeitskräfte beständig ersetzt werden. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Ersatzmänner ein, d.h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Race eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkt verewigt."

(Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW Bd.23, S.184f, Berlin 1983)

"Die Konsumtion des Arbeiters ist doppelter Art. In der Produktion selbst konsumiert er durch seine Arbeit Produktionsmittel und verwandelt sie in Produkte von höherem Wert als dem des vorgeschoßnen Kapitals. Das ist seine produktive Konsumtion. Sie ist gleichzeitig Konsumtion seiner Arbeitskraft durch den Kapitalisten, der sie gekauft hat. Andererseits verwendet der Arbeiter das für den Kauf der Arbeitskraft gezahlte Geld in Lebensmittel: Das ist seine individuelle Konsumtion. Die produktive und die individuelle Konsumtion des Arbeiters sind also total verschieden. In der ersten handelt er als bewegende Kraft des Kapitals und gehört dem Kapitalisten; in der zweiten gehört er sich selbst und verrichtet Lebensfunktionen außerhalb des Produktionsprozesses. Das Resultat der einen ist das Leben des Kapitalisten, das der anderen ist das Leben des Arbeiters selbst.

Bei Betrachtung des "Arbeitstags" usw. zeigte sich gelegentlich, daß der Arbeiter oft gezwungen ist, seine individuelle Konsumtion zu einem bloßen Inzident² des Produktionsprozesses zu machen. In diesem Fall setzt er sich Lebensmittel zu, um seine Arbeitskraft in Gang zu halten, wie der Dampfmaschine Kohle und Wasser, dem Rad Öl zugesetzt wird. Seine Konsumtionsmittel sind dann bloße Konsumtionsmittel eines Produktionsmittels, seine individuelle Konsumtion direkt produktive Konsumtion. Dies erscheint

¹ Sir William Petty (1623-1687), englischer Ökonom und Statistiker, von Marx geschätzter Begründer der politischen Ökonomie (ag1.5.)

² zufällige Nebensache (ag1.5.)

jedoch als ein dem kapitalistischen Produktionsprozeß unwesentlicher Mißbrauch. Anders sieht die Sache aus, sobald wir nicht den einzelnen Kapitalisten und den einzelnen Arbeiter betrachten, sondern die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse, nicht den vereinzelten Produktionsprozeß der Ware, sondern den kapitalistischen Produktionsprozeß in seinem Fluß und in seinem gesellschaftlichen Umfang. - Wenn der Kapitalist einen Teil seines Kapitals in Arbeitskraft umsetzt, verwertet er damit sein Gesamtkapital. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. (...) Das im Austausch gegen Arbeitskraft veräußerte Kapital wird in Lebensmittel verwandelt, deren Konsumtion dazu dient, Muskel, Nerven, Knochen, Hirn vorhandener Arbeiter zu reproduzieren und neue Arbeiter zu zeugen. Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu explozierbare³ Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals, ob sie innerhalb der Werkstatt, Fabrik usw., innerhalb oder außerhalb des Arbeitsprozesses oder bestimmten Phasen desselben geschieht. Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zulieb vollzieht. So bleibt der Konsum des Lastvihs nicht minder ein notwendiges Moment des Produktionsprozesses, weil das Vieh selbst genießt, was es frisst. Die beständige Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse bleibt beständige Bedingung für die Reproduktion des Kapitals. Der Kapitalist kann ihre Erfüllung getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen."

(ebd., S.596ff)

Einleitung

Scharf analysiert Marx die Reproduktion der ArbeiterInnen als Teil der Reproduktion des Kapitals. Das "Leben" im entwickelten Kapitalismus ist vollständig durchdrungen von den Gesetzen des Wertes. Freiräume gibt es nicht. Bei näherer Betrachtung der Zitate und auch beim Studium anderer Quellen des Marxismus fällt jedoch die konsequente Ausblendung jener Art Arbeit⁴ auf, die zur Verarbeitung der Menge an Lebensmittel notwendig ist, in der sich der Wert der Ware Arbeitskraft vergegenständlicht. Die Reproduktionsmittel, die auf dem Markt vorgefunden werden, sind selten in einem Zustand, der den direkten Verbrauch erlaubt, bzw. bleiben nicht in einem solchen Zustand. Das Fleisch und die Kartoffeln müssen zubereitet werden, der Topf und die Teller gespült, Hosen und Hemden gewaschen, geflickt, gebügelt werden usw. Auch die

³ ausbeutbare (ag1.5.)

⁴ "Arbeit" meint an dieser Stelle ganz klassisch die zielgerichtete Verausgabung von menschlichem Muskel, Nerv und Hirn. Im marxistischen Diskurs gilt Arbeit als eine zentrale Kategorie, die von verschiedenen Blickpunkten aus betrachtet werden muß. In der warenproduzierenden Gesellschaft schafft die Arbeit nicht nur stofflichen Reichtum (den Gebrauchswert) sondern auch einen abstrakten Wert, der unabhängig von der konkreten Gestalt der Produkte deren Austauschbarkeit bestimmt (den Tauschwert). Es wird unterschieden zwischen der konkreten Arbeit, die das konkrete Produkt bildet (also dessen Gebrauchswert) und der abstrakten Arbeit, die den Wert bildet. Konkrete und abstrakte Arbeit sind nicht trennbar, sondern zwei Seiten derselben Tätigkeit.

Generationen neuer Arbeitskräfte entstehen nicht von allein aus dem "Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter". Ihre Aufzucht und Konditionierung⁵ erfordern Dienstleistungen, die auch nach 150 Jahren entwickelter Warenproduktion nur zu einem Bruchteil am Markt erhältlich sind. Offensichtlich existiert neben der Lohnarbeit ein weiterer gesellschaftlicher Bereich, in dem gearbeitet wird, der aber den politisch-ökonomischen Analytikern bisher nicht der genauen Untersuchung wert war.

Die kommunistische Bewegung, zu der wir uns zählen, kommt nicht umhin, die Reproduktionsarbeit zu analysieren, die Lücken in der Politischen Ökonomie zu schließen. Das ist der eine Grund für unsere Diskussion, der andere liegt in der Notwendigkeit, den Begriff "Patriarchat" theoretisch zu fassen. Das ist bestimmt nicht getan mit dem Versuch, Hausarbeit in einen polit-ökonomischen Zusammenhang zu packen - ein Versuch, für den wir übrigens auch kein Weltaufführungsrecht besitzen - aber dieser Ansatz scheint uns für eine Kritik des Patriarchats von links unabdingbar. In Positionen, wie sie z.B. in dem Papier "3:1 Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" vertreten werden, wird der Versuch der Anwendung marxischer Kategorien auf den zu untersuchenden Gegenstand erst gar nicht unternommen. Im Gegenteil wird den AnwenderInnen von Kategorien wie Wert, Ware etc. ein "ökonomistisches" Weltbild unterstellt, das dem Wesen der Verhältnisse nicht näherkäme. Wir wollen es den "ÖkonomistInnen" und den "AntiökonomistInnen" (und den bürgerlichen Volkswirtschaftlern) überlassen, die Gesellschaft und die Ökonomie zu trennen, um sie anschließend wieder kunstvoll in Beziehung zu setzen. Wert, Ware und Kapital sind gesellschaftliche Kategorien.

Wir haben Getraude Kittlers "Hausarbeit - Zur Geschichte einer 'Natur-Ressource'" (Frauenoffensive, München 1980) gelesen. Unser Beitrag versucht, Thesen aus dieser Arbeit mit einigen eigenen Gedanken zu verknüpfen und versteht sich weniger als wissenschaftliche Analyse, denn als Diskussionsbeitrag. Beeinflußt wurde unsere Diskussion darüberhinaus von verschiedenen Texten aus der "Krisis"-Redaktion, die Teil eines Readers für ein Seminar zum Thema "Geschlechterspaltung und Wertvergesellschaftung" waren. Einige der Texte sind inzwischen in der Zeitschrift "Krisis" Nr.12 (edition krisis, Horlemann Verlag, Erlangen 1992) veröffentlicht worden.

Hausarbeit

Hausarbeit ist jede Art von unentlohnter Tätigkeit der unmittelbaren Reproduktion und Produktion des lebendigen menschlichen Arbeitsvermögens. In diesem Sinne ist Hausarbeit direkt gesellschaftliche Arbeit. Die Produkte dieser Arbeit - Menschen - treten zwar als WarenbesitzerInnen auf den Markt, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die Hausarbeiterin aber nicht. Sie hat keine Ware produziert, sondern Menschen, die sich selbst gehören und ihre Arbeitskraft auf eigene Rechnung verkaufen. Die Arbeitskraft scheint den Menschen immanent, scheint also naturwüchsig an ihnen zu kleben und nicht das Produkt der Hausarbeit zu sein. Die Hausarbeiterin tritt nicht auf den Markt, der Markt aber dient der warenproduzierenden Gesellschaft als Medium gesellschaftlicher Arbeit. Die Gesellschaftlichkeit der Hausarbeit - und damit die Hausarbeit als Arbeit an sich - bleibt so unsichtbar.

⁵ Festlegung auf bestimmte Reaktionen. Z.B. höflich, gehorsam und pünktlich zu sein

Die Stätte der Hausarbeit ist die Familie, die zu bearbeitenden Gegenstände in Lohnarbeit stehende Männer und für Lohnarbeit zu konditionierende Kinder, in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter auch aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedene. Die Anforderungen an eine Hausarbeiterin sind hoch. Die materiellen Tätigkeiten, die zur Reproduktion einer modernen Arbeitskraft nötig sind, erfordern auf Seiten der Hausarbeiterin Kenntnisse der Ernährungsphysiologie, der Betriebswirtschaft und der Medizin. Die Tätigkeiten sind im Bereich der Krankenpflege, Hygiene, des Einkaufs von Waren, der Verarbeitung und Verfeinerung dieser Waren zum menschlichen Konsum usw. angesiedelt. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft treten die immateriellen Tätigkeiten der Hausarbeiterin zunehmend in den Vordergrund. Kenntnisse der Pädagogik und Psychologie werden vorausgesetzt. Die Hausarbeiterin berät, erzieht, therapiert und liebt die Reproduktionsgegenstände.

Die erfolgreiche Verrichtung sowohl der materiellen als auch der immateriellen Seite der Hausarbeit fordert von der Hausarbeiterin ein Höchstmaß an Bereitschaft zu persönlichem Verzicht, selbst im Hintergrund zu bleiben und zur Unterordnung.

Diese Eigenschaften werden der Hausarbeiterin biologisch und ideologisch als "natürlich" zugeschrieben. Schwadronen bürgerlicher "Wissenschaftler" erklären die Weichherzigkeit, die Güte, die Unterordnung und dergleichen aus biologischen Dispositionen⁶. Teile der Frauenbewegung ("neue Mütterlichkeit", "Frieden ist weiblich") schließen sich an. Tatsächlich ist jedoch eine im Säuglingsalter beginnende Konditionierung von Frauen notwendig und ursächlich für die durchgesetzte Hausfrauialisierung jeder Frau, deren Verbindlichkeit sich auch nicht durch drastische Veränderungen im häuslichen Umfeld erschüttern lässt. Berufstätige Frauen, die ihre arbeitslosen Männer von der Hausarbeit fernhalten oder zumindest klaglos deren Nichtstun dulden und Wohngemeinschaften, die ohne Frauen zumeist im Dreck ersticken würden, sind zwei Seiten derselben Medaille.

Kleine Geschichte der Hausarbeit

Bei allen schichtspezifischen und regionalen Unterschiedlichkeiten entwickelt sich die Trennung von Haus und Produktion - deren bis heute nahezu absolute Durchsetzung sich in dem Terminus "Arbeiten gehen" ausdrückt - Mitte des 18. bis 19. Jahrhunderts zur gesellschaftlichen Norm. Bis dahin war eine solche Trennung gesellschaftlich marginal. Eine der daraus erwachsenden Notwendigkeiten ist die bis dahin bei der Masse der Menschen unbekannte Kindererziehung. Kinder werden nicht länger in den Produktionsprozeß hineingeboren und dort für kommende Tätigkeiten konditioniert. Man kann sich vorstellen, daß die Kinder der bäuerlichen Familie oder der gern zur Illustration benutzten Weberfamilien sehr früh praktisch mitarbeiten mußten, sinnlich erleben konnten und ständig vor Augen hatten, welche Überwindungen, welche Plackerei der Produktionsprozeß den Menschen abverlangt. Die Erziehenden müssen jetzt im entfremdenden Vorgriff auf künftige Erwachsenenmühen die Kinder in ihren Trieben unterdrücken, sie disziplinieren und vorgelagert ausbilden.

Die Hausarbeit als Reproduktion menschlichen Arbeitsvermögens entsteht unter der sich

⁶ Veranlagungen

entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise in den letzten Jahrzehnten des 19. und in den ersten des 20. Jahrhunderts.

Bürgerlicher Haushalt

Im bürgerlichen Haushalt vor der Jahrhundertwende ist der Frau die Verrichtung materieller Arbeit verboten. Alle körperliche Arbeiten werden von Dienstboten verrichtet. Die Tätigkeit der bürgerlichen Frau umfasst neben der Darstellung des Luxus und des Reichtums der Bourgeoisie die Leitung und Organisation des Haushaltes und die Überwachung der Erziehung der Kinder. Die Verdammnis zum "Nichtstun" wird von einer Welle "wissenschaftlicher" Erklärungen, Frauen seien schwächlich, schutzbedürftig usw., begleitet.

Ohne Familie keine Reproduktion

Von einer Reproduktion der ArbeiterInnenklasse kann zu Beginn der Kapitalisierung nicht gesprochen werden. Das Kapital bedient sich eines vorerst unerschöpflich scheinenden ArbeiterInnenreservoirs vom Lande. ArbeiterInnen bleiben in der Regel ledig, sie leben großteils nach Geschlechtern getrennt in Wohnheimen, als KostgängerInnen oder wandern von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle. Frauen arbeiten häufig als Dienstbotinnen. In Südafrika können heute konservierte Formen solcher Verhältnisse betrachtet werden. Unechelich gezeugte Kinder werden von den Fabrikherren in Bergwerken, Spinnereien und ähnlichen Anstalten vernutzt. Mit der Proletarisierung wird die alte großfamiliäre Struktur zunächst weitgehend ersatzlos zerschlagen. Diese Vorgänge vor Augen, entwickeln Marx und Engels ihre Betrachtungen über die antifamiliäre Tendenz des kapitalistischen Progresses. Der idealtypische Familientypus proletarischer Art - männlicher Lohnarbeiter und tendenziell nicht arbeitende Frau und Kinder - folgt dieser für den großen Teil der ProletarierInnen "familienlosen" Phase nach.

Proletarischer Haushalt

Der proletarische Haushalt ist zunächst noch geprägt von landwirtschaftlichen Tätigkeiten der Frauen, die so oder durch monetäre Nebeneinkünfte aus dem Verkauf des landwirtschaftlichen Überschusses zum Lebensunterhalt beitragen. Veränderungen der Lebensbedingungen, wie Urbanisierung ganzer Landstriche, Landflucht, Verbilligung der Konsumgüter durch industrielle Fertigung, verdrängen die Subsistenzproduktion⁷. Phasenhaft sinkende Löhne zwingen immer mehr Frauen zur Aufnahme von Lohnarbeit und tun ein Übriges zur Zerstörung dieser Produktionsweise.

Trotz dieser schlechten ökonomischen Ausgangslage strahlen die Idealvorstellungen der bürgerlichen Familie in die ArbeiterInnenklasse. Jede Verbesserung der ökonomischen Lage der ArbeiterInnenklasse wird genutzt, um die Frau von Lohnarbeit freizustellen.

⁷ Eine der Warenproduktion vorausgehende und von ihr zunehmend verdrängte Produktionsform. In der Subsistenzproduktion verrichtete Arbeits ist stets am eigenen Bedürfnis der Arbeitenden oder deren Lebenszusammenhänge orientiert, es sind keine Produkte für den Handel vorgesehen. Die sich entwickelnde Warenproduktion hat Jahrhunderte gebraucht, um die Subsistenzproduktion zu verdrängen. Zahlreiche Mischformen traten historisch auf und sind heute noch festzustellen (jeder Schrebergarten kann als Beispiel gelten). Im Trikont (Asien, Afrika, Lateinamerika) ist sie teilweise noch immer die wesentliche Produktionsform.

Klassenkämpfe haben zum Ziel, der Kinder- und Frauenarbeit ein Ende zu setzen. Das objektive Interesse der ArbeiterInnenklasse, sich möglichst ausreichend zu reproduzieren, "besser zu leben", unterstützt die Verbringung der Frauen an Heim und Herd.

Die ArbeiterInnenbewegung benutzt das Idealbild der bürgerlichen Familie - die nichtarbeitende Frau - als moralische Waffe gegen die Ausbeutung aller Familienmitglieder und die damit einhergehende Lohnsenkung. Die Lohnarbeit weiterer Familienmitglieder führt tendenziell nicht zur Verbesserung des Reproduktionsniveaus, sondern zur Verteilung des Einkommens auf mehrere Köpfe. Die idealtypische proletarische Familie und der "Familienlohn" sind Folgen von Klassenkämpfen. Das Proletariat entzieht dem Kapital Arbeitskräfte. In einem verteilungskämpferischen Sinne wird so die Familie funktional fürs Proletariat.

Das proletarische Klasseninteresse der Selbsterhaltung stellt sich gegen die Tendenz des Kapitals, die ArbeiterInnen durch Überausbeutung auszurotten. Damit wird der Klassenkampf selbst zum Instrument der Kapitalisierung. Der Schutz der Grundlage der Kapitalakkumulation - verwertbare Arbeitskraft - mag zwar den Profit individueller Kapitalisten mindern, bleibt aber notwendiges Moment der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Klar, daß sich der Staat als ideeler Gesamtkapitalist mit Arbeitsschutzgesetzen auf die Seite der ArbeiterInnen schlägt. Klar auch, daß zwischen Reproduktion des lebendigen Arbeitsvermögens der benötigten Arbeitskräfte und 'nem schönen Leben für Alle ein Widerspruch bestehen bleibt, dessen Auflösung Generationen von bewegten ArbeiterInnen als der eigentliche Schritt ihrer Emanzipation erscheinen muß.

Die Erkämpfung der Familie als historischer Kompromiß?

Die Erkämpfung der Familie stellt sich für die Frauen ungleich unvorteilhafter als für die Männer dar. Den Frauen wird postwendend die volle Verantwortung für das Glück der männlichen Massen übertragen - nicht zuletzt auch von der ArbeiterInnenbewegung selbst. Jedem männlichen Lohnarbeiter wird eine Frau zur "freien Verfügung" (s. unten) überstellt. Dieser "historische Kompromiß" wird natürlich nicht kampflos erreicht. Fortan ist Bestandteil des Klassenkampfes der Kampf um die Zeit, die die Frau im Haus oder in der Fabrik arbeitet. In diesem Kampf sitzt das Kapital klar am längeren Hebel. So zwingt es in der Phase der Krise mit hoher Arbeitslosigkeit die Frauen an Heim und Herd, mobilisiert aber ihre Arbeitskraft in Zeiten der Hochkonjunktur.

Entwicklung der Hausarbeit unter dem Kapitalverhältnis

Die häuslichen Arbeitsbedingungen verändern sich. Die Haushalte werden, bedingt durch die Mobilität der "freien Lohnarbeiter", kleiner. Die Kinder fallen wegen höherer Anforderungen an ihre Ausbildung als Mitarbeitende im Haushalt - natürlich geschlechtspezifisch unterschiedlich - zunehmend weg. Kinder, die in ländlicher Umgebung sich selbst überlassen waren, müssen jetzt beaufsichtigt werden. Ihre Erziehung wird - siehe oben - notwendig und im sich entwickelnden Kapitalismus immer aufwendiger. Die vormals in Subsistenz produzierten häuslichen Rohstoffe müssen auf dem Warenmarkt beschafft werden. Die Urbanisierung erhöht die hygienischen Anforderungen. Der Arbeitsmarkt saugt die Dienstboten aus den kleinbürgerlichen Familien, die Kleinbürgerinnen und sogar manche Bourgeois-Frauen müssen immer größere Teile der Hausarbeit selbst übernehmen. Ein Teil der Hausarbeit wird durch Einführung von Haushalts-

maschinen rationalisiert, ein anderer in (Frauen-)Lohnarbeitsverhältnisse umgewandelt. Die dadurch freigesetzten Potentiale der Frauen werden von steigenden Ansprüchen an Haushaltsstandards sofort wieder belegt. Die Durchsetzung dieser Standards wird nicht den nörgelnden Männern überlassen. Zahlreiche entstehende Hausfrauenvereine, Hausarbeitschulen für junge Frauen (vgl. auch die heute aus den Regalen quellenden, sich vornehmlich an Frauen richtenden, Haushalts-, Garten-, Wohn-, Mode-, Kosmetik- und Elternzeitschriften) zeugen von der erforderlichen Vermittlung.

Haus- und Lohnarbeit

Weibliche Lohnarbeit ist nie Ersatz, sondern regelmäßig nur Ergänzung der Hausarbeit. Aus Lohnarbeit erwächst den Hausarbeiterinnen eine zusätzliche Belastung, die meist auch als solche - seltener als Befreiung - empfunden wird. "Qualifizierte Berufe" für Frauen sind meist vergesellschaftete, ins Lohnverhältnis übernommene Reproduktionsjobs wie Krankenschwester oder Lehrerin. Die Konditionierung für die Hausarbeit macht Frauen aber auch wie geschaffen für Arbeitsstellen, die ein hohes Maß an persönlicher Unterordnung bedingen - die Sekretärin ist die Hausfrau, die dem männlichen Vorgesetzten in der öffentlichen Sphäre zur Seite gestellt wird. Die Hausfrau als Zuverdienerin trägt in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten der Familie zum Erwerb bei - ihre schlechte Bezahlung ist Ausdruck des Wertgesetzes. Lediglich der Lohnanteil des Mannes, der zur Erreichung des Wertes seiner Arbeitskraft (den Reproduktionskosten^{*} der Familie) fehlt, soll ersetzt werden. In vielen Familien sind die Zeiten mit finanziellen Schwierigkeiten Dauerzustand.

Lediglich in Zeiten der männerlosen Kriegswirtschaft wird den Frauen die alleinige Verantwortung für die Produktion übertragen. Dabei werden regelmäßig ideologische Kopfstände unternommen, um der Situation gerecht zu werden. Im Anschluß müssen Frauen ebenso regelmäßig wieder an "ihren Platz" getrieben werden. Gerade im Krieg wird die "Natürlichkeit" der geschlechtlichen Arbeitsteilung in ihrer Absurdität entlarvt.

Hausarbeit und Wertgesetz

Mit Wertkategorien ist Hausarbeit nicht zu erfassen

Die zur Reproduktion der ArbeiterInnenklasse aufzuwendende Arbeit teilt sich in bezahlte Arbeit, wie sie von LehrerInnen, Pflegepersonal oder SozialarbeiterInnen geleistet wird, und in unbezahlte Arbeit, wie sie von Hausarbeiterinnen verrichtet wird.

Bezahlte Reproduktionsarbeiten erhöhen den Wert der Arbeitskraft - die ArbeiterInnen müssen die warenförmig auftauchenden Produkte kaufen - oder tauchen als gesellschaftliche Kosten auf, wie im Falle von staatlich geführten Schulen oder des über Krankenversicherungen finanzierten Gesundheitswesens.

Die Hausarbeit dagegen ist wertneutral. Die Hausarbeiterin verwandelt am Markt

* Hier ist vielleicht noch der Hinweis auf den sogenannten "kulturellen" Bestandteil der Reproduktionskosten angebracht. Die Mittel zur Reproduktion umfassen neben den absolut notwendigen (Über)-Lebensmitteln auch Waren und Dienstleistungen, die der kulturellen Stufenleiter, die gerade erklimmen wurde, entsprechen. Als Beispiele hierfür mögen Urlaub, Video oder der modische Haarschnitt genügen. Die Frage, ob diese kulturellen "Errungenschaften" selbst nötig oder sinnvoll sind, spielt an dieser Stelle eine untergeordnete Rolle.

vorgefundene Waren in Produkte des täglichen Konsums, ohne daß diesen Produkten etwas warenförmiges anhaftet. Die einzige Ware, die die Hausarbeit produziert - die Arbeitskraft - bleibt aber im Wert lediglich durch die in ihr vergegenständlichten Waren bestimmt. Die Arbeit der Hausarbeiterin ist mit Wertkategorien nicht zu erfassen.

Können weniger Waren am Markt erstanden werden, muß die Hausarbeiterin mehr arbeiten, um die billigeren, unfertigen Waren in konsumierbare Lebensmittel zu verwandeln. Fällt der Lohn, der Geldausdruck der in der Arbeitskraft vergegenständlichten wertbildenden Arbeit, steigt der Anteil nicht wertbildender, unbezahlter Arbeit an der Reproduktion. Die Menge der in der Arbeitskraft vergegenständlichten nicht wertbildenden Arbeit verhält sich also zur wertbildenden im umgekehrten Verhältnis.

Hausarbeit und Klasse

Eines der traditionellen Mißverständnisse, dem die Linke in der Betrachtung der Welt aufsitzt, besteht in der Zuordnung aller "Ausgebeuteten" zum Proletariat.

Dieses Mißverständnis führt über Umwege zur Auffassung, daß "die Arbeiterklasse aufgehört hat zu existieren". Ausbeutung meint, daß sich ein anderer als der Arbeitende das aus der Arbeit resultierende Mehrprodukt aneignet. In diesem Sinne werden viele der in der BRD angeheuerten Arbeitskräfte nicht ausgebeutet. Ausgebeutet werden kann nur die produktive Arbeitskraft. Produktiv meint Reproduktion des vorgeschossenen Kapitals und darüber hinaus Produktion des Mehrwerts. Im sich entwickelnden Kapitalismus verschwindet zunehmend produktive Arbeit zugunsten eines unproduktiven Wasserkopfes in der Zirkulationssphäre, dessen Wirken der reinen Formverwandlung von Waren in Geld - und umgekehrt - dient⁹. Kein Brösel Mehrwert entsteht hier.

Unproduktive Arbeitskraft wird nicht ausgebeutet, eher angewendet. Für die angewendeten ArbeiterInnen besteht kein Unterschied zur Ausbeutung der anderen. Für die klassenmäßige Bestimmung kann das Begriffspaar produktiv/unproduktiv keine Rolle spielen. Die Reinemachefrau, die in der Putzkolonne die Werkshalle oder das Elektroniklabor säubert, arbeitet produktiv; während ihre reinigende Tätigkeit auf der Automobilausstellung oder im Börsenmaklerbüro so unproduktiv bleibt wie das Spülen zuhause nach Feierabend.

Es nutzt also nichts, der Hausarbeiterin, wie auch immer definiert, produktive Arbeit anzudichten. Wenn die Arbeit der Hausarbeiterin wertneutral ist, kann kein Mehrwert entstehen. Wenn mensch davon abstrahieren mag, daß die Hausarbeiterin ihr Produkt nicht besitzt, weil die Arbeitskraft nun mal an den von der Hausarbeiterin (re)produzierten Menschen klebt, könnte man die Hausarbeiterin auf den Warenmarkt begleiten. Wenn dann dort der Kapitalist das indirekte Produkt der Hausarbeit, die Ware Arbeitskraft (tendenziell) zu ihrem Wert kauft, eignet er sich kein Mehrprodukt an.

Uns leuchtet eine andere Einordnung der unproduktiven Hausarbeit eher ein: Die Arbeitszeit der produktiven ArbeiterInnen teilt sich in die notwendige Arbeitszeit, in der das Produkt des Arbeitsprozesses den variablen Kapitalteil (den Lohn) darstellt und in die Mehrarbeit, in der Mehrwert produziert wird. So wie sich deshalb jede Minute in notwendige Arbeit und Mehrarbeit aufteilen läßt, läßt sich auch die Lebensarbeitszeit der ArbeiterInnen aufteilen.

⁹ In der Zirkulationsphäre, in der die Waren gegen Geld und umgekehrt getauscht werden, wird kein neuer Wert geschöpft. Selbst wenn Waren über oder unter Wert verkauft werden, kommt nur auf der einen Seite das dazu, was auf der anderen weggenommen wurde. Wert entsteht in der Produktionsphäre durch die Herausbildung produktiver Arbeit.

In einer weiteren Abstraktionsstufe lassen sich alle ArbeiterInnen einer Fabrik aufteilen: in welche, die lediglich notwendige Arbeit verrichten und welche, die lediglich Mehrarbeit leisten. Das ist im Prinzip natürlich auch für die ganze Gesellschaft möglich, wenn von den Einzelinteressen der jeweiligen Kapitalisten zugunsten der Kapitalistenklasse abstrahiert wird.

Wird in dieses Modell die unbezahlte Reproduktionsarbeit, die Hausarbeit, miteinbezogen, erscheint diese Arbeit keinesfalls länger als etwas dem Verwertungsprozeß Fremdes, sondern als Teil der notwendigen Arbeit. Die Arbeit die notwendig ist, um das lebendige Arbeitsvermögen zu reproduzieren, setzt sich zusammen aus der im Lohn vergegenständlichten Arbeit und der unentgeltlichen Hausarbeit. Die Hausarbeit ist notwendige Arbeit im Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Die Hausarbeiterin ist Teil der ArbeiterInnenklasse, sie ist nicht länger eingehieiratetes Anhängsel, dessen klassenmäßige Bestimmtheit aus der Stellung des Mannes im Verwertungsprozeß abhängt.

Hausarbeit und Produktion des relativen Mehrwerts¹⁰

Die Mobilisierung von Hausarbeit trägt dreifach zur Produktion des relativen Mehrwerts bei.

a) Die in allen Bereichen der Produktion fortwährend gesteigerte Arbeitsintensität und die der Produktivitätssteigerung geschuldeten verkürzten Qualifikationszyklen können von den Opfern dieser Maßnahmen nur zum Teil durch Klassenkampf kompensiert werden. Die vermehrte Abnutzung der Arbeitskraft, die psychische und physische Erschöpfung oder gar Erkrankung muß durch vermehrte materielle und immaterielle Reproduktionsanstregungen ausgeglichen werden. Die Konditionierung und Disziplinierung der Kinder für einen Arbeitsmarkt, auf dem nur die "Besten und Stärksten etwas werden", erfordert große Anstrengungen. Von der Bedeutung dieses Teils der Reproduktionsarbeit sprechen die zahllosen Fernsehsendungen, Zeitschriftenbeiträge und Bücher zum Thema Erziehung.

b) Die Masse der Hausarbeiterinnen stellt den größten Teil der (inländischen) industriellen Reservearmee. In den Angriffswellen des Kapitals auf Löhne, kollektive Rechte und Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse spielt die Mobilisierung billiger und flexibler Hausarbeiterinnen eine zentrale Rolle. "Hausfrauenriege" nennen die Weißkittel kurzfristig heuerbare Arbeitskräfte, die helfen sollen, Kapazitätsspitzen aufzufangen, Produktionsfehler auszugleichen, Löhne zu drücken, Streiks zu brechen... Daß die Lohnarbeit der Reserve auf Kosten der eigenen Reproduktion geht, versteht sich von selbst. Schließlich weisen alle Anstrengungen in die Richtung "Familie und Beruf vereinbaren zu können".

c) Vermehrte Hausarbeit fängt sinkende Löhne traditionell bis zu einem gewissen Grad ab. Die Hausarbeiterin wendet sich, im Bestreben den ausfallenden Warenteil zu ersetzen, der Subsistenzproduktion zu. Sie näht und flickt, gärtnernt, schneidet den Kindern die Haare. Der Aufwand, den Familienmitgliedern das Ausbleiben gewisser Reproduktions-

¹⁰ Marx unterscheidet zwischen der Produktion des relativen und des absoluten Mehrwerts. Wenn der Arbeitstag in notwendige und Mehrarbeitszeit geteilt wird, kann die Produktion von Mehrwert nur durch Verlängerung der Mehrarbeit erhöht werden. Das ist einerseits möglich durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit (durch Senkung der Reproduktionskosten), hier spricht Marx von Produktion des relativen Mehrwerts, andererseits durch Verlängerung der Gesamtarbeitszeit, was Marx Produktion des absoluten Mehrwerts nennt.

güter schmackhaft zu machen, oder diese Waren anderweitig "günstig" zu beschaffen, ist beträchtlich. "Meine Mutter hat auch im Krieg immer dafür gesorgt, daß es uns Kindern an nichts gefehlt hat." Wie sie das bloß geschafft hat?

Hausarbeit senkt die durch den normalen und außergewöhnlichen kapitalistischen Geschäftsverlauf entstehenden gesellschaftlichen Kosten.

Die Hausarbeiterin absorbiert alle arbeitsunfähigen Gesellschaftsmitglieder - Alte, Kranke, Krüppel, Kriegsversehrte, Drogenopfer, Lernbehinderte, ... -, deren Leben andernfalls gesellschaftliche Kosten in solcher Höhe verursachen würden, denen das Kapital mit ihm immanenten Lösungen¹¹ entgegentrate, die so den Opfern seiner Produktionsweise erspart bleiben. Der Bodensatz der Leistungsgesellschaft bleibt das individuelle Problem der Mütter und Ehefrauen. Die Diskussionen der letzten Jahre über die menschenunwürdige Verbringung dieser Opfer in staatliche Verwahranstalten, Euthanasie eingeschlossen, dienen zur Verschärfung des Drucks auf Frauen, ihrer "angeborenen" Güte und Warmherzigkeit Taten folgen zu lassen.

Entwickelte Hausarbeit

(das Zuhause ist der Traum vom der Kapitalisierung trotzenden weiblichen Schoß)

Materielle Hausarbeit überformt die immaterielle

In Betrachtung der entwickelten Hausarbeit, der erreichten Standards für Hygiene, Kochkunst, Schönsein, sexueller Bereitschaft... drängt sich der Verdacht auf, daß diese Standards über das vom Wertgesetz vorgeschriebene Maß an Reproduktion der Arbeitsfähigkeit hinausgehen. Der Alte ist sicherlich fähig, andertags zur Arbeit zu schlappen, ohne am Abend vorher mit seiner Titelseiten-Brigitte Wachtelnierchen an Mandarinensorbet vom blitzblank polierten Designertellerchen gespeist zu haben, ohne sich danach den Mund an einer weißer als weißen, nach Oleander, Javandel, Lasmin duftenden Serviette abgewischt, ohne in ein durch die Kraft des Domestos oder des entsprechenden Ökomittels keimfrei gehaltenes Klo zu defäkieren, ohne das Gespräch über drei Titel aus der Spiegelbestsellerliste und ohne den RTL+ verstärkten Megaorgasmus. Auch die Kinder würden groß (und arbeitsfähig) werden, selbst wenn sie einmal im Leben spüren würden, daß, sobald in die Windel gepißt, der Arsch naß wird.

Das Geheimnis dieser überhöhten und dennoch steigenden Reproduktionsstandards - und damit der Anspruch an die Hausarbeiterin - folgt der Annahme, daß die "beste" Versorgungsarbeit am meisten psychische Zuwendung, "Liebe", transportiert. Die Verausgabung der Hausarbeiterin, ihr Verzicht auf Freizeit, ist Maßstab für die Menge an Liebe, die sie ihren Arbeitsgegenständen entgegenbringt.

Die Familie, das Zuhause sind der Versuch des Aufbaus einer Gegenwelt zur entfremdeten Arbeit, ein fest zusammenhaltender, von gewollter gegenseitiger Abhängigkeit geprägter Zusammenhang als Bollwerk gegen die kapitalistische Wolfsgesellschaft, deren Bestialität nur so erträglich scheint. Das Gerede - gerade auch in Kreisen der Linken - vom "ständig

¹¹ Daß dem Kapital die Vernichtung "unwerten Lebens" immanent ist, ist nicht nur theoretisch und historisch zu belegen. Das Leben von Millionen Menschen im Trikot gilt nichts, weil das Kapital an ihnen kein Verwertungsinteresse festmacht.

steigenden Lebensstandard" leugnet die der gesteigerten Arbeitsintensität und den stets kürzer werden Qualifikationszyklen geschuldeten höheren Ansprüche der Arbeitskraft an ihre Regeneration.

Die immateriellen Aspekte der Hausarbeit überwiegen also zunehmend. Die materiellen Aspekte der Hausarbeit werden von den immateriellen Ansprüchen überlagert und befördert.

Hierin liegt unseres Erachtens auch der Fehler in der marxschen Annahme vom Verschwinden der Hausarbeit und der Auflösung der Familie. Alle Reproduktionsdienste würden kapitalisiert, nahm Marx an. Aber bestenfalls die materiellen Bestandteile der Hausarbeit ließen sich kapitalisieren¹².

Selbstverständlich kann die Familie keine Gegenwelt zur durchkapitalisierten Gesellschaft sein, klar sind auch die die Familie bildenden Subjekte Objekte der warenproduzierenden Gesellschaft mit all den Deformierungen, die diese Gesellschaft mit sich bringt. Diese Erkenntnis macht die Analyse schwierig. Selbst Objekte der Warenwelt, wird für uns die Unterscheidung von Ideologie und Fiktion familiärer Reproduktion und den real gesteigerten Ansprüchen der Lohnabhängigen an ihre Reproduktion unmöglich.

Tendenz Geldmonade¹³

Unsere Betrachtungen, mag der Eine oder die Andere einwerfen, blieben auf dem Stand der 50er Jahre, in denen zumindest in der BRD die proletarische Familie ihre Blüte erlebte, stehen. So sprechen inzwischen die Statistiken von 50% Singles in den Großstädten. Das Proletariat mit deutschem Paß reproduziert sich nicht mehr, fallende Geburtenrate, geringe Heiratsbereitschaft, steigende Scheidungsraten sorgen für ein negatives Bevölkerungswachstum. Ohne die Migrationsbewegungen wäre die Akkumulationsressource lebendige Arbeitskraft schon heute ein knappes Gut.

Aber auch die wiederholte Zerschlagung historischer Familienformen befreit die Frauen nicht von ihrer "angestammten" Rolle. Neben dem richtigen Einwand, daß sich der Reproduktionszusammenhang, wie es seit seiner Entstehung ständig zu beobachten war, tatsächlich verändert, können Hinweise auf z.B. steigende Scheidungsraten und geringe Heiratsbereitschaft nicht belegen, daß Frauen nicht länger die Hauptlast an der

¹² Selbst wenn die immateriellen Bestandteile in Warenform daherkommen, sich z.B. der Mitteleuropäer über den Frauenhandel eine Asiatin kauft, bleibt - neben der gesellschaftlichen Ächtung, die solchem Tun anhaftet - daß die erstendene Ware nur dann einwandfrei ist, wenn sie im Gebrauch die Warenform abstreift. Den verkauften Frauen gelingt das nur, wenn sie "ihren Männern" tatsächlich "echte Liebe" schenken, bei Strafe des Umtauschs. Vielleicht sollte in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß wir keinesfalls abstreiten wollten, daß Beziehungen zwischen Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft selbstverständlich Warencharakter annehmen. Dafür ist es schnurz, ob die Beziehung durch Geld vermittelt wurde oder nicht. Dennoch bleibt ein Unterschied zwischen der Kapitalisierung von Beziehungen und dem ihnen eigenen Warencharakter.

¹³ Der Begriff Monade bedeutet eigentlich Einheit, Unteilbares. Leibniz, ein deutscher Philosoph (1646-1716), begründete die "Monadenlehre", nach der jedes Element der Wirklichkeit eine Monade sei, d.h. eine in sich geschlossene körperlich-geistig-seelische Substanz und als solche ein Spiegel des Universums. Der - soweit wir wissen - von der "Krisis"-Redaktion geprägte Begriff Geldmonade meint eine Person, deren Beziehung zur Außenwelt einzig über die Geld-Ware-Beziehung vermittelt ist, und deren Bewußtsein das "Gelduniversum" widerspiegelt. Diese These operiert mit dem von Marx im ersten Band des Kapitals entwickelten Warenfetisch.

Reproduktion tragen würden. Unverheiratete Paare leben zumeist in den erlernten Rollenmustern, der Trend zu mehreren Beziehungen im Verlauf des Lebens ist einer zur "seriellen Monogamie": Das Ende der einen Beziehung ist der Beginn der nächsten, zumindest der Beginn der Suche danach.

Die vollständig warenförmige materielle Reproduktion gelingt dem beachtesten Segment der kleinbürgerlichen Zwischenschicht: den Yuppies oder genussüchtigen Citoyens, wie sie je nach Geschmack genannt werden. Sie gelten als Prototypen des Singles.

Die "Krisis"-AutorInnen haben ihren Blick wohl hauptsächlich auf diese Schicht gerichtet, als sie den Begriff "Geldmonade" für jene Individuen, die zur Außenwelt ausschließlich durch Geld-Waren-Beziehungen Kontakt halten, prägten. Die Wohnung des Ideal-Yuppies wird von der Putzfrau in Ordnung gehalten, häufiges Essengehen löst sich mit Pizzaservice ab, die Wäsche kommt in die Reinigung, den Umzug macht die Spedition und die Inneneinrichtung wird von der Designerin durchgestylt.

Aber auch in diesen Kreisen bleiben die immateriellen Aspekte der Reproduktion von Bedeutung. Eben weil die Geld-Ware-Beziehung völlig entfremdet, absolut sinnentleert ist, wächst der Anspruch an die "Qualität" der psychischen Regeneration. Die Sinnkrise, jedem Jungmanager gerade so geläufig wie der Krawattenknoten, würgt meist noch heftiger als der Schlip, und muß, weil immer ein Rest "Sinn" bleibt, der nicht einzukaufen ist, den Wunsch nach nicht warenförmiger Lösung nach sich ziehen. Das erstbeste Stück "Natur", die Sinnlichkeit und die "echte Liebe" treten auch dem Yippie in Frauengestalt gegenüber. Auch das schönste, teuerste und charmanteste Callgirl behält die Warenform unabgestreift. Der "Geldmonade" bleibt, wie jedem bürgerlichen Subjekt, die eigene Entfremdung zwar unbewußt, dennoch gelten "Seelen", "Freundschaft" und "Liebe" als Gebrauchswerte nur dann, wenn sie geschenkt werden, und so durch den absolut ungleichen "Waren" tauschen ihren Warencharakter völlig verschleieren.

Die Yuppies genießen zurecht viel Aufmerksamkeit im Diskurs über die sich verändernde Bewußtseinslage in den Metropolen. Ihre Rolle ist vergleichbar mit der der bürgerlichen Familie um die Jahrhundertwende, ihre Ansichten, Haltungen und Praxis strahlen nach unten, werden zur Orientierung. Leider bleiben viele linke Beiträge zu dieser Debatte auf der Erscheinungsebene stecken. Geradesowenig wie die proletarische Familie - die die bürgerliche zum Vorbild nimmt - die bürgerliche Familie ist, geradesowenig sind die Massen der alleinlebenden Menschen Yuppies: So schickt die Entwicklung der idealtypischen proletarischen Familie die Alten in die Isolation. In Baden-Württemberg waren 1987 43% der Singles älter als 60 Jahre, davon über 80% Frauen. Den höchsten Single-Anteil an der Wohnbevölkerung weisen, wen wundert's, Universitätsstädte auf. In vielen Haushalten, die in die Single-Statistik eingehen, sind alleinerziehende Frauen mit der Aufzucht von Generationen künftiger LohnarbeiterInnen beschäftigt und bilden einen nicht geringen Teil der "Neuen Armen".

Für reiche und arme Singles bleibt die Notwendigkeit eines Reproduktionszusammenhangs bestehen. Daß sich die einen auf den immateriellen Aspekt der Reproduktion beschränken können und die anderen noch nicht mal materiell reproduziert werden, daß sich vielleicht für beide der Reproduktionszusammenhang nicht hergestellt - sie also nicht vollständig reproduziert werden - nimmt unserer Annahme, daß weiterhin unbezahlte Tätigkeiten zur Reproduktion anfallen, nichts von ihrer Berechtigung.

Doppelcharakter der Verfügungsgewalt des Mannes über die Arbeitskraft seiner Frau

Nach Marx begegnet der eine Warenbesitzer dem anderen als freiem Menschen. Der Geldbesitzer begegnet dem Arbeiter "als bloße(m) Besitzer seiner Arbeitskraft", "frei von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen" (Kapital, Bd. I, S. 183). Mit der Erkämpfung der Familie, des Familienlohns und damit der Verfügungsgewalt über seine Frau, treten "nötige Sachen" an die Seite des Lohnarbeiters. Der "freie Lohnarbeiter" verfügt über die nicht warenförmig auftretende Arbeitskraft seiner Frau. Gleichzeitig dient diese Verfügungsgewalt aber dem Zweck, das Arbeitsvermögen des Lohnarbeiters zu reproduzieren, eine zur Reproduktion des Kapitals notwendige Arbeit. Der Lohnarbeiter eignet sich das Arbeitsprodukt seiner Frau (bzw. seiner Mutter) an, weil er Besitzer seiner Arbeitskraft ist, das Kapital konsumiert das Arbeitsprodukt der Frau, indem es den Arbeiter konsumiert. Mit der Erkämpfung der Familie werden die Männer von den persönlichen Diensten an sich selbst befreit. Die bürgerliche Gesellschaft suggeriert den Individuen, Subjektivität könne durch Kommandierung fremder Arbeitskraft erlangt werden. So gesehen ist Hausarbeit nicht nur die materielle Grundlage der Reproduktion des lebendigen Arbeitsvermögens, sondern ebenso Quelle jener männlichen Identität, die die Erfahrung, außerhalb der Lohnsklaverei Subjekt zu sein, benötigt.

Der Doppelcharakter der Verfügungsgewalt des Mannes über die Arbeitskraft seiner Frau besteht also in der tatsächlichen Verfügungsgewalt - die sich sehr oft in realer Gewalt ausdrückt - und in deren Funktionalität für's Kapital.

Schluß

Es bleibt weiteren Diskussionen überlassen, welche praktischen Schlüsse aus solchen Erkenntnissen abzuleiten sind - sofern mensch der Analyse folgen mag. Für uns hat sich während der Erarbeitung dieses Papiers eine Menge bewegt. Viel "alte Theorie" mußte dran glauben. Vielem, was an anderen Betrachtungen des Themas immer "irgendwie" falsch schien, können wir jetzt mit eigenen Thesen entgegentreten. Das, was uns wesentlich erschien - auch wenn es nicht eigentlich neu ist, mit Sicherheit schon in vielen anderen Stellungnahmen gesagt wurde - ist dennoch so quer zum common sense des linksradikalen Diskurses, daß wir uns eine kurze Zusammenfassung nicht verkneifen können. Wir hoffen provokativ genug für die Verbreiterung einer Debatte zu formulieren:

Die proletarische Familie und die Hausarbeit sind nicht die bruchlose Fortsetzung eines ahistorischen Patriarchats, sie entwickelten sich mit und aus der Kapitalisierung. Mit der Durchsetzung der proletarischen Familie und damit der Reproduktion seiner selbst, nahm das Proletariat Anteil an der Durchsetzung der Kapitalisierung. Obwohl die Hausarbeit wertneutral und unproduktiv ist, findet sie keinen Platz außerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung. Hausarbeiterinnen sind keine Klasse für sich, sondern durch ihre Stellung im Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals definiertes Segment des Proletariats. In einem mit dem Begriff "historischer Kompromiß" unzureichend beschriebenen Kampfzyklus erreichten die männlichen Proletarier die Verfügungsgewalt über jeweils eine Frau. Diese Verfügungsgewalt besitzt den Doppelcharakter, tatsächlich jedem Mann eine Frau unterzuordnen und funktional im Reproduktionsprozeß zu sein. Die moderne Geschlechterspaltung ist ein originäres Produkt des Kapitalismus, ein historisch neues Verhältnis.

SAMSUNG SÜDKOREA IM WILDEN (FERNEN) OSTEN

Kurz vor Weihnachten '93 drückte mir das Arbeitsamt ein Stellenangebot rein: Bandarbeiter bei Samsung in Oberschöneweide am südöstlichen Rand von Berlin. Natürlich zum Ost-Tarif. Ich habe lange überlegt, diesen Job prinzipiell wegen Ost-Tarif abzulehnen, fand es dann aber doch spannend, in einem Ostberliner Betrieb zu arbeiten. Vor allem in einem Betrieb, der massiv neu einstellte - und immer noch einstellt. In den Zeitungen stehen seit Wochen Stellenanzeigen der Firma Samsung. Ich bin ohne Probleme reingekommen - Vorgeschichte und beruflicher Werdegang haben dort niemanden interessiert. Bei den Bedingungen auch kein Wunder: Dreischichtbetrieb, 1400-1500 Mark netto, Einstellung zunächst auf drei Monate befristet.

Der Betrieb

Samsung ist ein südkoreanischer Mischkonzern, der an achtzehnter Stelle auf der Weltliste der größten Konzerne steht. Er ist praktisch in allen Branchen aktiv - von Blumenzucht über Schiffbau bis zu Elektronik. In den nächsten Jahren soll der Schwerpunkt allerdings auf die Bereiche Elektronik, Maschinenbau, Chemie und Autobau konzentriert werden. Außerdem will sich Samsung in Osteuropa engagieren.

Im Sommer 1993 übernahm Samsung zu einem Spottpreis das alte VEB Werk für Fernsehelektronik (WF) von der Treuhand. Im WF waren vor der Wende 9000 ArbeiterInnen mit der Herstellung von Farbbildröhren beschäftigt. Es war eines der modernsten Werke in der DDR. U.a. wurde 1985 von Toshiba eine Produktionslinie aufgebaut und darauf in Lizenz Farbbildröhren produziert. Noch heute schwärmen die Kollegen, daß sie früher bessere Qualität produziert hätten als die Japaner und viel bessere als heute.

Nach der Wende ging es gleich los mit Entlassungen. Es wurde nur noch wenig produziert, u.a. für die UdSSR. Es gab phasenweise auch Kurzarbeit Null. Zu dem Zeitpunkt haben sich viele ArbeiterInnen auch selber abgesetzt und woanders Jobs gesucht. Die meisten, die jetzt noch im Werk sind, haben nichts gefunden oder sie fanden zwar woanders die Löhne besser, aber dafür die Arbeitsbedingungen extrem schlecht. Viele wollten auch nicht unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten. Einem Einrichter mit 14jähriger Berufserfahrung bei WF wurde bspw. bei Tschibo ein Job als als Bandarbeiter angeboten. Andere haben vorübergehend woanders gearbeitet, bis die neue Firma pleite ging. Die waren froh, wieder im alten Werk anfangen zu können.

Nach der Übernahme durch Samsung wurde weiter massiv Personal abgebaut. Insgesamt sind von ehemals 9000 Leuten nur 900 übrig geblieben. Wobei der Kernbereich, in dem heute die Produktion von Farbbildröhren läuft, in relativ geringem Maße von Entlassungen betroffen war. Um diesen Kernbereich herum sind ganze Abteilungen dicht gemacht oder extrem reduziert worden: die Werkstoffprüfung von 20 auf 2, die Schlosserei von 20 auf 4 Beschäftigte usw. Viele Arbeiten wurden ausgelagert und werden inzwischen von Zulieferfirmen gemacht. Andere Bereiche wie Putzen (nicht Maschinenreinigung!) wurden an Fremdfirmen übergeben. Das führte u.a. dazu, daß weit über zwei Drittel der alten Fabrikanlage leer steht, bzw an kleine Klitschen und ABM-Einrichtungen vermietet ist. Der Kernbereich soll ausgebaut und modernisiert werden. Im Sommer '94 sollen neue

Maschinen installiert werden und die Produktion von Farbbildröhren soll enorm steigen: von derzeit 1,2 Millionen auf 2,5 Millionen in den nächsten Jahren. Inzwischen will die Firmenleitung einzelne Abteilungen auf Vier-Schicht-Betrieb unter Einbeziehung des Samstags umstellen.

Der Produktionsablauf ist grob folgendermaßen: Anlieferung von fertigen Glaskörpern aus einem ebenfalls von Samsung aufgekauften Werk in Brandenburg. Im Werk werden die Glaskörper beschichtet und mit Masken versehen, zusammengelötet, das Vakuum erzeugt und dann die Röhre endmontiert. Danach gehen die fertigen Bildröhren zur Fernsehermontage in die Türkei, nach Portugal und Ungarn.

Das Innenleben

Als ich ins Werk reinkam, hab' ich gedacht, ich bin in einem schlechten Film. Alle ArbeiterInnen – auch die Angestellten – tragen Einheitskleidung: hellblaue Jäckchen, die ungefähr so aussehen wie die Uniformjacken der alten DDR-Grenzer. Die Jacken zu tragen ist Pflicht. Es dient zur Identifikation mit der Firma und außerdem soll damit verhindert werden, daß Firmenfremde im Werk rumlaufen. So steht's in der Betriebsvereinbarung zur "Samsung-Kleidung".

In jedem Gang gibt es unzählige Aushänge und Wandzeitungen. Es geht um Qualität, Produktionsziele, Ordnung, Sauberkeit usw. "Halte Deinen Arbeitsplatz sauber, er ist 8 Stunden am Tag Dein Zuhause", "Qualität produzieren – nicht nur Qualität prüfen!", "Der Mensch ist zur Bewegung und nicht zum Sitzen geschaffen" und ähnlicher Unsinn. Aber auch fast schon esoterisches Zeug: "Bright & Balanced" (glänzend und ausgeglichen), u.a. soll es eine Balance zwischen "Modernisierter Fertigung" und einer "zufriedenen Belegschaft" geben. Und an jeder Tür und vor jeder Abteilung hängen die "Produktionsvorgaben" für den jeweiligen Monat u.a. mit den Zielen: Erhöhung der Ausbeute, Verbesserung der Qualität, Senkung der Fehlzeiten (im März auf unter 3 Prozent!) usw. Es gibt große Tafeln, auf denen genau aufgelistet ist, was einzelne Teile kosten. Die Kosten werden dann mit den Kosten für Kaffee, Zigaretten o.ä. verglichen. Also sorgfältig mit unseren Produkten umgehen! An jedem Lichtschalter ist ein Aufkleber: Strom sparen. Und an jedem Wasserhahn ein Kleber: Wasser sparen.

Lohn und Arbeitszeit

Gearbeitet wird bei Samsung (wie schon vor der Wende im WF) in drei Schichten an Produktionslinien und zwar ohne Akkordzuschlag. Seit Anfang des Jahres wird Prämienlohn gezahlt. Das heißt aber im Osten und bei Samsung nicht dasselbe wie im Westen. Unterm Strich werden die meisten weniger Lohn bekommen als vorher. Ich war im Werk, als es noch nicht klar war, was der neue Prämienlohn bringt. Es gab aber einen Haufen neuer Arbeitsverträge, in denen die Leute eine Lohngruppe runtergestuft wurden. Für die Prämienzuteilung werden die Arbeiter in Teams eingeteilt von etwa 7-8 Leuten. Dann gibt es einen Schlüssel, nach dem festgelegt ist, wieviele Arbeiter gar keine Prämie bekommen und wieviele Arbeiter soundsoviel Prozent bekommen. Wie gesagt, als das aktuell war, war ich nicht mehr im Werk, aber die meisten waren sehr skeptisch.

In den Abteilungen gibt es permanent zu wenig ArbeiterInnen (Stressproduktion). Meistens fehlen Springer und Einrichter. Die Neuingestellten haben alle niedrigere Lohngruppen und Drei-Monats-Verträge. Die allermeisten von ihnen sind noch innerhalb der ersten drei Monate wieder draußen. Entweder sie werden wegen Krankheit o.ä. gekündigt, oder sie

bleiben einfach weg. Es gab auch Leute, die sind nach wenigen Stunden oder nach einem Tag wieder gegangen. In meiner Abteilung haben in der A-Schicht innerhalb von neun Monaten zehn Leute angefangen. Von denen ist nur einer geblieben. Und das bei zehn Festangestellten.

Die Arbeitsorganisation

Über die Arbeitsorganisation bin ich mir nie richtig klar geworden. In den Aushängen geistern dauernd Begriffe wie Gruppenarbeit, Teamwork, Lean production, Kaizen usw. rum. Auch der Abteilungsleiter heißt offiziell Gruppenleiter. Aber der Betriebsrat hat auf Nachfrage definitiv erklärt, daß es keine Gruppenarbeit gibt. Die Kollegen haben da auch nicht durchblickt.

Ich denke, daß das alles im Umbruch ist. Im Sommer, wenn die neuen Maschinen und Linien installiert sind, wird es sicherlich klarer. Dann sollen auch die Taktzahlen runtergesetzt werden. Und dann wird es sicher auch einige Veränderungen im Arbeitsalltag geben.

Ich habe in einem Reinluftraum gearbeitet – mit Luftschieleuse, Schutzzügen und Haarnetz. In meiner Abteilung werden die Bildschirme beschichtet. Es gibt zwei Produktionslinien. An jeder Linie arbeiten offiziell ein Anlagenführer, ein Einrichter, ein Farbeinrichter, vier Kontrollarbeiter und ein Springer. Außerdem wursteln noch drei Chemiker und eine Technologin rum. Die Chemiker haben zwar zu DDR-Zeiten mal studiert, sind aber eher mit Chemiefacharbeitern vergleichbar. Sie haben sich auch eher wie ganz normale Arbeiter verhalten. Die Kontrollarbeit ist am geringsten eingestuft. Wenn es in der Produktion Stress gibt, wird er regelmäßig von Einrichtern und Anlagenfährern an die Kontrollarbeiter weitergegeben. Seit der Übernahme durch Samsung hat sich das Verhältnis zwischen Anlagenfahnen und einfachen Arbeitern ständig verschlechtert. Es sind dieselben Leute wie vor der Übernahme, aber Samsung hat den Druck auf die Anlagenfahre und Einrichter enorm erhöht. Diesen Druck geben sie nach unten weiter. Damit wird eine Spaltung erzeugt, wie es si in einem DDR-Betrieb nicht gab. Obwohl die Kontrollarbeit sehr stupide ist, sind die Kontrollarbeiter alles ausgebildete Facharbeiter. Sie müssen die Fehler in der Beschichtung erkennen und einordnen. Es gibt je nach Arbeitsplatz bis zu 30 verschiedene Fehler, die auch genau benannt werden müssen. Fehler werden mit Nummer in ein Terminal eingegeben. So kann der Produktionsprozeß zentral überwacht werden. Wenn der gleiche Fehler öfter vorkommt, sind ziemlich schnell Einrichter oder Technologen da. Ich war überrascht, wie genau die Überwachung funktioniert. Als ich mal ein paar Fehler durchgelassen habe, gab's kurze Zeit später Ärger mit dem Gruppenleiter. An jeder Station gibt es mindestens eine Fehlerkennung, die auf überschene Fehler am vorherigen Arbeitsplatz hinweist.

Da es so gut wie keinen finanziellen Anreiz gibt, seine Arbeit gut auszuführen, funktioniert das Ganze nur durch Terror. Die Arbeiter sind in der Regel alle vor der Wende schon im WF gewesen. Nach der Wende stand das Werk angeblich lange auf der Kippe. Sie sind also mit folgender Situation konfrontiert: gerade noch die Pleite abgewendet, 8200 Entlassungen innerhalb der letzten vier Jahre. In den Nachbarbetrieben haben mal 60.000 Leute gearbeitet – jetzt sind's noch 6000. Und draußen warten ja nicht gerade berausende Alternativen. Jedenfalls kann jeder Geschichten von vergeblicher Jobsuche

erzählen. Das ist also das allgemeine Gefühl, mit dem Rücken zur Wand zu stehen, bzw. eingekreist zu sein.

Zusätzlich gibt es die technische Kontrolle, und dann schleichen häufig undurchsichtige Leute durch die Hallen, von denen keiner so recht weiß, wer das ist und was die machen. Vor den Koreanern wurde ich gleich am Anfang gewarnt. Bei denen wisse man nie, welche Position sie hätten. Durch die Einheitskleidung ist es eh schon schwer zu erkennen. Trotz dieser Aura von unnahbarer Arroganz, was die koreanischen Vorgesetzten umgibt und was noch dadurch verstärkt wird, das sie überwiegend nicht deutsch sprechen können, reagieren die Arbeiter, die ich kennengelernt habe, keinesfalls mit rassistischen Vereinfachungen.

Die repressive Überwachung der Arbeiter nahm in der kurzen Zeit, in der ich im Werk war, stetig zu. Ich denke, das wird im Sommer noch schlimmer werden. Wobei die Firmenleitung den Bogen auch nicht zu weit spannen kann. Wie gesagt, es gibt nicht viel materielle Anreize, in dieser Firma zu arbeiten.

In meiner Abteilung arbeiten fast nur Männer - pro Schicht ca. 15 - zwischen 20-35 Jahren. Es gibt nur zwei Frauen - Technologinnen. Nur die Chemiker sind älter.

Erhöhte Repression und alte Gewohnheiten

Ich habe noch nie in einer Fabrik gearbeitet, in der die Kollegen so tief verbittert waren und damit auch nicht hinterm Berg gehalten haben. Die Arbeiter haben mir von Anfang an ganz unverblümt ihre Unzufriedenheit erzählt. Sonst findet man ja in jeder Abteilung Leute, die es im Grunde alles gar nicht so schlecht finden. Bei Samsung habe ich keinen einzigen gefunden - auch von den höher qualifizierten Einrichtern und Chemikern nicht. Zum Teil ist das auf die allgemeinpolitische Situation zurückzuführen - das Gefühl, als Ossi ständig betrogen zu werden. (siehe Tarifvertragsbruch im Mai '93)

Aber es ging auch speziell um Samsung. Einhellig haben fast alle gesagt, daß es seit der Übernahme durch Samsung alles schlechter geworden sei. "Das ist Frühkapitalismus hier", hat mir ein Kollege mal gesagt. Das Verhalten der Arbeiter ist widersprüchlich. Zum einen sind sie bemüht, gut zu arbeiten - aus Angst um ihren Arbeitsplatz und sicher auch aus diffusem Produzentenstolz. Die Angst um den Arbeitsplatz hat eine doppelte Bedeutung. Sie haben die Erfahrung von zahllosen Entlassungen gemacht und zusätzlich sind eben auch ein Haufen Betrieb komplett dicht gemacht worden. Wenn sie also sich bemühen, gut zu arbeiten, dann sicher auch, um die Firma zu erhalten.

Andererseits haben sie sich im Arbeitsalltag durch rigides Anwenden alter Gewohnheitsrechte Dinge bewahrt, die man wohl so nirgends (mehr) antrifft. Ein Teil der Malucher duscht während der Arbeitszeit kurz vor Feierabend. Die Pausenzeiten teilen sich die Arbeiter selber ein, obwohl die Firmenleitung permanent versucht, geregelte Pausenzeiten durchzusetzen. Durch die selbst geregelte Pauseneinteilung kommt man, je nach dem, wie viele Springer da sind, auf bis zu 1 Stunde 40 Minuten Pause je Schicht. Dadurch wird allerdings die Laufzeit der Linien nicht beeinträchtigt. In anderen Abteilungen organisieren sie die Pausen so, daß man pro Stunde Arbeit 15 Minuten Pause hat usw.

Die Kollegen erzählen viel von früher. Da gab's in den Abteilungen so viele Leute, daß man bis zu vier Stunden Pause am Tag hatte. In Spät- und Nachschicht wurde oft nur so lange gearbeitet, wie der Meister da war. Ansonsten hat man eben "die Angel in die Spree gehängt" oder acht Stunden Karten gespielt.

Obwohl die Arbeiter offensichtlich bemüht sind, Qualität zu produzieren, identifizieren

sie sich weder mit der Firma noch mit der Arbeit. Als ich mal im Pausenraum die "Produktionsvorgabe für März" angesprochen habe, haben alle nur gelacht. "Interessiert mich nicht", "Produktionsziel? Acht Stunden täglich - alles andere ist mir egal".

Der Umgang mit Krankfeiern ist recht locker. Teilweise finden sogar Absprachen statt. Für die Arbeiter ist es besser, wenn gleich drei oder vier krank machen. Dann wird unter Umständen eine Linie abgeschaltet. Bei ein bis zwei Krankmeldungen ist der Stress für alle größer. Trotzdem habe ich noch kein böses Wort wegen Krankfeiern gehört, was in manchen Firmen nicht so selbstverständlich ist.

Als Faustpfand gegen eine weitere Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen sehen die meisten individuelle Kündigung, Krankmachen, keine Überstunden mehr. Die Möglichkeit zum kollektiven Kampf sehen sie nur sehr begrenzt.

Am Anfang habe ich mal ein paar Aufkleber im Betrieb verklebt. Daß diese bei Schichtende weg waren, fand ich nicht weiter ungewöhnlich. Aber gestaut hab ich dann, als zwei dieser Aufkleber am nächsten Tag an anderen Stellen wieder auftauchten.

Streikerfahrungen

Es gab seit der Wende verschiedene Streiks. Aber die wurden von den Arbeitern wahrscheinlich unterschiedlich wahrgenommen. Und keiner hat mir zusammenhängend eine konkrete Streikgeschichte des Betriebes darlegen können. Nach den diversen Erzählungen gab es am Tag der Maueröffnung praktisch eine Arbeitsniederlegung ohne Streikerklärung. Die Malucher sind einfach gegangen oder nicht zur Schicht erschienen oder um Stunden zu spät. Die einen erzählen das ganz lapidar, andere schwärmen mit Leuchten in den Augen von großen Arbeitermassen, die aus allen umliegenden Werken durch Oberschöneweide gen Westen gezogen sind.

Danach gab es mindestens einen Streik gegen die Entlassungen. Aber außer daß er erfolglos war, wollte mir keiner was dazu erzählen. Am widersprüchlichsten war die Darlegung des Streiks im Mai '93 gegen den Tarifvertragsbruch. Die Chemiker erzählten mir in Einzelheiten, wie toll es gewesen sei. Die Linien wurden angehalten, dann sind alle raus, auch die, die von der Geschäftsleitung unter Druck gesetzt worden waren. 95 Prozent haben sich beteiligt, und draußen haben schon die Kollegen aus dem Westen gewartet, und gemeinsam habe man dann mit Fahnen usw. demonstriert.

Als ich mit anderen Qualitätsarbeitern darüber geredet habe, hat sich das ganz anders angehört. "Streik? - das war doch kein Streik! Zwei Stunden vor Schichtschluß sind die Maschinen abgestellt worden. Dann sind alle mit Bussen zum Kundgebungsplatz gefahren. Nicht mal ne Demo gab's. Die meisten sind eh nach Hause gegangen. Und das, wo andere wochenlang gestreikt haben."

Während die Chemiker auch spontan von einem erfolgreichen Streik sprachen und erst auf Nachfrage kleinlaut die Zweifelhaftigkeit des Erfolgs eingestanden, sprachen die Qualitätsarbeiter gleich von Verarschung.

Die aktuellen Tarifauseinandersetzungen im IG-Metall-Bereich haben niemanden sonderlich interessiert. Einige haben gesagt, die Angleichung auf 100 Prozent funktioniert so, daß die Löhne im Westen so lange sinken, bis sie auf dem Stand des Ostens sind.

Von Gewerkschaften und Betriebsräten sind sie völlig abgegessen. Einer der freigestellten Betriebsräte war schon vor der Wende Betriebsrat. Die erzählen immer die Geschichte, wie der in den Pausenraum reinkam, während im Radio RIAS lief. Da hat der versucht, das Radio auszuschalten. Als das nicht klappte, hat er den Stecker rausgezogen und wolle das

Radio mitnehmen. Das gab fast ne Schlägerei mit den Arbeitern. Und so einer ist immer noch Betriebsrat!

Resümee

Offensichtlich befindet sich das Werk noch in einer Übergangssituation. Der Umbau der Fabrik zu Gruppenarbeit und Lean production ist in Vorbereitung. Sicherlich wird dieser Umbau nicht reibungslos über die Bühne gehen. Ob aber die ArbeiterInnen bei Samsung aus ihrem massenhaften und zähen Festhalten an alten Gewohnheiten einen offensiven Kampf, der über diese Verteidigung alter "Rechte" hinausgeht, entwickeln wird die nächste Zukunft zeigen. Entschieden ist noch nichts.

DIE RHEINPFALZ 4.3.94

Bauern gegen Arbeitslose als Erntehelfer

Verbände lehnen Gesetzentwurf ab - Bauernpräsident Schindler appelliert an Kohl

MADNZ (rt). Nicht akzeptabel ist für die Bauernverbände Rheinland-Pfalz Süd und Hessen der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes, demzufolge Arbeitslose zu Erntehelfern herangezogen werden sollen. In einer gemeinsamen Erklärung wehren sie sich gegen ein solches „existenzbedrohendes Experiment.“

Die Realisierung dieses Vorschlags würde nach Ansicht der Verbände die „gewachsenen und funktionierenden Beziehungen“ zwischen langjährig eingearbeiteten Erntehelfern aus Osteuropa und den auf sie angewiesenen Arbeitgebern zerstören. Die seit Jahren zu den Tarifbedingungen

der Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Saisonkräfte seien motiviert und leisteten gute Arbeit. Dagegen habe man mit Bemühungen der Arbeitsverwaltung, Arbeitslose in die Landwirtschaft zu vermitteln, schlechte Erfahrungen gemacht: „Entweder erschienen sie überhaupt nicht am Arbeitsplatz oder es fehlte Ihnen an der ausreichenden Motivation oder am Arbeitswillen.“ Angesichts der Ernte- und Lieferabhängigkeit der landwirtschaftlichen Sonderkulturbetriebe müsse auf die Arbeitskräfte aber unbedingt Verlaß sein. Würde die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht, könne dies für die Betriebe fatale Folgen haben. Die

Verbände befürchten auch, daß die Arbeitgeber aus Existenzangst in die Illegalität getrieben werden könnten, wenn sie die vertrauten Saisonhelfer aus Osteuropa nicht mehr, legal über Arbeitsmärkte vermittelt, anfordern könnten.

Analog zu dieser Stellungnahme appellierte Bauernpräsident Norbert Schindler eindringlich an den Bundeskanzler. Der geplante Gesetzentwurf sei zwar in vielen Dienstleistungsbereichen ein Weg, um langfristig Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß einzuziehen, für die Landwirtschaft aber sei er schädlich und „an der Realität vorbeigedacht“, schrieb Schindler an Kohl.

Demonstrationsbericht aus Bremen:

SPRING IS HERE AND THE TIME IS RIGHT FOR FIGHTING IN THE STREETS - Antifa-Randale im Ostertorviertel

Am Freitag, 11. März 1994 sollte in Bremen eine Veranstaltung der "Republikaner" im in der Innenstadt gelegenen "Scandic Crown Hotel" stattfinden. Der Bundestagsabgeordnete Rudolf Krause, der im Mai letzten Jahres aus der CDU aus- und in die Reps eintrat und nun erster Rep-Faschist im Bundestag ist, sollte einen Vortrag auf Einladung des Bremer Rep-Landesverbandes halten. Daraus wurde nichts. Unter dem Motto "Wir schicken Nazi-Krause wieder nach Hause !" gab es eine Antifa-Mobilisierung gegen die Nazi-Veranstaltung. Aufgerufen zur Blockade hatten die Autonome Antifa, das Anti-Rassismus-Büro (ARAB), die Kurdistan-Gruppe und das Antifa-Komitee 9.11.. Die "Scandic Crown Hotel"-Kette sagte die bereits zugesagten Räumlichkeiten wieder ab, die die Reps privat, nicht als Partei, angemietet hatten. Die Demo traf sich dennoch wie geplant nachmittags in der Innenstadt. Dies, weil erstens nur ein Teil der DemonstrantInnen von der kurzfristigen Absage gehört hatten und zweitens um eine etwaige Veranstaltung an einem Ausweichort ebenfalls blockieren zu können. Am Treffpunkt hatten sich bei schönem Wetter ca. 500 Leute, vor allem Jugendliche, zusammengefunden.

Als klar ist, daß die Reps auch keinen Ausweichort gefunden haben, zichen die 500 nach Eintreffen eines Lautsprecherwagens Richtung "Scandic Crown Hotel". Für die meisten sah es so aus, als ob das jetzt ne kurze Alibidemo geben würde, damit die Leute nicht umsonst gekommen sind. Transparente gab es kaum, Ketten auch nicht, es war mehr wie so eine dieser tausenden von sinnlosen, weil politisch nicht kommunikativen Antifa-Demos, wo mensch zum 1000. Mal "Hoch die internationale Solidarität" skandiert und die PassantInnen sich nicht angesprochen fühlen.

Doch gleich beim "Scandic" übernehmen jüngere Leute, vor allem SchülerInnen, das Ruder. Das Hotel wird mit Böllerlern und Farbeim beworfen, was in der losen Demo mehrheitlich mit einem Stimmungsaufschwung beantwortet wird. Eine kurze Diskussion, ob das Hotel für die Absage nicht "belohnt" werden sollte, wird mit dem Argument beiseite gewischt, daß die (und alle anderen potentiellen Fascho-Wirte) sich dann ja vorstellen könnten, was passiert wäre, wenn die Faschos TATSÄCHLICH getagt hätten ...

Die Bullen waren davon ausgegangen, daß keine Reps-Veranstaltung auch keine Bullen nötig machen würde und so waren sie von Anfang an äußerst spärlich vertreten (Streifenwagen, Bulli). Als die Demo auf einem Platz in der In-

nnenstadt ankommt, fliegen erst einmal 2 Banken ein. Der Lauti verläßt die Demo. Vorbei an der Bullenwache, wo Zivi-Bullen-Autos abgestochen, entglast und sonstwie malträtiert werden gehtes (jetzt völlig ohne Bullen in Sicht) in Richtung "Ostertorviertel". Die DemonstrantInnen sind inzwischen auf ca. 200 - 300 Leute geschrumpft, die vor allem aus Schülern und SchülerInnen bestehen. Gerade von den Leuten aus der autonomen Szene haben sich inzwischen viele aus dem Staub gemacht. Die Kids gehen davon unbeeindruckt weiter mit einer gleichermalen chaotischen wie auch energischen Wut, Power und Entschlossenheit relativ zielstrebig auf Bonzenautos im "Viertel" los (das "Viertel" ist ein Stadtteil, den die Szene als "ihren" ansieht, wo viele AusländerInnen, Linke und Drogis leben bzw. sich aufzuhalten). Zwischendurch werden Straßenbahnen angehalten und mit Antifa-Parolen besprüht, Müllcontainer und anderes auf die Straßen geschoben bzw. geworfen - die Bullen kommen nicht und die Leute fangen an, vieles, was irgendwie Scheiße ist, plattzumachen. Kaum zu glauben, daß aus den Reihen der vor allem 13-18 jährigen Schüler/Schülerinnen kein "pazifistischer" Widerspruch kommt, sondern alle völlig gelassen bis wohlwollend reagieren. Während die eingesessene Szene nicht mal in der Lage war, einen EA zu stellen (abgesehen von sonstiger Infrastruktur wie Megas, Funken usw.), wurden die militanten Kids in den Tagendanach von vielen "Autonomen" nurals Problem gesehen. In den Diskussionen kamen die schwungvollen Kids, die sich optisch irgendwo zwischen HipHop-Baseballkappenträgern, langhaarigen Pali-Tuch-Heavies, Hardcore-Kapuzenpollis, Henna-gefärbten oder Docks-tragenden, angegrüßten SchülerInnen bewegten, nur als "Problem" vor: wie mensch ihnen (unsere) "Inhalte" zu kommen lassen könnte, wie so ne Randale entstehen konnte, obwohl sie nicht geplant war, wie mensch die nächste Demo wieder organisierte (und da war immer der Unterton: geordneter bzw. ohne Randale) stattfinden lassen könne ... Die Ostertorrandale verursachte laut Presse 250 000 DM Sachschaden (vor allem an Bonzenkarossen), trotzdem gab es keine ausgesprochene Presseschere danach (und auch keine Fotos). Die Szene hat sich über ihre (stille) "Distanzierung" selbst den Zugang zu den Kids versperrt, die sicher nicht zum letzten Mal aufgetaucht sind: Keine/r wußte so richtig woher sie kamen und woher ihre Power kam; sicher ist nur, daß die Demomobilisierung vor allem an den Schulen lief. Was sie weiterhin machen werden wissen wir nicht, aber daß das ne spaßige Demo mit Ihnen war ist keine Frage. Nach der Demo ist dann auch ein Transpi aufgetaucht mit folgendem Text: "Wir sind keine Deutschland-Fans, sondern Politiohligans: 31.12.: 1:0 / 11.2.: 1:1 / 11.3.: 2:1" ... (am 31.12. gab es traditionelle Silvesterrandale; am 11.2. einen brutalen Bulleneinsatz gegen eine Demo des ARAB "Gegen Sozialabbau und Rassismus").

Auszüge aus der Potsdamer Hausbesetzer-Zeitung

"Das Jahr 1994 ist kein Jahr für politische Softis" (Theo Weigel)

Hausbesetzungen in Potsdam – Chronologie der Ereignisse

Mitte der 80er werden Wohnungen und auch Häuser besetzt (Holländerviertel)

11.12.89: erste öffentliche Hausbesetzung der Dortustr.65 – verbunden war damit die Forderung nach einem unabhängigen Jugendzentrum

10.2.90: mit einem Straßenfest wird das Infocafé Dortustr. 65 eröffnet

Februar 90: Besetzung der Dortustr. 8 – ein halbes Jahr später nehmen die Leute das Angebot von Spekulanten an und ziehen in Ein- und Zweiraumwohnungen.

Sommer 90: die "Fair-concert"-Gruppe besetzt die Fabrik Gutenbergstr.105. Es folgen viele Arbeitseinsätze.

August 90: Dortustr.5 besetzt

September 90: Gutenbergstr.22 besetzt

Januar 91: Gutenbergstr. 107, 108, 14 und das Dreimädelhaus in der Hermann-Etlein-Str. werden besetzt

16. Februar 91: Spekulanten versuchen, mit einer Kampfsportgruppe die Gutenbergstr. 107 zu räumen. Besetzer und Polizei können das verhindern.

März 91: Besetzung der Berlinistr 16 und der Gutenbergstr. 95. Mit verschiedenen Aktionen wird versucht, ein Gespräch mit dem Magistrat zu finden: Frühstück vor und im Magistratsgebäude, Straßenblockaden. Alle Häuser erarbeiten ein Wohn-, Lebens- und Arbeitskonzept. Über die Konzepte wird nie geredet, die Gespräche bleiben ergebnislos.

Anfang Juni: Straßenfest in der Gutenbergstr. Der Kinderspielplatz neben der Dortusr.65 wird eröffnet. Erste Ausstellung in der Gutenbergstr. 95. Kneipeneröffnung Gutenbergstr.22

20.6.91: Demonstration gegen Kriminalisierung der Hausbesetzer.

Juli 91: Nacktdemo durch die Innenstadt. Durch den großen öffentlichen Druck erklärt sich der Magistrat bereit, vor jeder Räumung Verhandlungen mit den Menschen aus dem entsprechendem Objekt aufzunehmen. Es soll um akzeptable Ausweichobjekte gehen. Weiterhin werden keine "Neubesetzungen" mehr geduldet.

1. September: Eröffnung der ersten Hausbesetzerausstellung.

Der Magistrat verbietet Theateraufführungen und Lesun-

gen von Schauspielern des Hans-Otto-Theaters in besetzten Häusern. »Aufführungen in besetzten Häusern stören den inneren Frieden Potsdams«, heißt es in einem Brief an den Intendanten des Hans-Otto-Theaters.

Den 18 Menschen (darunter 3 Kinder) aus der Gutenbergstr. 107 wird ein 4-Zimmer-Bungalow in der Berliner Str. angeboten.

Niemand bemüht sich noch um Gespräche mit dem Magistrat. Es folgen mehrere Aktionen, um ein geeignetes Ausweichprojekt zu bekommen.

11.11.91: versuchte Entwendung des »Stadtschlüssels«; Interhole- und Cecilienhofbesetzung; Provokative Spaziergänge durch Sanssouci.

Januar 92: Besetzung einer Villa in der Hebbelstr.

Frühjahr 92: besetzte Wohnungen in der Lindenstr. 14 werden geräumt. Am selben Tag wird die Dortustr.3 besetzt.

8.5.93: Uraufführung des ersten gemeinsam mit Schauspielern produzierten Theaterstücks.

Anfang Juni: Puschkinallee 12 wird besetzt.

13.7.92 Puschkinallee 12 wird geräumt: Demonstration.

Ende September: Besetzung der Mendelstr. 14 und 15 (Häuser des Bundesvermögensamtes) und ein Haus in der Helene-Lange-Str.

Frühjahr 93: Besetzung einer Villa in der Höhenstr. Wenige Wochen später wird das Haus auf Veranlassung einer Spekulantenfirma geräumt. Dieselbe Firma (rentaco) besaß die Fabrik in der Gutenbergstr. 105.

9.7.93: Neubesetzung der Fabrik

22.9.93: Räumung der Fabrik

23.9.93: Besetzung der Hegelallee

22.2.94: Räumung der Hegelallee

Demonstrationen am 23.2., 25.2., 5.3., und Fahrraddemo am 12.3.94.

Ein Lachen wird es sein, das Euch begräbt

1. Akt

Eigentlich versteht niemand, wie es möglich sein kann, daß ein paar Leute, von Beruf Makler oder besser gesagt Spekulant, damit, daß sie Häuser und Grundstücke kaufen und verkaufen und wieder kaufen und wieder verkaufen, viel Geld verdienen. Warum lassen wir zu, daß solche Leute Lebensräume zur Ware degradieren, sie hin und her schieben, um die Preise in die Höhe zu treiben, Menschen aus ihren Wohnungen vertreiben, Häuser abreißen oder luxussaniieren?

Eine dieser "Immobilienmaklervereinigungen" ist die Rentaco. Sie ließ Anfang Juli 1993 das Besetzte Haus in der Höhenstr. 4 von etwa 100 Bullen räumen. Die 20 Besetzer flohen auf die Straße, und inzwischen ist das Haus luxussaniert. Wenn man sich das Gebäude betrachtet, wird einem sofort klar, daß, wie bei allen Objekten, die in den letzten 2 Jahren saniert wurden, niemand außer irgendwelchen Banken oder Versicherungen auch nur annähernd die Miete dafür aufbringen kann. So ist es auch weniger ein Racheakt, als vielmehr die logische Schlußfolgerung, einer solchen Firma finanziellen Schaden zuzufügen, um sie aus dieser Stadt zu vertreiben. Ein Versuch, die Rentaco bluten zu lassen, war die Besetzung der ehemaligen Tanzfabrik.

2. Akt

Schon längere Zeit vorher hatte die Rentaco, der das Grundstück ebenfalls gehörte, versucht, über baupolizeiliche Sperrungen, Kündigungen usw., die Tänzer aus der Fabrik zu vertreiben. Letztendlich erreichten sie, daß diese Anfang Juni 93 in eine größere Garage auf dem Waschhausgelände umzogen.

Am 9. Juli 1993 besetzte eine Gruppe von jungen Leuten die Fabrik erneut. Einerseits sollte der, für die Kiezstruktur wichtige Treffpunkt sowie der einzige unkommerzielle Konzertbetrieb in Potsdam erhalten bleiben. Und andererseits eine Bauverzögerung des von der Rentaco geplanten Glitzereinkaufsparadies mit Glaspavillon erreicht werden. Denin niemand braucht 50 m von der Brandenburger Straße entfernt noch eine Einkaufsmeile.

In den folgenden Monaten wurden eine Frühstückskneipe eingerichtet und eine Reihe von Konzerten und Kinoabenden veranstaltet. Die Fabrik blieb die einzige Alternative zum wesentlich teureren Waschhaus oder Lindenpark. Anfang September 93 berichtete die Gerüchteküche, daß in nächster Zeit eine polizeiliche Räumung anstünde. Im Vorfeld dieses Termins wurde viel über eventuelle Schutzmaßnahmen wie Luftballonbarrikaden oder Sitzstreiks diskutiert. Doch nahmen uns die Bullen die Entscheidung aus der Hand. Als sie nämlich am 22.9.93 gegen 7.30 Uhr in martialischem Aufzug auf die ca. 30 sympathisierenden Sitzblockierer eindroschen, war klar, daß Kerzen, Sitzblockaden oder Luftballonbarrikaden keine geeigneten Mittel gegen geldgierige Spekulanten und ihre grünen Büttel sind. Am Abend wurde das Gelände neubesetzt, und Haß und Ohnmacht entluden sich in einem feurigen Spektakel gegen die nach 10 Min. anrückende Polizei. Bei der Räumung und in Laufe des Tages und der Nacht wurden ca. 80 Personen verhaftet. Die angrenzenden Besetzten Häuser Gutenbergstraße 104, 106, 14 und Lindenstr. 10 wurden durch Randalieren der Bullen zum Teil erheblich zerstört. Es gab zahlreiche Verletzte. Die Fabrik ist zu einem Ganzteil abgerissen und erinnert im Moment eher an einen Kriegsschauplatz als an eine Baustelle.

3. Akt

Am 23.9.93 fand eine Demonstration von 500 Sympatisanten statt, die nicht akzeptieren wollten, daß irgendwelche Geldsäcke einfach alles plattmachen lassen, was ihnen bei ihren profitorientierten Unternehmungen in Wege steht. Aus dieser Demo heraus wurde die Hegelallee 5 besetzt. In ihr entstand ein ähnlich geartetes multikulturelles Zentrum mit Café, Kneipe, Konzerten, Theater und Töpfwerkstatt. Noch am selben Abend gab Baustadtrat Kaminski bekannt, daß er keine Kompromisse eingehen werde und die Besetzung nicht akzeptiere. Leider erntete er dafür lediglich Pfiffe und Buh-Rufe und keine Ohrfeigen der zuhörenden Menge.

Wie schon einmal 1 1/2 Jahre zuvor, verabschiedeten die Hausbesetzer Potsdams eine gemeinsame Resolution, in der die Gesprächsbereitschaft, zur Lösung des Wohnraumproblems, mit dem Magistrat bekundet wurde. Aber es waren essenziell wichtige Forderungen, wie zum Beispiel eine Nichträumungsgarantie für alle Häuser damit verbunden. Der Magistrat verhielt sich wie in den letzten Jahren. Erklärte sich für nicht zuständig und ließ die Verhandlungen platzen bevor sie begannen. Dabei unterstellt die Herren uns, wir seien nicht bereit und willens. Somit schoben sie uns den Schwarzen Peter in die Schuhe.

Für den 5. März wurde vom Verein "Spaß am Leben" in Potsdam eine Demonstration angemeldet, um gegen die Räumungen besetzter Häuser und die Politik des Magistrates zu protestieren. Diese Demonstration entwickelte sich zu einer Kraftprobe zwischen den Demonstranten und dem Magistrat. Die Menschen, die diese Veranstaltung polizeilich angemeldet hatten, sind von der Polizei stark unter Druck gesetzt worden, und zwar sollten sie die Anmeldung zurückziehen. In alter Stasi-Manier wurde der Arbeitgeber eines Vereinsmitglieds von der Polizei angerufen und aufgefordert, seinen Angestellten wenn nötig dazu zu zwingen, die Anmeldung zurückzuziehen. Außerdem wurden die Anmelder mit Flugblättern terroristischen Inhalts erpreßt, die angeblich in Hamburg, München, Rostock und Berlin aufgetaucht sein sollten. Bis heute ist nicht einer dieser Terroraufrufe irgendwo aufgetaucht. In den Medien verbreitete Baustadtrat Kaminski die Lügen, "Es wäre doch alles in Ordnung, es würde mit allen Besetzern verhandelt usw. - also eine Protestdemonstration wäre doch unnötig."

Dann wurden sowohl die Demonstration als auch eine Kundgebung polizeilich verboten. Zeitungen verbreiteten eine bürgerkriegsartige Stimmung. Als am 5. März dann doch eine Kundgebung stattfand, war der ganze Platz von Bullen umzingelt, die ständig Leuten verboten haben, den Platz zu betreten. Überraschend boten die Bullen ein Mikro an, damit endlich Reden gehalten werden konnten. Es wurden dann auch Reden gehalten, aber nicht über die Lautsprecheranlage der Bullen. Bermerkenswert waren die vielen Schüler und andere "Nichtbesetzer" auf der Kundgebung, und es waren keine Hamburger da. Nach den Reden bildete sich ein Demonstrationszug, der dann recht schnell von Bullen durch Tränengas- und Knüppelleinsatz gestoppt wurde. In diesem Moment hatten alle Demonstranten die Hände unten (auf wirklich jedem Pressefoto gut zu erkennen) und es flogen keine Steine. Silvesterknaller flogen. Doch was sind Knaller im Vergleich zu Schlagstöcken und direkt ins Gesicht gespritztem Tränengas. Diese Knaller können keinem Bullen mit Helm, Schild und Plastikpanzerung einen Schrecken einjagen. Danach sperren starke Bullenkräfte die Kreuzung von 3 Seiten. Der Demozug konnte nur noch in eine

Richtung weitergehen, zur Brandenburger Straße. Die durch Knüppelei und Tränengaseinsatz aufgeputschten Demonstranten rannten los, und erst dann flogen Steine und klirrten Scheiben. Die Seitenstraßen der Brandenburger waren aber wieder abgesperrt, damit die Demonstranten auch ja den ganzen "Broadway" hochrennen mußten.

Dieser Ablauf läßt darauf schließen, daß es in Potsdam Politiker gibt, die diesen Krawall wollten und brauchten. Warum? Um nach diesem Krawall eine Medienkampagne zur Verleumdung der Besetzer starten zu können. Weil diese Politiker Angst haben. Angst wovor?

Diese Leute, wie z.B. Gramlich und Kaminski und ihre Freunde, die Investoren, erinnern sich genau (an die Fabrik?). Als die Kultur- und Tanzfabrik Gutenbergstr. 105 geräumt wurde, gab es in der Bevölkerung viel Sympathie für die Besetzer und harte Kritik am Magistrat. Sie haben Angst davor, daß sich viele Schüler (in der Presse "Minderjährige" genannt) für ihre Bedürfnisse einsetzen und zusammen mit Hausbesetzern, um ihre Rechte wirklich kämpfen. Es könnten ja auch Menschen, die bisher für den Staat ungefährlich waren, dazu angeregt werden, sich zu wehren. Auch als Sammelbecken für Unzufriedene ist die Hausbesetzerszene gefährlich, denn die Mieten, Preise, Steuern steigen, aber die Reallöhne sinken. Arbeitsplätze aber verschwinden einfach. Neue Wohnungen werden kaum gebaut und alte Häuser vergammeln weiter. Da ist es doch kein Wunder, wenn Häuser besetzt werden, von unterschiedlichsten Leuten besetzt werden, z.B. wurden in der Zeit vom 1.1.94 bis zum 22.2.94 65 Räumungsklagen gegen Mieter vom Amtsgericht Potsdam gemeldet. 8 Familien müssen bereits im Obdachlosenheim wohnen (diese Angaben machte der Sozialamtsleiter Loewke am 3.3.94 in der MAZ). Wie heißt denn nun wirklich das Problem in der Potsdamer Innenstadt?

Dabei stören die Besetzer, weil die durch hohe Mieten nicht vertrieben werden können und auch weil sie die Preise bzw. Profite drücken. Die Hausbesetzer versuchen, sich gemeinsam ihr Leben billiger zu gestalten. Sie betreiben ihre eigenen Kneipen, Veranstaltungsorte und Läden. Es ist ja auch schon passiert, daß sich die Besetzer mit den umzusiedelnden Mietern gemeinsam gegen die Vertreibung wehren, z.B. nach der Fabrikräumung, auf Kundgebungen, bei der Besetzung der Hegelallee 5, durch die Gründung einer Bürgerinitiative gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen - usw.

Davor haben die Herren Angst. Daß die Menschen hier ihre gemeinsamen Feinde erkennen und zusammen stark genug sind, diese Feinde in Wort und Tat anzugreifen. Deswegen ist es für den Magistrat / die Politiker/, die Investoren so wichtig, die Besetzer und die Mieter (die Ossis - die Wessis, die Arbeiter - die Arbeitslosen, die Alten - die Jungen, die Deutschen - die Ausländer) zu spalten. Spaltungen, die schon da sind, auszunutzen und zu vertiefen.

Teile und herrsche! (u.a. machen die das, indem Hausbesetzer in eine negativ radikale Ecke gedrängt werden). Leider helfen die Besetzer den Politikern auch dabei, oft ungewollt oder unfreiwillig, auch durch ihr gewolltes Anderssein oder sich abgrenzen. Dazu kommen auch Haltungen von älteren Menschen, wie z.B.: "Das durften wir uns früher nicht erlauben!" Na und? Früher durften Frauen sich nicht erlauben, wählen zu gehen oder gewählt zu werden. Männer durften sich nicht erlauben, den Kriegsdienst zu verweigern. Früher gab es nicht mal den 8-Stundentag. Ist etwas schlecht, nur weil es das früher nicht gab? Danach zu urteilen, müßten wir alle noch im finstersten Mittelalter leben. Nur wenn wir alle uns etwas erlauben, wird es besser werden. Wenn wir uns alle zusammentun, sind wir nicht mehr die kleinen Leute, die nichts machen können. Dann braucht keiner mehr zu

warten, daß die da oben irgendwas für uns tun. Ob es Wohnungen, Kindergärten, Arbeitsplätze zum Lebensunterhalt verdienen sind, die Politiker und Chefs werden es uns solange wegnehmen und schwermachen, bis wir alle *Stop* sagen.

Wir können auch anders!!!

... am Ende seid Ihr immer die Bösen

Diese Woche gingen wir mal die Gutenbergstraße rau und runter, um die Leute nach ihren Gedanken zu den Auseinandersetzungen zu befragen. Und zwar diejenigen, die dort mit uns in einer Straße leben, in dieser Straße arbeiten oder dort einkaufen. Wir haben uns nicht an Banken, Reisebüros oder andere Glitzerbuden gewandt, da ihr Gejammer ständig in der MAZ usw. zu lesen war. Es ist keine repräsentative Umfrage, eher ein Gespräch über den Konflikt Hausbesetzer - Magistrat/ Kapital sowie über die Vertreibung von Arbeitern, Arbeitslosen aus der Innenstadt, damit sich dort immer mehr Schicki-Mickis austoben können. Bei allen Gesprächen, die wir führten, erfuhren wir, daß es den Konflikt zwischen uns und den mietzahlenden Bewohnern nicht gibt. Es ist uns kein Haß, keine Angst, höchsten (und das bleibt ja nie aus) Desinteresse entgegengebracht worden. Es sind auch einige peinliche Sachen unsererseits vorgekommen: Kaputte Fenster an kleineren Läden, Beschädigung von Autos, schlecht zu unseren Müttern gewesen, Runterwohnen des Dreimädelhauses. Das ist jedoch kein spezifisches Problem von Hausbesetzern, sondern das passiert am Stern genauso wie in Potsdam/West oder sonstwo in der BRD.

Worüber sich die meisten bei uns beklagten, waren der Krach aus unseren Kneipen sowie die beschmierten Häuserwände. Ansonsten habe man ein gutes Auskommen miteinander, auch mit Menschen aus anderen Orten, die uns besuchen. Von allen wurden die gewalttätigen Auseinandersetzungen verurteilt, aber es konnte uns auch niemand einen anderen Vorschlag machen.

Gespräch mit einem Bauarbeiter

Wir wollten dich fragen, was du zu Besetzern, Banken, Sanierung, Glitzerbuden, Auseinandersetzungen mit der Polizei usw. sagst.
Die gewalttätigen Auseinandersetzungen müssen nicht sein. Ich habe davon nichts und ihr habt davon auch nichts. Das Haus in dem ich hier gerade arbeite, wird auch fast nur Gewerberaum. Das ist ja generell so. Es kann doch in der Innenstadt keiner mehr wohnen von den Menschen die Arbeiter sind. Das Verhältnis stimmt ja auch nicht mehr, 400qm Nutzfläche gegen 200qm Wohnraum, obwohl das hier sozialer Wohnungsbau sein soll.

Was heißt sozial? Was kommt am Ende für eine Miete raus?

Der qm 2,80 DM.

Das finanziert der Staat?

Ja der Staat, Senat von Berlin oder die Stadt. So wie sich das hier entwickelt, kann ich mir echt nicht vorstellen das es anders wird. Ich kann es mir dann nicht mal mehr leisten hier in der Gegend einkaufen zu gehen.

Wollen wir tauschen? Ich wohne in Berlin. Die Lebenshaltungskosten liegen hier in Potsdam bestimmt 1,50 niedriger als in Berlin.

Die eine Mark macht das doch nicht aus.
Rechne das doch mal um auf eine vierköpfige Familie!

Du meinst in Potsdam ist das Leben billiger als in Berlin?

Naja kommt darauf an, was sie mit den Mieten hier machen. Aber in Potsdam ist der Lebensstandard besser.

Nagut, dann denke aber mal daran was die Leute hier in Potsdam verdienen, nämlich eine ganze Ecke weniger.

Ja ist das einzige.

Das ist der springende Punkt. Was bekommst du für einen Lohn, und was kannst du dir dafür kaufen.

Aber was willst du machen? Du kannst doch im Prinzip gar nichts machen. Du kannst den Jungs deine Meinung geigen, aber mehr passiert dann auch nicht.

Solange wie du nur erzählst, sicher nicht, aber wenn du anfängst dagegen vorzugehen hast du schon eine Möglichkeit.

Ja klar, ich könnte auf die Straße gehen, aber dann müßten dreiviertel von Potsdam marschieren, damit es was bringt. Damit die dort oben das kapieren.

Oft treffe ich Leute wie dich die dann sagen: Na ja wir haben sowieso keine Chance, was sollen wir denn machen? Allen ist klar man müßte was machen, auf die Straße gehen, aber wenige machen das. Dabei ist dieser Weg die einfachste Lösung vieler Probleme.

Wenn das klappen würde, aber sobald das in Auseinandersetzungen ausartet, habt ihr doch schon verloren. In diesem Moment habt ihr das normale Umfeld gegen euch. Ich sag da eher Wir als Ihr, weil ich nicht nur Hausbesitzer bin, sondern auch Arbeiter erlebe ich oft den selben Scheiß wie alle egal ob mit unserer Wohnung oder auf Arbeit.

In dem Moment, wo ihr anfangt Steine zu schmeißen, oder euch mit Bullen zu prügeln - ist ja eine schöne Sache, hab ich ja nichts dagegen - sagt der normale Bürger Nein. Und wenn der normale Bürger Nein sagt, habt ihr schon verloren. Dann stehen die auch dahinter, daß die Häuser geräumt werden - mit Gewalt.

Die Häuser werden ja so oder so geräumt, ob mit oder ohne Gewalt. Egal, ob wir demonstrieren und randalieren oder nicht, klar ist das wir hier raus sollen aus der Innenstadt. Sie ist Sanierungsgebiet und die Leute die hier später wohnen können verdienen nicht so wenig wie du und ich.

Das ist mir klar, das ist Kapital, das hier drinsteckt, die Gutenbergstrasse allein ist schon ein Milliardending. Bis das hier saniert ist, das dauert bestimmt noch 4-5

Jahre. Daß irgendwann die Mieten steigen, ist auch klar, dann ist bloß die Frage wie hoch und wie schnell.

Aber genau dagegen müssen wir doch an kämpfen.

Du kannst doch alleine nicht dagegen vorgehen.

Richtig. Alleine nicht. Aber wehren müssen wir uns zwangsläufig, sonst leben wir ein Leben das Scheiß ist. Wir wollen unser Leben unseren Ansprüchen entsprechend bestimmen. Nur mit Reden, Auffordern und Bitte-bitte machen können wir hier nichts mehr erreichen. Die Bergarbeiter in Bischofferode haben die Gewalt gegen sich selbst gerichtet, sich krank gehungrigt und haben damit verloren. Wir wollen die Gewalt gegen die richten, die sie auslösen.

Dann wendet also jeder Gewalt an, wenn ihm etwas nicht paßt? Dann rennt hier bald jeder mit einer Knarre rum, bloß weil ihm was nicht paßt.

So ist es doch nicht. Ich will Dich nicht umlegen, noch sonst irgendwem.

Du, das fängt mit einem Stein an, und mit was hört es auf? Angenommen Du gehst irgendwohin und haust jemandem eine auf die Fresse. Der sagt sich, das ist einmal passiert, das zweite Mal nicht. Der holt sich einen Gasrevolver, aus dem Gasrevolver wird irgendwann eine scharfe Knarre. Warte mal ab, in zehn Jahren rennen die alle mit einer Waffe rum.

Ok, aber wer macht das möglich? Du kommst immer wieder zu den selben. Du kommst immer wieder auf den Staat, das Kapital oder Geschäftemacher zurück. Immer wieder auf dieselbe Gruppe von Menschen.

Das ist es doch. So läuft das ganze System. Eben. Wir müssen die bekämpfen und uns nicht untereinander fertig machen.

Was willst Du denn ohne die da oben machen?

Ohne die? Na frei leben. Ich brauche die nicht, Du brauchst die glaube ich auch nicht, um zu leben.

Eine Führung braucht jeder Mensch.

Nein. Ich lebe mit Menschen zusammen und halte mich an das, was die zu mir sagen. Dazu brauche ich aber keinen Chef. Natürlich ist das Hier und Heute so aufgebaut, daß du einen Chef brauchst, damit alles funktioniert. Das es einen gibt, bei dem du dich verdingen mußt.

Wir haben gar nicht das Verständnis dafür, was unser Chef ausführt. Der besorgt die Aufträge, poliert das Firmenimage auf, damit wir unser Geld verdienen.

Ja eben. Der regelt das heutige Leben und verdient dafür an dir. So wie ich mir eine bessere Gesellschaft vorstelle, hat dann dort auch ein Chef nichts mehr zu suchen.

Dafür müßten aber erstmal ein paar Vorschläge kommen, die kann aber auch erstmal keiner bringen. Es ist hier jetzt eine eingefahrene Kiste, aber irgendwie läuft's noch ganz gut.

Es läuft zusehens schlechter.

Ja, jetzt im Augenblick, wir haben gerade eine Wirtschaftskrise. Selbst die regelmäßigen Arbeitnehmer haben ihre Einschnitte. Unsere jetzige Tarifrunde wird auf Null rausgehen, so wie es aussieht. Akzeptieren kannst du es auch nicht, aber einsehen kannst du es irgendwie.

Also ich nicht.

Das Baugewerbe ist das einzige, was noch Aufschwung hat. Der Metallerbereich ist jetzt schon am Boden. Irgendwo muß das Geld für die Arbeitslosen herkommen, also verringern sie die Zeit, in der wir es beziehen können. Nun haben wir dadurch wieder 400.000 Arbeitslose mehr, denn im Winter gehen viele Bauarbeiter stempeln. Das ist wieder ein Ding von oben, das haben die verschustert. Die rechnen ja so, daß was sie an Schlechtwettergeld zahlen, weil die beteiligen sich ja mit so und soviel Prozent, daß sie damit besser fahren, wenn sie das streichen, und statt dessen Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe zahlen. Nächstes Jahr die Wintermonate ist Banane, da können wir einpacken.

Gespräch mit einem älteren Ehepaar in der Dortustraße

Was sagen Sie zu den Zuständen, die hier herrschen?

Was willst Du denn hören, was heißt Zustände, worauf wollt Ihr den hinaus?

Naja, auf der einen Seite gibt es hier die Hausbesetzer, die machen hier anscheinend jedes Woch-enende Krawalle, dann gibt es hier leerstehende Häuser, sanierte Häuser, dann gibt's hier immer wieder Polizeieinsätze, dann gibt es den Magistrat - also zu dem gesamten Themenkomplex möchten wir hören, was Sie dazu sagen möchten.

Also erstmal finde ich das nicht gut, daß die ganzen Häuser hier besetzt sind. Da sollte man den Jugendlichen 1 - 2 Häuser zur Verfügung stellen, und dann könnte man das vielleicht lösen. Aber Ihr müßt natürlich davon ausgehen, daß der normale Bürger und Erwachsene vor Euch auch ein bißchen Schiß kriegen kann und sich hier abends nicht mehr auf die Straßen traut, insofern sage ich, daß sich beide Seiten bemühen sollten, miteinander zu sprechen und miteinander auszukommen.

Wohnen Sie in der Innenstadt?

Nein im Neubaugebiet.

Trauen Sie sich dort auch nicht auf die Straße?

Wir wohnen in der Waldstadt, dort wohnen nur alte Leute, es passiert nicht viel.

Es ist ja nicht nur das Problem von 300 Jugendlichen, die eine Wohnung suchen oder bezahlbaren Wohnraum in Potsdam. Es geht ja eigentlich um eine grundsätzliche Lösung. Ja, dann mußt Du Dir die Gesellschaftsordnung angucken, in der Du lebst. Und wie willst Du das dann lösen?

Vom angucken wird die nicht besser.

Wie sollen wir das machen?

Abschaffen.

Dann mußt Du es probieren.

Bin ich dabei, versuch ich auch. Aber hier für Potsdamprobleme sieht es doch so aus, daß der Magistrat eigentlich nicht, ich weiß nicht, ob

er dazu nicht in der Lage ist oder ob er nicht möchte, versucht, das Wohnraumproblem einigermaßen in den Griff zu kriegen.

Nein, das versucht er nicht, er kneift.

Also, was er macht, er schickt die Polizei und die verprügelt dann irgendwelche Leute.

Nun kenne ich nicht die Rolle von Kaminski, der ja offensichtlich auch nicht die Wahrheit sagt. Ich kann es ihm nicht nachoder beweisen, aber auf alle Fälle setzt er sich nicht ein. Er hat zwar gesagt, es wären noch ein paar andere Objekte da, aber vorgezeigt hat er sie Euch auch nicht.

Nein, es stimmt auch nicht, was er da gesagt hat. Das war eine Finte.

Und Ihr meint nun, die Polizei ist zuerst auf Euch losgegangen, oder wie?

Das können wir sogar beweisen. Am letzten Wochenende auf dem Platz der Einheit hat die Polizei auf Leute, die ihre Hände nicht mal erhoben hatten, mit Knüppeln eingedroschen und mit Reizgas um sich geschossen. Und am Sonnabend Nachmittag hat die Polizei in Babelsberg Leute verhaftet. Das war ganz lustig. Da standen die Menschen auf der Straßenkreuzung, und dann kam die Polizei und forderte die Leute auf: "Gehen sie 50 Meter zurück". Dann sind die Leute ohne Anstalten 50 Meter zurückgegangen, und dann haben sie ihre LKW davorgefahren. Die Menschen wurden nochmals aufgefordert, 50 Meter zurückzugehen und taten das auch.

Dann standen die Menschen in der Straße, es wurden auf beiden Seiten Polizeiketten aufgezogen, und die Menschen waren eingekesselt. Die Polizei verkündete dann, daß die Leute der dreimaligen Aufforderung zum Verlassen des Ortes nicht nachgekommen seien. Deshalb werden sie jetzt in Gewahrsam genommen. Sie sammelten die Leute ein und verprügeln noch einige.

Also bringen wir es mal auf 'nen Punkt. Wenn Ihr so sprechst, und Euch so gebt wie Ihr jetzt hier seid, ist ja alles ok. Aber wenn man so erlebt, daß die Hamburger Szene hierher kommt, ist das für Euern Ruf auch nicht gut.

Ich weiß nicht, wer das immer sagt mit der Hamburger Szene, hier ist nicht einer aus Hamburg. Das steht nur in der Zeitung, um vom eigentlichen Problem abzulenken, und das klappt wohl auch ganz gut.

Es gab doch dort Flugblätter, daß die hierher kommen sollen. Stimmt das nicht?

Davon wissen wir nichts. Das wissen wir nur von den Leuten, die die Demo angemeldet haben, und denen wurde es von der Polizei gesagt. Aber gesehen hat die niemand, selbst die Polizei konnte den Demoanmeldern keins vorlegen. Außerdem ist es doch nicht schlimm, wenn Leute hierher kommen, um uns bei unserer Demo zu unterstützen und sich solidarisieren.

Demo hin und her. Es gibt solche und solche Typen.

Die Hamburger Szene hat sich mit der Hafenstraße etwas erkämpft, wo Menschen drin leben können. Wahrscheinlich auch nicht mehr lange.

Noch bis zum Herbst maximal.

Ich finde es auch nicht schlimm, wenn Leute zusammenhalten und von woanders herkommen, um ihre Solidarität zu beweisen. Das würde in vielen Sachen viel weiterhelfen.

Das hört sich gut an.

Z.B. Bischofferode, da sind auch viele Leute aus dem ganzen Land gekommen.

Das war aber auch ein bißchen anders. Ich will mal sagen, auf der Rechtsschiene dieses Staates, in dem wir uns jetzt hier befinden. Da konnten sie demonstrierten gehen, und da konnte man ja auch nichts sagen. Aber bei Euch schätzt man das ja ein bißchen anders ein.

Klar wohnen hier auch Leute, die nicht aus Potsdam sind. Und jetzt wird versucht, die Leute zu spalten in Potsdamer und Nicht-potsdamer, in gewaltbereite und friedliche. Ich finde es nicht schlimm, wenn Leute hierher kommen, um mit uns zu leben oder uns zu unterstützen. Das ist überhaupt kein Einfluß für die ganze IDEE, die wir haben.

Na, sag doch mal noch kurz Eure Idee!

Wir wollen auf jeden Fall die Häuser behal-

ten, wir wollen nicht, daß die Leute aus der Innenstadt vertrieben werden, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können. Wir wollen nicht, daß die Menschen hier durch Banken oder Alteigentümer vertrieben werden. Wir wollen, daß die Häuser hier zum Wohnen da sind, und nicht zum Geschäftsmachen. Es gibt ja mittlerweile mehr Banken als Fleischer hier.

Das ist richtig und nicht gutzuheißen. Und wollt Ihr an den Häusern auch was machen, oder wie?

Diese Häuser, in denen wir hier wohnen, da wäre niemand anderes eingezogen. Die sind erst wie-der bewohnbar gemacht worden. Wahrscheinlich auf einem Niveau, das nicht jedem zusagen würde. Aber da ist auf alle Fälle Bausubstanz erhalten worden. Andererseits, wie sollen die Leute viel an den Häusern machen, wenn sie sich nicht sicher sein können, ob sie am nächsten Tag raus-fliegen oder nicht.

Also ich würde mal sagen, sprecht mal so wie ihr mit uns gesprochen habt, das macht sehr viel aus. Dann kriegt der eine oder andere vielleicht eine andere Beziehung zu Euch. Weil, man ist ja skeptisch.

Es ist eine Politik der Medien, den Leuten mit Hamburgern oder Kreuzbergern zu drohen. Dabei ist dort auch nichts anderes abgelaufen, als hier vielleicht ablaufen kann, daß Menschen aus der Innenstadt vertrieben werden oder aus Wohngegenden, die noch einigermaßen erschwinglich sind, und Leute sich ihre Lebensräume selbst erkämpfen wollten. Wo die Polizei dann auch nicht zögert, mit aller Härte vorzugehen, um diejenigen aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Aber es wirft nun mal auf Euch ein schlechtes Licht, wenn Fensterscheiben zu Bruch gehen. Dann seid Ihr wieder die Bösen.

Bewohner der Gutenbergstr. 109

Was hast Du für ein Verhältnis zu den Hausbesetzern?

Hin und wieder ward Ihr mal ein bißchen laut, naja mein Gott.

Und sonst hast Du keine Probleme mit uns? Ne.

Überhaupt nicht?

Nein, sonst nicht.

Was sagst Du zu der Situation in der Innenstadt?

Jeder muß seinen Arsch an die Wand kriegen.

Was meinst Du zu den Banken, Geschäften, Rechtsanwälten, die sich breit machen?

Das ist normal, daß bringt der Westen so mit sich. Ich weiß ja nicht, ob Ihr schon mal "drüber" ward. Aber wenn Du das dort siehst, ist das hier ein Scheißdreck dagegen. Aber es wird bestimmt bald so.

Das wird so - Natürlich wird das so!

Meinst Du, daß wir was dagegen machen können?

Nee, da steckt soviel Geld drin, da kommst Du ohne Geld nicht gegen an.

Und zusammen auf die Straßen gehen, meinst Du, bringt es auch nicht?

Nein, das hilft nichts, das bringt nur Krawalle, und das muß nicht sein. Es bringt nur noch mehr Ärger, das haben wir ja letztem gesehen.

Auf der Demo, ja? Fandest Du nicht gut?

Nee, fand ich nicht gut. Weil, wir haben uns früher auch gewehrt, aber das es da zu Schlägereien kam. - Na, Schlägereien gab es auch mal, natürlich...

Was zahlst Du eigentlich Miete?

221,- DM für eine Einraumwohnung. Ich weiß nicht, was man hier machen kann, aber nicht mit Gewalt. Das hat noch nie Punkte gebracht. Gewalt zieht immer Gewalt hinterher.

Würdest Du es befürworten, die Leute in ihren Häusern zu lassen?

Ja, denn soviel Obdachlosenasyl haben sie ja auch nicht mehr.